

H 8040 F
30. Jahrgang
Nummer 179
Juli | August 2019
3,50 Euro

der rechte rand

magazin von und für antifaschist*innen

die CDU muss sich entscheiden, ob sie mit Neofaschist*innen zusammen Politik machen will ...

#SchwarzBlau

Schwerpunkt:
Rechtsradikale und ihre Immobilien

Inhalt und Editorial

Richtigstellung:
Das Foto auf Seite 24 (drr 178) zeigt Angela Merkel im rechten Jugendclub »Brunnen« in Magdeburg im April 1993.

Sommerfest 2019 am Landtag in Erfurt. Photo: Mark Mühlhaus / attenzione

Liebe Leser*innen,

Ende Mai 2019 fanden in zehn Bundesländern Kommunalwahlen statt. Die rechtsradikale »Alternative für Deutschland« (AfD) trat mit gut 7.100 Kandidat*innen für über 1.000 Gremien an. Mindestens 3.361 neue Mandate konnte sie zusätzlich zu den rund 1.000 Sitzen der AfD in den anderen sechs Bundesländern erringen – das bedeutet eine Verdreifachung der bisherigen Mandate in jenen Regionen, die nun gewählt haben. Diese und weitere detaillierte Zahlen, etwa zur Sozialstruktur der Kandidierenden, der regionalen Verteilung und den Erfolgen und Misserfolgen anderer Rechtsparteien, hat das »antifaschistische pressearchiv und bildungszentrum berlin« veröffentlicht (www.apabiz.de) – eine Fleißarbeit, die sonst niemand macht. Medial war zwar hier und dort zu lesen, dass die AfD einige Mandate nicht besetzen konnte. Doch es gab kaum einen Bericht, der diesen Rechtsruck mit Ankündigung einordnete oder die bundesweiten Zahlen nannte. Trotz des aktuellen Medieninteresses an Rechtsterror, Preppern und dem allgemeinen Aufstieg der AfD bleiben Detailstudien, längerfristige Beobachtungen oder das frühe Erkennen neuer Phänomene weiterhin Sache von antifaschistischer Recherche, kritischer Wissenschaft, Beratungsstellen und wenigen qualifizierten Journalist*innen. Das angebliche »Frühwarnsystem« Verfassungsschutz hat auch bei diesem Thema nichts beizusteuern. Die AfD hat flächendeckend Kommunalmandate gewonnen. Vereinfacht gesagt wurde sie überall, wo sie antrat, ohne Ansehen der Qualität und der Bekanntheit ihrer Kandidat*innen gewählt. Das wird noch eine Weile so weitergehen – das kann niemanden überraschen. Vor der Wahl schrieben wir beispielsweise: »Die Verankerung vor Ort ist für die dauerhafte Etablierung einer Partei lebenswichtig. Sie war für den Aufstieg der NSDAP ein Baustein des Erfolgs. Die NPD und all die anderen Formationen der radikalen Rechten scheiterten an dieser Aufgabe und scheiterten so als Wahlpartei auch in den Ländern. Ihnen gelang bisher nie, sich flächendeckend als politische Organisation im engen Lebensumfeld der Menschen festzusetzen, als ‹Kümmerer› und Ansprechpartner*innen vor Ort. Doch das ist nun anders (…). Das Festsetzen in Rathäusern, Verwaltungen und Kommunalparlamenten ist nun also der nächste Schritt – die Etablierung als politische Kraft vor Ort. (…) Die radikale Rechte wird flächendeckend Einfluss auf die Kommunalpolitik nehmen können, wenn sie sich klug anstellt. Kommunalpolitik, das klingt nach wenig, ist aber viel: Sozial- und Kulturpolitik, Stadt- und Bauentwicklung, lokale Gedenk- und Geschichtspolitik, Kitas, Jugendförderung und Schulpolitik, Integration, lokale Ordnungspolitik, – sowie unzählige Grußworte auf Schützenfesten, bei der Feuerwehr, im Sportverein und auch recht bald als ganz normaler politischer Akteur für die Lokalblätter« (s. drr Nr. 177). Die AfD schafft es, Themen zu setzen und immer wieder Machtfragen aufzuwerfen. Die Partei hat die Republik verändert, sie wird sie weiter verändern – erst in den Landtagen, dann im Bundestag und nun in den Rathäusern und Kreistagen. Was dagegen zu tun ist? Unbeeindruckt weitermachen – mit antifaschistischem Engagement und Bündnisarbeit, kritischer Wissenschaft, Recherche gegen Rechts, gezieltem Säen von Zwietracht in der Rechten, Spenden für das apabiz, Seenotrettung & Co. und stetigem Widerstand gegen die Normalisierung der radikalen Rechten und den Ideen der Ungleichheit.

#SchwarzBlau

… ist gedriftet.

Auf kommunaler Ebene arbeiten CDU und AfD bereits zusammen, obwohl die Führung der Konservativen Distanz verlangt. Nach den Wahlen im Herbst könnte die Rechtspartei im Osten Königsmacherin werden. Nicht einmal der Mord an einem CDU-Parteimitglied stört die Ruhe am rechten Rand.

von Ernst Kovahl



1994 veröffentlichte Friedbert Pflüger, damals CDU-Bundestagsabgeordneter und ehemaliger Pressesprecher des Bundespräsidenten, mit dem Buch »Deutschland driftet. Die Konservative Revolution entdeckt ihre Kinder« eine Warnung vor einem stärker werdenden »rechten Zeitgeist«. Das »Nationale« sei wieder in den Vordergrund gerückt, warnte der Verfechter der Westbindung. Das sei auch ein Problem seiner eigenen Partei. Es sei nötig, die Union aus CDU und CSU »gegen die Ideen der Konservativen Revolution« zu immunisieren: »Wer durch das Land fährt und mit der Parteibasis diskutiert, spürt an allen Ecken und Enden den Einfluß der Neuen Rechten«. Damals hieß die Rechtspartei mit Wahlerfolgen »Die Republikaner« (REP), das Pendant zur heutigen »Werte Union« nannte sich »Christlich-Konservatives Deutschland-Forum«. Zwar waren die REP damals deutlich schwächer als die »Alternative für Deutschland« (AfD) heute und das Bürgertum und die Parteiendemokratie waren seinerzeit bei weitem politisch noch nicht so zerrüttet wie heute. Und dennoch war manches ähnlich: Rechte Intellektuelle bemühten sich erfolgreich um Diskursverschiebungen – auch in seriösen Medien und Verlagen, Neonazis mordeten, Medien und Politik liefen dem Rechtsruck hinterher, kommunal bildeten sich Bündnisse am rechten Rand und Koalitionen zwischen Union und REP wurden denkbar. Pflüger warnte: »Deutschland driftet«.

Schweigen, so sagt man, kann ohrenbetäubend sein. Das Schweigen der CDU nach dem Mord an ihrem Mitglied Walter Lübcke am 2. Juni 2019 war ohrenbetäubend. Selbst nachdem klar war, dass offenbar ein Neonazi den hochrangigen Politiker aus politischen Motiven hingerichtet hatte, schwieg die Führung der Konservativen noch tagelang. Während Antifas in mehreren Städten gegen rechten Terror und im Gedenken an das konservative Mordopfer demonstrierten, schwiegen Politiker*innen der CDU/CSU. Kein Aufschrei, keine Forderung nach harten Maßnahmen, keine Abgrenzungen nach Rechts. Erst spät wagten sich die Ersten aus der Deckung. Am eindrücklichsten war schließlich die Rede des hessischen CDU-Bundestagsabgeordneten Michael Brand, einem Freund des Ermordeten. Er wies im Bundestag auf die Mitverantwortung der AfD und der radikalen Rechten hin, die seit Jahren gegen Lübcke gehetzt und seine Wohnadresse, wo er schließlich auch erschossen wurde, veröffentlicht hatten. Doch für die Mehrheit der Partei scheint der faschistische Mord an einem Parteifreund keine Rolle zu spielen. Business as usual – und: Der Feind steht links, wie die aktuellen Verfassungsschutzberichte zeigen.

Wieder einmal zeigt die Mehrheit der deutschen Konservativen in diesen Tagen, wo sie im Ernstfall steht. Wieder einmal versagen Bürgertum und Konservative angesichts der Bedrohung von rechts. Zusammenarbeit auf kommunaler Ebene in zahlreichen Regionen, die Wahl von Kandidat*innen der AfD in kommunale Funktionen mit den Stimmen der Konservativen, das Schweigen zu einem rechten Mord und die fortgesetzte Hetze gegen »Linksextremisten« und Antifas zeigt, wo die Partei in ihrer Gesamtheit und in ihrer Funktion steht. Um des Machterhalts Willens werden Koalitionen mit der AfD in Kürze denkbar sein. Für die Einen werden es – ohne Skrupel – rein funktionale Bündnisse sein. Für die Anderen stimmen die Chemie und der Inhalt. Die klare Abgrenzung nach rechts durch die Parteiführung ist schon lange löchrig, doch sie erodiert weiter. Wie glaubwürdig sind da die Bekenntnisse der CDU, nach den Landtagswahlen in Brandenburg, Sachsen und Thüringen im Herbst keine Zusammenarbeit mit der AfD zu beginnen?

Was vor fünf Jahren noch unvorstellbar war, ist heute akzeptierte Normalität: Faschist*innen in den Parlamenten aller Ebenen – teils mit Ergebnissen von mehr als einem Viertel der Wähler*innen auf Landesebene. Völkische Hetze in den Talkshows. Während die AfD Stück für Stück nach der Macht greift und sich die Schwüre der Konservativen, nicht mit der AfD zu koalieren, zunehmend als Lippenbekenntnisse erweisen, gilt weiterhin für die Mehrheit der Gesellschaft: Ruhe bewahren, noch regiert die AfD ja nicht. Dabei gilt zugleich: Noch ist die Mehrheit der bundesdeutschen Gesellschaft in ihren Einstellungen nicht rechts, noch wiegen die Gewinne der AfD die massiven Verluste der CDU/CSU nicht auf. Noch ist Widerstand nicht nur möglich, sondern kann erfolgreich sein, um Rassismus, Neofaschismus und Ungleichheit zurückzudrängen. 1994 warnte Friedbert Pflüger, dass die Bundesrepublik nach rechts driften werde. Inzwischen ist sie längst gedriftet – weiter, als sich viele das Anfang der 1990er Jahre vorgestellt haben. Wieder einmal haben das deutsche Bürgertum und der Konservatismus ihren Anteil daran.

#Kommunalwahlen

Festsetzen in der Fläche

von Tilo Giesbers

Am 26. Mai fanden neben der Wahl des Europaparlaments auch die Wahlen zur Bremer Bürgerschaft und die Wahlen zu nahezu allen Kommunalvertretungen in Bremen, Hamburg, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, dem Saarland, Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen statt. Insgesamt wurden rund 129.000 Mandate in rund 12.400 Gremien neu besetzt. Nur einige wenige Vertretungen wurden aufgrund von Gebietsreformen schon vorher besetzt, ein paar Räte von Verbandsgemeinden in Rheinland-Pfalz werden wegen Fusionen erst im Herbst gewählt. Ein paar Dutzend Wahlen zu Vertretungen in Gemeindeteilen mussten mangels Bewerber*innen verschoben werden, einige wurden etwas später in Einwohner*innenversammlungen durchgeführt. Und wegen eines Kandidaten der »Alternative für Deutschland« (AfD), der durch ein Strafurteil seine Wählbarkeit verloren hatte, mussten in Sachsen-Anhalt drei Wahlen ebenfalls verschoben werden.

Die Strategie

Auch wenn es – zwar stark dezimiert, aber nach wie vor – auch Kandidat*innen von NPD und anderen alten Bekannten aus der extremen Rechten gab, wurde das Spektrum auch bei diesen Wahlen deutlich von der AfD dominiert. Erhebliche Teile der extrem rechten Wähler*innengemeinschaften, der Parteien »Die Republikaner« oder »Deutschen Sozialen Union« wurden auch personell von den »Alternativen« aufgesaugt. Im Gegensatz etwa zur «Deutschen Volksunion« ist sich die AfD der Rolle der kommunalen Ebene bewusst. In seiner wegen islamfeindlicher Tiraden bekannt gewordenen Rede am 20. Januar 2018 in Eisleben (Sachsen-Anhalt) sprach der thüringische Partei- und Fraktionschef Björn Höcke nicht nur von der AfD als »letzte evolutionäre Chance für unser Vaterland«, sondern meinte auch: »Wir werden die Macht bekommen – und dann werden wir das durchsetzen, dann werden wir das durchsetzen, was notwendig ist, damit wir auch in Zukunft noch unser freies Leben leben können.« Weitgehend unbeachtet, nahm er auch auf die Kommunalwahlen Bezug, als er meinte, »Die AfD ist ja von oben nach unten mit den großen Themen gewachsen, und zwar so schnell und kräftig gewachsen wie keine andere Partei vor ihr seit 1945. Eine unglaubliche, ja als historisch zu bezeichnende Erfolgsgeschichte, auf die wir zurückblicken können als AfD. Und jetzt, liebe Freunde, muss ein gegenläufiges Wachstum erfolgen: von unten nach oben. Jetzt müssen wir die kommunalpolitische Ebene in Angriff nehmen (…) Wir müssen überall dort, wo wir gute Leute haben – und die Betonung liegt auf gute Leute, denn Qualität ist der Quantität vorzuziehen – überall dort müssen wir jetzt rein: in die Landratsämter, in die Kreistage, in die Stadträte, wir müssen Bürgermeister stellen. Das ist jetzt unsere Aufgabe.«

Regionale Unterschiede

Die letzten Kommunalwahlen in den jetzt betroffenen Ländern fanden vor fünf Jahren in einer Phase statt, in welcher der Parteiaufbau gerade erst begonnen hatte. In Thüringen existierte die AfD bis heute kommunalpolitisch praktisch nicht. Und auch in den anderen ostdeutschen Ländern verfügte sie im Vergleich mit ihren Umfragewerten nur über wenige Mandate. Diesmal trat sie dagegen bei den Wahlen zu mehr als 1.000 Gremien an. Mindestens 7.162 Kandidat*innen sind bekannt – ungefähr so viele wie bei allen Kommunalwahlen der letzten sechs Jahre zusammen. Im Ergebnis konnte die Partei die bundesweite Zahl ihrer Mandate ungefähr verdreifachen. Zu den rund 1.000 aktuellen Sitzen in den übrigen Bundesländern kommen mindestens 3.361 neue hinzu. Die Verteilung ist dabei regional sehr unterschiedlich. Rund 1.670 Kandidierende in Baden-Württemberg kommen auf 275 Mandate, annähernd ebenso viele in Sachsen auf fast 1.100 Sitze. Während die Partei zu mehreren Kreistagen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz nicht antrat, holte sie auf dieser Ebene in Ostsachsen bis zu 30 Prozent. Standen AfD-Kandidat*innen in den Städten und Gemeinden im Südwesten auf rund jedem zwanzigsten Stimmzettel, war es in Sachsen jeder zweite. Offenbar hat die Partei die letzten Jahre teilweise nutzen können, um ihre Strukturen in der Fläche auf- und auszubauen. Trotzdem stehen der AfD auch in Gegenden, in denen sie bei der Bundestags- oder der Europawahl stärkste Kraft wurde, nicht flächendeckend Kandidat*innen zur Verfügung. Teilweise mag dies daran liegen, dass es vor Ort Wähler*innengemeinschaften gibt, die dieselbe Politik betreiben. Der Autor Benedikt Kaiser allerdings wertet die AfD-Antritte zu den Kommunalwahlen in der aktuellen Ausgabe der «Sezession« von Götz Kubitschek als »bescheiden«. Die nach der Bundestagswahl mögliche »Kärnerarbeit« habe »dort schlicht nicht statt(gefunden).« Als Grund nennt er ein »Streben in die Landesmetropolen und ‹Hauptparlamente›«. Es finde »keine alternative Nachbarschaftspolitik statt, die freilich die unverzichtbare Grundlage einer jeden basisnahen Bewegung darstellt. Fallen überregional mobilisierfähige Themen weg, kann eine Landtagsfraktion verloren werden, lokale Verankerung hingegen bliebe, versiegten auch die Geldflüsse in der Landeshauptstadt.« Was Kaiser nicht erwähnt, sind die Folgen interner Debatten und Machtkämpfe. In Magdeburg etwa traten vor fünf Jahren neunzig AfD-Leute an. Dieses Mal waren es noch ganze vierzehn, von denen nur drei bereits 2014 kandidierten.

Zusammenspiel der Ebenen

Zurück zu Höcke: Seine Worte in Eisleben müssen als Drohung verstanden werden. Sie zeigen das Selbstbewusstsein einer extremen Rechten, die sich kurz vor der Machtübernahme wähnt. Doch warum ist die kommunale Ebene so wichtig?

Im Wesentlichen geht es um die Verankerung der Partei in der Fläche. Mandate und Fraktionen geben der AfD in den Städten und Gemeinden Gesichter. Sie wird ansprechbar und kann sich als »Kümmerer« gerieren, indem sie – was in Landtagen nicht ginge – kleine, lokale Probleme aufgreift: sei es ein kaputter Gehweg, der desolate Spielplatz um die Ecke oder die fehlende Fußgängerampel an der örtlichen Schule. Fraktionen in größeren Städten oder Kreistagen verfügen auch über Büros und können ganz nebenbei Kameraden mit Jobs versorgen, die sich dann hauptamtlich um die politische Agenda kümmern können. Wie diese Agenda aussieht, konnte in den Landtagen, dem Bundestag und einigen kommunalen Räten schon in den vergangenen Jahren beobachtet werden. Egal, welches Thema vordergründig behandelt wird: Nahezu jede Initiative wird von der AfD dazu genutzt, zumindest implizit gegen Geflüchtete, politische Gegner*innen, sozial Schwache, Nicht-heteronormative Menschen, zivilgesellschaftliche Initiativen, Kulturprojekte, Gewerkschaften, Kirchengemeinden, unabhängige Presse, gegen die freie Gesellschaft insgesamt zu agitieren. Antisemitische Stereotype und NS-Relativierungen fehlen ebenso wenig wie der Ruf nach einem starken, repressiven Staat mit entsprechenden Kompetenzen für Polizei, Geheimdienste und Militär. Dabei ist ein teilweise koordiniertes Vorgehen sichtbar. Kampagnen von Landes- oder Bundespartei werden von Anfragen in Kommunen begleitet. Anträge der Kommunalfraktionen wiederum werden von Anfragen im jeweiligen Landtag flankiert. Und zunehmend finden sich gleichlautende Initiativen in verschiedenen Gremien.

Die zunehmenden Angriffe etwa auf Beratungsstellen oder Jugend- und Kultureinrichtungen, wie sie in den Landtagen zum Standardrepertoire von NPD und AfD gehörten beziehungsweise gehören, machen deutlich, was rechte Mehrheiten in Kommunen für solche Projekte heißen können. Für Kürzungen so genannter »freiwilliger Leistungen«, beispielsweise im Kultur- oder Sozialsektor, braucht es in den Kommunen lediglich einfache Beschlüsse. Geringere oder ganz ausbleibende Zuschüsse für Personal-, Miet- und Sachkosten freier Träger sind für die Betroffenen in vielen Fällen existenziell. Schon Anfang Februar 2019 zeigte sich in Dresden, was dies in Zukunft wohl in vielen Kommunen heißen wird: Ein Bündnis aus CDU, FDP, Bürgerfraktion und AfD lehnte die beantragten Mittel für freie Kulturprojekte weitgehend ab, was für einige von ihnen das Aus bedeutet.

Wichtig ist, dass sich die Betroffenen austauschen und organisieren, um die Angriffe abzuwehren und zurückzudrängen. Hoffnungszeichen sind hier Initiativen wie zum Beispiel »Die Vielen« und »Reclaim Club Culture« im Kulturbereich.

Wackelkandidatin CDU

Derzeit wird mit Blick auf die drei kommenden Landtagswahlen und das zu erwartende starke Abschneiden der AfD intensiv über mögliche Regierungsbeteiligungen spekuliert und diskutiert. Zwei stellvertretende CDU-Fraktionschefs aus Sachsen-Anhalt machten mit einem internen Papier bundesweit bewusst, dass es im Zweifelsfall gar keiner Neuwahlen bedarf, um der AfD an die Macht zu verhelfen. Ulrich Thomas und Lars-Jörn Zimmer forderten darin, »das Soziale mit dem Nationalen zu versöhnen.« Und sie behaupteten ebenso geschichtsvergessen: »Nationale Identität, Stolz und Heimatverbundenheit haben nichts mit nationalsozialistischer, rechtsradikaler oder revanchistischer Politik zu tun.« Auch ein Schuldiger für die aktuelle Lage ist schon gefunden: »Die linksorientierte Medienberichterstattung stärkt die AfD.« Daher sei die CDU »gut beraten, dem linken Mainstream aus gesteuertem Gutmenschentum und Klimaverständnis durch eine deutliche Politik mit klaren Aussagen zu begegnen.« Der Mitteldeutschen Zeitung sagte Thomas, dass seine Partei eine Koalition mit der AfD »jedenfalls nicht ausschließen« solle. Schon in den vergangenen drei Jahren hatten Teile der CDU-Fraktion im Landtag mehrfach mit der AfD gestimmt und damit die »Kenia«-Koalition aus CDU, SPD und Bündnisgrünen ins Wanken gebracht.

Auf kommunaler Ebene gilt die Reaktion von CDU-Generalsekretär Paul Ziemiak – »Die CDU lehnt jede Koalition oder Zusammenarbeit mit der AfD strikt ab!« – offenbar nicht. In der Stadtvertretung von Penzlin (Mecklenburg-Vorpommern) bildeten die drei CDU-Mandatsträger bei der Konstituierung des neuen Rates eine Zählgemeinschaft mit dem örtlichen AfD-Vertreter. Sie sicherten damit nicht nur sich selbst mehr Ausschusssitze, sondern der AfD überhaupt erst einen Zugriff auf solche. Der Landesgeschäftsführer der CDU, Wolfgang Waldmüller, beeilte sich zu betonen, dass es sich nicht um eine Zusammenarbeit handele, da es ja keine gemeinsame Fraktion wäre.

Eine detaillierte Auswertung der Kommunalwahlen findet sich auf https://www.rechtesland.de



Matteo Salvini, Jörg Meuthen und Marine Le Pen im Mai 2019 in Mailand

#Europaparlament

Sie wollen regieren

von Jan Rettig

Anfang April kündigte Matteo Salvini (»Lega«) die größte Fraktion im neuen Europaparlament (EP) an, denn man sei ja schließlich nicht angetreten, um zu verlieren. Ganz im Gegenteil: »Wir wollen regieren!« war seine Losung. Die erste Aufregung um die Wahlergebnisse hat sich gelegt, die Rechten sind nicht durchmarschiert, werden nicht die Größten sein, werden nicht Europa abschaffen. Dabei war die im Vorfeld häufig anzutreffende, sprachliche Verkürzung zu »Europawahl« sachlich so falsch, wie sie politisch richtig so einige Befürchtungen auf den Punkt brachte: als stünde Europa selbst zur Wahl. Die unablässig heraufbeschworene Bedrohung der EU durch das nationalistisch-identitäre Konzept eines »Europa der Vaterländer« wollte dabei vor allem drei Dinge verkennen: Erstens kann das EP allein das EU-Gefüge nicht einschneidend verändern, geschweige denn abschaffen. Zweitens wollen Teile der extremen Rechten auch mit- und nicht nur kaputtmachen. Und drittens wurde das merkantile Projekt EU inklusive seiner selektiven Abschottung gegen Unerwünschte ganz ohne die extreme Rechte erbaut.

Fraktionsgründung

Mitte Juni wurde die extrem rechte Fraktion »Identity and Democracy« (ID) nun offiziell vorgestellt. Ihr werden vorerst »Lega«, »Alternative für Deutschland« (AfD), »Rassemblement National« (RN), »Vlaams Belang« (VB), »Freiheitliche Partei Österreich« (FPÖ), »Dansk Folkeparti« (DF), »Perrussuomalaiset« (PS), »Eesti Konservatiivne Rahvaerakond« (EKRE) sowie die tschechische »Svoboda a Přímá Demokracie« (SPD) und damit 73 der insgesamt etwa 150 extrem rechten europäischen Parlamentarier*innen angehören. Als fünftgrößte Fraktion sind sie weit hinter ihren Erwartungen zurück geblieben, und doch ein ganzes Stück vorangekommen. Erst knapp ein Jahr nach Beginn der letzten Legislaturperiode reichte es für das erforderliche Länderquorum zur Bildung der Fraktion »Europe of Nations and Freedom« (ENF). Die vertrug sich dann aber erstaunlich gut, selbst das ewige Thema Südtirol bot zuletzt keinen Anlass mehr für großen Streit. Jetzt bildet sie den Kern für das neue Projekt, welches durch die Übertritte der skandinavischen Delegationen von der Fraktion »European Conservatives and Reformists« (ECR) und die Aufnahme der EKRE tatsächlich einen breiteren Sammlungscharakter hat. Und nicht zu vergessen, einige regieren schon: in Italien und Estland, und bis vor kurzem noch – und nicht auszuschließen ab Herbst vielleicht wieder – in Österreich. Die PS ist im März als zweitstärkste Partei ins finnische Parlament gewählt worden, zumindest prinzipiell waren Koalitionsgespräche seitens des sozialdemokratischen Siegers nicht ausgeschlossen. Dieses nationale Potential wird nun durch eine mit noch mehr Ressourcen und Rechten ausgestattete EP-Fraktion maßgeblich flankiert.

Europa retten!?

Die extreme Rechte will natürlich nicht einfach dieses Europa, also die Europäische Union wie sie ist, regieren. Sie wollen die EU »an Haupt und Gliedern reformieren«. Darin haben die Parteien der neuen Fraktion auch ihre größte Gemeinsamkeit. Was die AfD in ihrem Programm zur EP-Wahl als regressives Reformprogramm bietet, findet sich so oder sehr ähnlich bei allen wieder: Rückbau sämtlicher EU-Institutionen und -Verwaltungen, mehr Volksabstimmungen, Abschaffung beziehungsweise Degradierung des EPs und des Europäischen Gerichtshofs, dafür eine Stärkung der zwischenstaatlichen Kooperation via Europäischem Rat sowie die Ablehnung der sogenannten Transfer-, Banken- und Sozialunion. Das zweite gemeinsame Mantra ist die Bedrohung durch die Immigration und den Islam, würde beides nicht bald eingedämmt, drohe nämlich ein »Zivilisationsabbruch historischen Ausmaßes« (AfD-Programm 2019). Salvini auf einer Wahlkampfveranstaltung im Mai: »Entweder wir retten Europa oder Europa stirbt und wir bekommen ein islamisches Kalifat.« Mit 34 Prozent der Stimmen und 28 EP-Mandaten wurde die »Lega« überdies für ihre reale Abschottungspolitik belohnt. Diskursiv bedienten sämtliche Parteien aus der ID-Runde die Ressentiments gegen Geflüchtete und Immigrant*innen. Jeweils verschieden kombiniert mit weiteren Heidenängsten vor Terror, Globalisierung, Multi-Kulti und Heimatlosigkeit ergoss sich europaweit eine alarmistische, hasserfüllte Agitation gegen alles Andersdenkende und Andere. Aber die Rettung des Abendlandes, das eigene Europa der Vaterländer, Völker und Nationen entpuppt sich bei genauerer Betrachtung trotz aller mystifizierten Traditionen doch vor allem als handfeste Wirtschafts- und Interessengemeinschaft. Wie diese Interessen zusammenpassen, wird sich zeigen müssen. Auf die Nachfrage eines Journalisten bei der Vorstellung der ID-Fraktion, wie denn die gemeinsame Position zur Schulden- beziehungsweise nationalen Budgetpolitik sei, blieb der neue Fraktionsvorsitzende Marco Zanni (»Lega«) zu Recht einsilbig. Als die italienische Regierung unter Quasi-Führung der »Lega« im letzten Jahr die europäischen Defizitregelungen zu missachten begann, wurde sie von höchster Stelle der AfD noch als »Spinner« bezeichnet. Während also einige eine Flexibilisierung anstreben, beharren andere auf strikter Haushaltsdisziplin, wenig überraschend je nachdem, wie die eigene Volkswirtschaft im Euroraum so dasteht. Diese sachlich-inhaltlichen Bruchlinien übersetzen sich formal auch in verschiedene Machtpositionen. Denn »Lega« und EKRE haben über das EP hinaus auch Einfluss auf die Verhandlungen in der Kommission und diversen Ministerräten. Sollten ihre Positionen von denen der anderen Fraktionsmitglieder abweichen, kann zwar im EP immer noch unterschiedlich abgestimmt werden. Was aber bisher üblich war und querelenfrei ablief, könnte unter diesen Bedingungen durchaus für politischen Streit sorgen. Zumindest aber vertreten alle Beteiligten das Verlassen, beziehungsweise Auflösen der EU nicht (mehr) an erster Stelle. Stattdessen dominiert ein dezidierter Mitgestaltungswille, sicher einer der Gründe, warum sich Nigel Farage mit seiner »Brexit Party« bisher der ID verweigert. Sein erst Anfang 2019 in den Wirren der Brexitverhandlungen gestartetes UKIP-Nachfolgeprojekt stellt nun mit 29 MEPs neben CDU/CSU die größte Parteidelegation im EP überhaupt. Eine Teilnahme an der ID würde die Uneinigkeit in der Frage nach den EU-Sanktionen gegen Russland weiter verschärfen. Das Spektrum der Forderungen reicht so schon von Aufhebung (»Lega«, AfD und RN), über einen pragmatisch-ökonomischen Umgang (PS) bis zur Ablehnung jeder Annäherung an Russland (DF, EKRE). Letzteres sieht aus nahe liegenden historischen Gründen auch die polnische »Prawo i Sprawiedliwość« (PiS) so und erklärt trotz aller Skepsis die EU-Mitgliedschaft aus Sicherheitserwägungen gar zum »Gebot des polnischen Patriotismus« (Jaroslaw Kaczynski) und hält weiter an ihrer ECR-Fraktion fest. Dort wurden jüngst die spanische »Vox« und die »Fratelli d'Italia« aufgenommen. Der größte Coup für die ID wäre ohnehin die schon lange angebahnte Partnerschaft mit dem von der Europäischen Volkspartei auf Probe verstoßenen ungarischen »Fidesz«. Während die Positionen zur EU und Immigration nahezu deckungsgleich sind, würde das Spektrum des Antisemitismus aber erheblich erweitert. Der findet sich zwar auch bei vielen in der ID wieder, so plumpe und offen antisemitische Kampagnen, wie die gegen George Soros, würden derzeit aber die wenigsten wagen. Die ID jedenfalls hält allen diesen Parteien die Türen offen und geht sowieso von übergreifenden Kooperationen aus. Kein Wunschtraum in einem deutlich fragmentierteren EP, in welchem die Suche nach Mehrheiten ganz neue Einflussmöglichkeiten aufmacht. Ob jetzt erstmals Posten in Ausschüssen oder Legislativprozessen rausspringen, ist noch nicht ausgemacht. Allein an den Parlamentsmandaten hängen schon genug Finanzen, Infrastruktur und weitere Jobs, die der kollektiven Sache sowie den individuellen Karrieren dienlich sind.

Ein Europa der Europäer?

Der ultranationalistische Souveränismus der ID-Parteien entbehrt nicht einer gewissen Ambivalenz. Einerseits trennt er natürlich alle voneinander, andererseits passiert in seinem Namen überall das Gleiche: In den Gesellschaften vorhandene, mobilisierende Leidenschaften (Robert Paxton) werden gezielt angesprochen und zugespitzt; ökonomische wie kulturelle Ressentiments gegen alles Fremde, Wünsche und Bedürfnisse nach Einfachheit, mehr Reinheit, mehr Abgeschlossenheit, mehr wie früher und nicht zuletzt nach mehr Führer. In dieser Hinsicht kann der nationalistische Bezugsrahmen auch mal ganz sinnbildlich in den Hintergrund treten wie etwa auf einer Massenveranstaltung kurz vor den EP-Wahlen in Mailand, auf der sämtliche neue und alte Freund*innen Salvinis Wahlkampf betrieben und Kampfparolen ausgaben: »Prima l'Italia!« (Italien zuerst!) hieß es groß hinter dem Redner*innenpult. Obwohl es um Europa ging und obwohl ein ganzer Haufen ‹fremdländischer Nationalist*innen› da sprechen durfte. Das ist mitnichten die Überwindung aller Widersprüche einer schwarzen Internationalen. Seit einiger Zeit schon wird aber vermehrt wieder an einer rechten Europakonzeption gearbeitet, die sowohl die einzelne als auch die gemeinsame Identität betont, im Zweifel aber die Nation hinter sich lässt. Das schließt an extrem rechte Zwischen- und Nachkriegsströmungen wie den Eurofaschismus an und findet sich heute in Teilen der so genannten »Neuen Rechten« wieder. Vielleicht unfreiwillig blies der PS-Vorsitzende Jussi Halla-aho bei besagter Vorstellung der Fraktion in dieses Horn, indem er feststellte, sie seien in der Tat nicht anti-, sondern proeuropäisch. Und wenn auch der Parlamentarismus nicht zum Kerngeschäft der extremen Rechten gehört, so hat sie sich doch taktisch zunächst soweit mit ihm arrangiert, dass sie seine Klaviatur schon auf vielen Ebenen zu spielen weiß. Inwieweit ihr das jetzt auch auf europäischer Ebene gelingt, bleibt abzuwarten und zu beobachten. Den nach den Wahlen häufiger zu hörenden Erleichterungsseufzern sei aber schon und noch einmal entgegnet: Im Unterschied zu 2015 umfasst die ID-Fraktion heute bereits mehr als doppelt so viele Abgeordnete, verfügt in ihren Reihen über zwei Regierungsparteien und hält noch einiges an Wachstumspotential bereit. Kein wirklicher Anlass zum Aufatmen also.

#Spanien

Vox: Erfolgreiche Rechte

In Spanien entscheidet die Rechtspartei Vox inzwischen auf allen politischen Ebenen mit. Die Partei will Katalonien die Autonomie entziehen, Minarette verbieten, Frauen zurück an den Herd schicken und eine Politik für Reiche machen.

von Carmela Negrete

Es sind düstere Zeiten in Spanien. Am 28. April 2019 wurden das Parlament, mehrere Regionalregierungen sowie alle Rathäuser neu gewählt. Dabei kam es zu der erwarteten Niederlage der postfranquistischen, rechten Volkspartei »Partido Popular« (PP). Zum ersten Mal zog nun die Partei Vox auf allen Ebenen in Parlamente und Rathäuser ein. 24 Abgeordneten gewann die Partei im spanischen Parlament, dem «Cortes Generales«. Mit 2,6 Millionen Stimmen wurde sie fünftstärkste Kraft. Die Umfragen hatten ihr zuvor sogar bis zu 34 Abgeordnete vorhergesagt. Das dürfte ein Grund dafür gewesen sein, dass aus Angst vor einer Koalition der PP mit Neofaschiste*innen und in letzter Minute die Wähler*innen der Sozialdemokratie zur Wahl mobilisiert werden konnten.

Bei den Wahlen 2016 hatten nur 47.000 Menschen die Partei gewählt, sie kam damals nicht ins Parlament. Doch die Krise der Konservativen und der Konflikt um Katalonien haben die Partei nun beflügelt. Zwar reichen die Ergebnisse nicht für eine rechte Mehrheit mit der PP und der rechtsliberalen Partei, »Ciudadanos«, aber Vox wird jetzt mehr Zeit in den Fernsehsendungen bekommen, Anfragen im Parlament stellen dürfen und auf regionaler Ebene Einfluss auf die Politik haben. Auch die neue Kommunalregierung von Madrid wäre ohne die neue Rechtspartei nicht möglich gewesen. Zudem regiert die Partei seit Anfang Juni 2019 in zahlreichen Kleinstädten in Koalitionen mit und erreichte in fünf Dörfern sogar die absolute Mehrheit.

»Rechte Feiglinge«

Vox ist eine Abspaltung der »Partido Popular«. »Feiglinge«, so nennt heute die Vox-Galionsfigur Santiago Abascal seine frühere Partei, für die er von 1999 bis 2009 Gemeinderat und Abgeordneter war. 2014 gründete er die neue Organisation mit und wurde deren Vorsitzender. Seine früheren Parteikolleg*innen nennt er »Feiglinge«, weil sie ihm nicht rechts genug sind. Nachdem im Mai 2018 ein Gericht die PP wegen ihrer zahlreichen Korruptionsaffären verurteilt hatte, wandten sich viele Wähler*innen von ihr ab und wählen nun Vox. Die Volkspartei wurde in den 1980er Jahren als eine Erneuerung der Partei »Alianza Popular« gegründet, in der viele alte Politiker aus der Zeit der Franco-Diktatur saßen. Die PP verurteilte die Diktatur nie. Im Gegenteil, sie pflegte Beziehungen zu faschistischen Vereinen, wie zum Beispiel der »Stiftung Francisco Franco«. Jahrzehntelang galt in Spanien ein Pakt des Schweigens über die Verbrechen der Diktatur, die bis heute nicht aufgeklärt und verfolgt wurden. Dennoch beschloss die sozialdemokratische Regierung 2007 unter dem damaligen Ministerpräsidenten José Luis Rodríguez Zapatero eine Initiative für das »historische Andenken«, um Massengräber zu öffnen und Opfer zu entschädigen. Die PP unternahm vieles dagegen, doch vor allem reagierte sie mit Untätigkeit. Während ihrer Regierungszeit wurden keine Gelder für diesen Zweck zur Verfügung gestellt. Vox will das Gesetz zur Aufarbeitung der franquistischen Diktatur nun wieder abschaffen. Diktator Franco solle in seinem Mausoleum mit allen Ehren begraben bleiben, dort in Cuelgamuros bei Madrid, wohin Neonazis pilgern und Gottesdienste für seine Verdienste als Staatsmann gefeiert werden.

»Einheit Spaniens«

Der Parteimitbegründer Abascal war auch Vorsitzender der Stiftung »Fundación DENAES«. Ihr Ziel: »die Verteidigung der spanische Nation«. Das Konzept der Nation ist auch für Vox ein zentraler politischer Begriff. In der »Sommerschule« seiner Stiftung erklärte Abascal 2016, dass das spanische Volk »weder das Recht noch die Fähigkeit« habe zu entscheiden, »was die spanische Nation betrifft«. Wie kann man so aber eine politische Lösung in einem Konflikt, wie den um Katalonien, finden? Vox will die politische Macht in Madrid zentralisieren und die Regionalregierungen und Regionalparlamente abschaffen. Wenn sich Katalonien abspalten wolle, dann solle man nicht mit ihren Vertreter*innen reden, sondern sie verhaften und die spanische Nation verteidigen. Die Partei sammelte auch Geld, um als Nebenklägerin im Prozess gegen die nach dem Unabhängigkeitsreferendum von 2017 inhaftierten katalanischen Politiker*innen aufzutreten. Ihr Anwalt ist in dem Verfahren der Generalsekretär der Partei Francisco Javier Ortega Smith-Molina. Ihre Haltung im Konflikt um Katalonien ist ein zentraler Punkt, warum Vox in Spanien so schnell populär werden konnte.

Frauen an den Herd

Vox glaubt, dass eine »Gender-Diktatur« Spanien im Griff habe. Die Partei behauptet sogar, dass Männer durch Programme gegen machistische Gewalt diskriminiert würden und hat damit einen weitestgehenden Konsens in der Gesellschaft gebrochen, den in dieser Frage sogar die postfranquistische PP geteilt hatte. Vox hat nun in der Region Andalusien während der Regierungsbildung sogar gefordert, dass Hilfe für Opfer häuslicher Gewalt abgeschafft werden solle – in diesem Fall erfolglos, obwohl die PP und Ciudadanos auf ihre Stimmen angewiesen waren, um an der Regierung zu bleiben. Im Dezember 2018 hatte Vox überraschenderweise dort aus den Stand zwölf Abgeordnete in den Regionalwahlen in Andalusien gewonnen. Sie will zudem, dass Frauen nicht mehr entscheiden dürfen, ob sie ein Kind haben wollen oder nicht. Ebenso wie es die PP in der vorletzten Legislaturperiode versucht hatte, will auch Vox Abtreibung verbieten. Rechte der Frauen und der LGBT-Community hält Vox für überflüssig. Die Partei möchte die gleichgeschlechtliche Ehe abschaffen – und das, obwohl sie auf ihrer Liste mit José María Marco einen Kandidaten hatte, der homosexuell ist und die Heirat von Homosexuellen verteidigt. Doch für María Marco steht »die Existenz der spanischen Nation« im Vordergrund, die für ihn am besten durch Vox verteidigt werde, wie er der Tageszeitung »El Mundo« sagte.



»Der Islam ist nicht Teil Spaniens«

Vox ist stolz darauf, dass »Spanien das Land ist, das gegen den Islam gekämpft hat«, so sagte es der Kandidat Santiago Abascal mit Blick auf die Geschichte des Landes. Die Partei forderte daher eine neue »Reconquista« (Rückeroberung) Spaniens und Europas, verheddert sich dabei allerdings mit den Gesetzen. Ihr Generalsekretär Ortega Smith muss sich derzeit in Valencia vor Gericht wegen eines mutmaßlichen Hassdeliktes verantworten. Der Verein »Muslime gegen Islamophobie« hatte ihn angezeigt, weil er im September 2018 bei einer Wahlveranstaltung sagte: »Unser gemeinsamer Feind, der Feind Europas, der Feind der Freiheit, der Feind des Fortschritts, der Feind der Demokratie, der Feind der Familien, der Feind des Lebens, der Feind der Zukunft heißt islamistische Invasion – und wir müssen uns gegen sie vereinen!« Der Sprecher des Vereins, Ibrahim Miguel Ángel Pérez, erklärte, dass die Aussagen des Vox-Politikers gegen eine friedliche Koexistenz verstoßen. Allein in Andalusien, so behauptet Vox, hielten sich heute rund 50.000 illegale Migrant*innen auf, die die Partei sofort abschieben will. Und in Ceuta und Melilla, den zwei spanischen Exklaven im nordafrikanischen Marokko, will sie statt des bereits vorhandenen Zauns mit NATO-Draht eine Mauer bauen, um Geflüchtete abzuhalten.

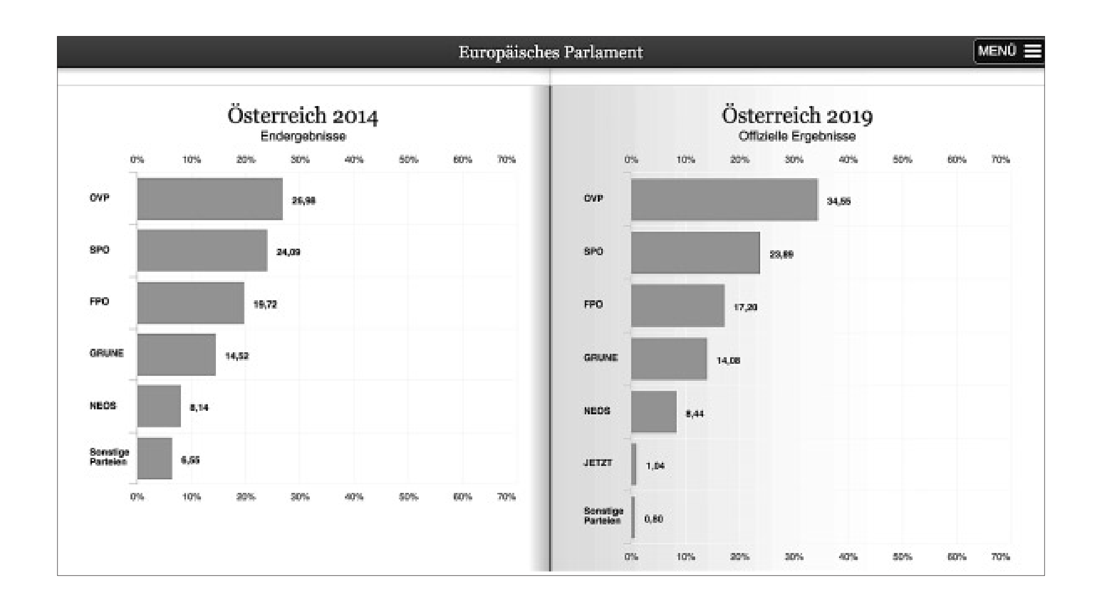
Freiheit der Wirtschaft

Vox will zudem die Regeln zum Besitz von Waffen lockern sowie die Jagd und den Stierkampf mit öffentlichen Mitteln fördern. Damit spricht sie Milieus an, die in Spanien traditionell erzkonservativ sind. Auch die politischen Botschaften und Veranstaltungen der Partei wirken alt und ranzig. Bei Vox finden sich keine »identitären« Jugendlichen oder kulturelle Raffinesse, sondern eher Alpha-Männer mittleren Alters. »Neonazi-Hipster« sind in Spanien nicht bei Vox organisiert, sondern finden sich rund um die »Hogar Social«, nach dem Vorbild der italienischen »Casa Pound«, und ihren besetzten Häusern in Madrid, Toledo, Granada und Saragossa. Sie verteilen zum Beispiel Lebensmittel an Bedürftige mit spanischem Pass und kritisieren Vox wegen ihre liberalen Wirtschaftspolitik. Deren Generalsekretär Ortega Smith spricht dagegen gern über die »permanente Freiheit der Wirtschaft«. Seine Partei will Steuern senken, erklärt aber nicht, wie der Staat finanziert werden soll. Anders als andere Rechtsparteien in Europa kritisiert Vox nicht die gemeinsame europäische Währung und strebt daher keine nationale Währungssouveranität an.

Gegen Geflüchtete

Offen spricht die neue spanische Rechtspartei darüber, wie sie die Menschen aus den Land bringen will, die neben der spanischen auch eine zweite Nationalität besitzen. Parteichef Abascal sagte beispielsweise, dass seine Partei »alles mögliche« tun werde, »um die Ausländer zu deportieren, selbst wenn sie die spanische Nationalität besitzen«. Da Vox nun nicht in die Regierung gelangt ist und diese Forderung umsetzen kann, wolle sie sich nun um strengere Voraussetzungen für Migrant*innen bemühen, die einen spanischen Pass beantragen wollen.

Nach den Wahlen Ende Mai 2019 sitzen nun drei Abgeordnete von Vox im Europäischen Parlament, die sich der Gruppe der »Europäischen Konservativen und Reformer« (EKR) angeschlossen haben. Das ist paradox, denn in derselben Gruppe sitzt auch die belgische, separatistische Partei »Nieuw-Vlaamse Alliantie«, die den früheren katalanischen Präsidenten Carles Puigdemont im Exil unterstützt hatte. In ihrem Programm versprach Vox mehr Geld für Rüstung sowie mehr militärische Auslandseinsätze der EU-Staaten, um »gegen die Jihadistische Bedrohung zu kämpfen«. Doch die wichtigsten Punkte im Europa-Programm von Vox sind »Migration« und »Asyl«. Die Partei spricht sich gegen Asyl-Quoten aus und fordert, »Zentren in Syrien und Lybien« für Geflüchtete zu bauen. Auch gegen die Bewegungsfreiheit von Asylbewerber*innen im europäischen Schengen-Raum will die Partei vorgehen.



*Trotz des Skandals konnte die rechtsradikale Partei FPÖ sich bei der EU-Wahl behaupten und verlor nur 2,5 Prozentpunkte ihrer Wähler*innen*

#Strache

»Ibiza-Gate«

Zum eigentlichen Skandal in Österreich

von Bianca Kämpf

Am 17. Mai 2019 wurde ein heimlich aufgenommenes Video des Magazins Der Spiegel und der Süddeutschen Zeitung veröffentlicht, in welchem der – mittlerweile ehemalige – FPÖ-Nationalratsabgeordnete Johann Gudenus sowie der – nun ebenfalls ehemalige – FPÖ-Vize-Bundeskanzler Heinz-Christian Strache sich gegenüber einer vermeintlichen russischen Oligarchin während eines Ibiza-Urlaubes im Jahr 2017 besonders ehrlich offenbarten: Neben dem Offenlegen angeblicher Parteispenden unterschiedlicher österreichischer Großunternehmen, wie dem Waffenhersteller Glock oder Red Bull-Besitzer Dieter Mateschitz, boten sie der »Oligarchin« bei einer großzügigen Spende an einen gemeinnützigen Verein – um damit die Überprüfung von Parteispenden durch den Rechnungshof umgehen zu können – im Gegenzug die Übernahme der Kronen Zeitung, der größten Tageszeitung Österreichs, an. In dem Zusammenhang wurden Journalist*innen als »die größten Huren des Planeten« bezeichnet. Außerdem stellte Strache ihr öffentliche Bauaufträge in Aussicht, die derzeit vorwiegend Hans Peter Haselsteiner, der in der Vergangenheit das »Liberale Forum« sowie die »NEOS« finanziell unterstützte, mit seinem Strabag-Konzern erhält. Die Kronen Zeitung konterte an den folgenden Tagen mit zwei der »Freiheitlichen Partei Österreich« gewidmeten Titelblättern: »FPÖ am Ende« und »Das war's«. In Bezug auf die schwarz-blaue Regierungskoalition sollte sie damit auch Recht behalten – traten nicht nur Gudenus und Strache aus einer ersten politisch-strategischen Notwendigkeit zurück, sondern wurde nach Aufkündigung der Koalition schließlich auch der Bundeskanzler Sebastian Kurz von der »Österreichischen Volkspartei« mittels oppositionellem Misstrauensantrag seines Amtes enthoben. Bis zu den Neuwahlen Ende September wird Österreich nun von einer vom Bundespräsidenten entsandten »Expert*innen-Regierung« verwaltet.

Der eigentliche Skandal liegt jedoch letztendlich weniger in dem in den Videoaufnahmen Gesagten und Gesehenen, sondern viel mehr im Mangel an Konsequenzen. Dieser hat gerade in Österreich eine besondere Kontinuität: in einem Land, das sich seit seiner Existenz zwischen der Sehnsucht nach einer Autoritätsfigur, nach dem einigenden Moment der (deutschen) Volksgemeinschaft und der narzisstischen Kränkung durch die letztlich doch ausbleibende Verwirklichung jener Sehnsucht bewegt, ist gleichzeitig der Gedanke des »unpolitischen« Zuganges zum Politischen grundlegend gesellschaftlich verankert.

Dass in dieser österreichischen Tradition des Wegsehens und »Nicht-Wissens« während der schwarz-blauen Regierungszeit die diversen neo-nazistischen Vorfälle offizieller FPÖ-Politiker im breiten Diskurs als »Einzelfälle« durchgingen, ist da wenig überraschend. Dass Strache nach der Veröffentlichung des Ibiza-Videos und im Vorfeld der Europawahlen ein »Jetzt erst recht!« auf seinem Facebook-Profil verkündete und schließlich aufgrund von rund 45.000 Vorzugsstimmen den Anspruch auf ein EU-Mandat gehabt hätte, welches er jedoch auf Druck von Seiten der Parteispitze nicht annahm, überrascht insofern ebenfalls nicht, als dass die FPÖ sich erneut erfolgreich und der heimatlichen Konvention getreu als das eigentliche »Opfer« der Vorfälle inszenierte – nachdem es sich bei der Veröffentlichung dieser »besoffenen Geschichte« ja um eine »Schmutzkübelkampagne« gegen die Freiheitliche Partei und ihre Politiker*innen gehandelt habe. Antisemitische Referenzen ließ Strache dabei ebenso nicht aus, bezeichnete er jene Kampagne als eine in »Silberstein-Manier«, die »an Perfidie und auch an Niederträchtigkeit nicht zu übertreffen ist«. Mit der »Silberstein-Affäre« ist jener antisemitische Diskurs rund um die letzte Nationalratswahl in Österreich gemeint, in welchem der israelische Politikberater Tal Silberstein angeblich Dirty Campaigning für die »Sozialdemokratische Partei Österreichs« betrieb. Auch Bundeskanzler Kurz hielt eine Beteiligung Silbersteins an der Sache nicht für unwahrscheinlich. Der ehemalige Infrastrukturminister und designierte FPÖ-Chef Norbert Hofer verkündete zuletzt, dass er sich nach den Neuwahlen, die im September 2019 stattfinden sollen, durchaus wieder eine schwarz-blaue Koalition vorstellen könne, denn: »Heftig wurde es bei uns nie«. In der Logik österreichischer Verhältnisse scheint das letztendlich auch die kollektive Wahrnehmung konsequenterweise auf den Punkt zu bringen.



Schwerpunkt

Rechtsradikale und ihre Immobilien

Das »Thing-Haus« in Grevesmühlen zählt zu den bekannteren Treffpunkten von Neonazis in Deutschland.

#Immobilien

»Befreite Zonen« und »Burgen im Feindesland«

Ein Rückblick auf den Kauf und die Nutzung von Immobilien durch die extreme Rechte in den vergangenen 30 Jahren zeigt: die Siedlungspolitik der Neonazis hat sich ausdifferenziert und ist mit den Jahren immer vielschichtiger geworden.

von Kai Budler



Der 2009 verstorbene Neonazi Jürgen Rieger aus Hamburg hatte schon Ende der 1970er Jahre den Wert von eigenen Immobilien für die extrem rechte Szene erkannt. Über Vereine wie den »Freundeskreis Filmkunst« oder die »Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung e. V.« kaufte der Rechtsanwalt 1978 in Hetendorf bei Celle ein 13.000 Quadratmeter großes Gelände für damals 120.000 DM. Der Preis war ein Zehntel der Summe, für welche die Sozialorganisation »Lobetalarbeit« das Grundstück in den 1960er Jahren an das Bundesvermögensamt verkauft hatte. Unter den Fittichen seiner zwei Träger- und Fördervereine wurde »Hetendorf 13« nach dem Kauf rasch zum bundesweit wichtigsten Treffpunkt und zur Schulungsstätte der extrem rechten Szene.

»Hetendorf 13« – Knotenpunkt im rechten Netz

In Hetendorf trafen und vernetzten sich ungestört unter anderem Riegers »Artgemeinschaft – Germanische Glaubensgemeinschaft«, die »Wiking Jugend« (WJ), »Nationalistische Front« (NF), »Freiheitliche Arbeiter Partei« (FAP), die von Christian Worch geführte »Nationale Liste« (NL), der »Bund der heimattreuen Jugend«, Wehrsportgruppen und viele andere mehr. Seit 1991 fand auf dem Gelände jährlich die »Hetendorfer Tagungswoche« mit mehr als 200 Neonazis statt. Auch die Enteignung des Geländes nach dem Verbot der Trägervereine 1998 konnte Riegers Obsession für Immobilien nicht stoppen. Neben einem Campingplatz, den er bis 1993 in Kollmar bei Elmshorn betrieb und der immer wieder zu einem Treffpunkt für Neonazis wurde, unterhielten seine Vereine längst mehrere Häuser in Norddeutschland. 1999 kam für rund vier Millionen Mark ein Gebäudekomplex mit fünf Kinosälen, Ladenpassagen und Mietwohnungen in der Innenstadt von Hameln hinzu. Zugute kamen Rieger dabei erhebliche Geldsummen und Grundstücke, die ihm von zahlreichen Altnazis vermacht worden waren. Als Geschäftsführer der »Wilhelm-Tietjen-Stiftung Fertilisation Limited« kaufte Rieger 2003 das Schützenhaus im thüringischen Pößneck für 360.000 Euro. Im folgenden Jahr ging der Heisenhof im niedersächsischen Dörverden in den Besitz der Stiftung über. Auch im Ausland verfügte der Anwalt über Eigentum: Schon 1995 hatte er im schwedischen Sveneby für 2,2 Millionen DM ein 650 Hektar großes Landgut gekauft, um ein »germanisches Landkollektiv« für Mitglieder der »nordisch-blonden Rasse« »unbeeinflußt durch Umerziehung und Überfremdung« zu gründen, wie es in einer Zeitungsanzeige hieß. Obwohl Rieger von der Europäischen Union für ökologisches Wirtschaften und artgerechte Tierhaltung Zuschüsse in Höhe von 300.000 DM erhielt, scheiterte das Projekt, 2003 brannte ein Teil des Gutshofes aus.

Neonazis als Hausbesetzer

Während der spätere NPD-Funktionär Rieger auch durch öffentlich angekündigte Scheinkäufe in das Licht der Öffentlichkeit rückte, hatten schon andere Neonazi-Gruppierungen den Wert eigener Räumlichkeiten für sich entdeckt. Dazu gehörte auch ein Haus in Berlin-Lichtenberg, das Neonazis der »Nationalen Alternative« (NA) im Frühjahr 1990 besetzt hatten. Als Ausweichprojekt bot ihnen die Kommunale Wohnungsverwaltung ein Haus in der Weitlingstraße an, zu dem später zwei weitere Häuser hinzukamen. Sie wurden der Ausgangspunkt für brutale Überfälle auf alternative Wohnprojekte, Migrant*innen und Linke. Die NA baute in der Weitlingstraße Kontakte zu nahezu allen damals relevanten extrem rechten Gruppen auf, betrieb Wehrsportübungen und plante Terroranschläge. Das intern als »Stabsquartier« bezeichnete Haus beinhaltete Schulungszentrum, Kaserne und Freizeitstätte und war für die Neonazis ein öffentliches Sinnbild von »nationaler Lebensart und Willen«.

In Westdeutschland hatte die als Kaderpartei gegründete »Nationalistische Front« (NF) um Meinolf Schönborn bereits Mitte der 1980er Jahre in einem sozialdemokratisch geprägten Viertel in Bielefeld ein Haus gekauft, um es als bundesweites »Aktionszentrum« auszubauen. In dem Gebäude in der Bleichstraße fanden NF-Bundestreffen, Schulungen und spektrenübergreifende Treffen von Neonazis statt. Außerdem residierte dort der von Schönborn gegründete »Klartext-Verlag«, der bundesweit einer der ersten rechten Musikverlage war und die NF mitfinanzierte. Das zur Festung ausgebaute Haus diente als Ausgangspunkt für Überfälle auf Migrant*innen und vermeintlich Andersdenkende. Nach drei Jahren zog die NF in den knapp 30 km entfernten Detmolder Ortsteil Pivitsheide und richtete dort in einer ehemaligen Gaststätte ein »Schulungsheim« ein, wo auch Schönborns Privatwohnung war; das dazugehörige große Waldgelände war



Jürgen Rieger droht mit einer Axt in Hetendorf 1996.
Der sogenannte Heisenhof bei Dörverden 2004.

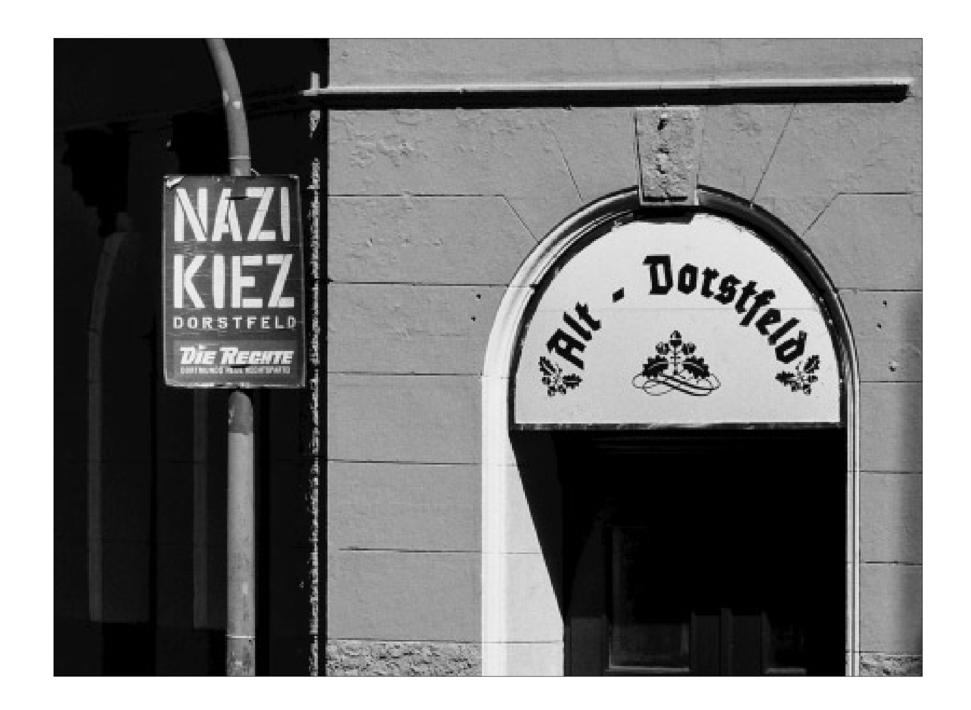
optimal für Wehrsportübungen und Sonnenwendfeiern der Neonazis. Später wurde das Haus in Pivitsheide, in dem auch das NF-Gründungsmitglied Steffen Hupka verkehrt hatte, verkauft. Er plädierte 1999 in der NPD-Zeitung »Deutsche Stimme« für eigene Immobilien als »Mittel zum Zweck«, um »befreite Zonen« als »materielle Basis unseres Kampfes« zu schaffen. Ein ganzes Netzwerk vieler solcher Immobilien sei die zentrale Aufgabe des «gesamten nationalen Widerstandes«.

Neonazis auf dem Land

Hupka beließ es nicht bei Überlegungen und erwarb zwei Jahre später für 100.000 DM das Schloss Trebnitz im sachsen-anhaltischen Salzlandkreis. Die Rede war von einem »nationalen Schulungszentrum Mitteldeutschland« mit 2.000 Quadratmetern Wohnfläche und einem mehr als dreimal so großen Grundstück. Doch der Plan ging schief und Hupka versuchte seit 2005 das Schloss wieder abzustoßen. Im Rahmen einer Zwangsversteigerung erwarben schließlich die NPD-Funktionäre Axel Schunk und Thomas Wulff 2010 das Anwesen, doch fünf Jahre später stand es erneut zum Verkauf. Hupkas damaliger Kauf war in dieser Zeit nur einer von mehreren Versuchen von Neonazis, mit der Schaffung von Infrastruktur in ländlichen Regionen vor allem auf dem Gebiet der ehemaligen DDR um die Akzeptanz der örtlichen Bevölkerung zu werben. Im sächsischen Gränitz ersteigerte der ehemalige NPD-Bundesvorsitzende Günter Deckert im Juli 2001 einen Gasthof. In Scharbow in Mecklenburg-Vorpommern organisierte ein ehemaliger Aktivist der neonazistischen »Sauerländer Aktionsfront« in einem DDR-Bau Sonnenwendfeiern und Wettkämpfe und nur 20 km entfernt betrieb ein Bremer Neonazi einen Ökobauernhof. Auch der niedersächsische Neonazi und Kameradschaftsführer Thorsten Heise wechselte seinen Wohnort und zog in ein großzügiges Herrenhaus in Fretterode im thüringischen Landkreis Eichsfeld, das er für umgerechnet knapp 179.000 Euro erworben hatte. Zwölf Jahre nach seinem Umzug resümierte Heise: »Jedes Haus, jede Wohnung, in dem sich die nationale Opposition treffen kann, ist eine Burg im Feindesland. (…) Wenn jeder BRD-Bürger eines Tages den netten NPD-Mann in seiner Nachbarschaft hat, können die Medien behaupten, was sie wollen, wir werden trotzdem Erfolg haben.« Mit seiner Vorgehensweise ist Heise ein gutes Beispiel für die Versuche, sich nicht abzuschotten und wie in Hetendorf zu provozieren, sondern sich mit einer Verbürgerlichungsstrategie vor allem in ländlichen Regionen als »normale« Mitbürger*innen zu geben. »Wir wirken in die Bevölkerung hinein«, prahlte Wulff, doch auch ihm war kein Erfolg bei der praktischen Umsetzung beschieden, wie neben dem Schloss Trebnitz auch ein von ihm 2000 erworbenes Anwesen im Landkreis Boizenburg zeigte. Auch Wulff unterschätzte den hohen Aufwand für die Renovierung bei knappen Finanzen und musste aufgeben.

Die Städte vom Land her erobern

Trotz der Aufgabe einzelner Objekte existieren heute zahlreiche Immobilien im Besitz der extremen Rechten oder mit leichtem Zugriff darauf. Auch die teilweise Vermischung der extrem rechten Szene mit Motorradclubs erleichtert es Neonazis, Clubhäuser für ihre Zwecke nutzen zu können. Andere Objekte wurden über Strohmänner und -frauen erworben und ausgebaut. So kaufte beispielsweise 2012 der extrem rechte Verein »Gedächtnisstätte e. V.« vom Landesbetrieb Thüringer Liegenschaftsmanagement eine großzügige Tagungsstätte im thüringischen Guthmannshausen. Von den verantwortlichen Stellen hieß es, es habe keine Anhaltspunkte für einen »rechtsextremen Hintergrund« gegeben. In Thüringen liegt auch Eisenach, wo die NPD im September 2014 den Erwerb einer eigenen Immobilie bekannt gab, die als »nationales Zentrum« ausgebaut werden solle. Gekauft hatte das zweigeschossige Gebäude mit einer Fläche von 240 qm der NPD-Funktionär Jan Z., der vorher noch nicht in Thüringen aufgefallen war. Seitdem finden dort unter anderem Treffen, Konzerte und Feste statt.
Eine andere Art der Graswurzelarbeit betreiben die völkischen Siedler*innen und Anhänger*innen der rassistischen »Anastasia« Bewegung. Jenseits der großen Städte erschaffen sie mit praktischen »Raumergreifungsstrategien« und Immobilienkäufen Siedlungsprojekte, um eine völkische Gemeinschaft zu etablieren, die von einem autarken, nationalen Wirtschaftsnetzwerk flankiert wird. Allein die seit spätestens 2014 in Deutschland auftretende »Anastasia«-Bewegung verfügt über bundesweit mindestens 17 »Anastasia«-Familienlandsitze in ländlichen Regionen. Zugute kommt ihnen dabei die demographische Entwicklung in den strukturschwachen Regionen wie in dem 240 Einwohner*innen zählenden Grabow in Brandenburg. Der dortige Ortsvorsteher ist glücklich über den Zuzug von »Anastasia«-Anhänger*innen, sagte er dem Fernsehmagazin »Kontraste«. Hier brauchen diese nicht mehr um Sympathie zu werben, der Ortsvorsteher freut sich auch so über ihre Unterstützung bei Dorffesten.
Insgesamt ist die Immobilien-Politik von Neonazis und Rassist*innen höchst heterogen. Die rechten Häuser sind mittlerweile meist nur noch in ländlichen Regionen zu finden, in westdeutschen Städten sind sie die Ausnahme geworden. Anders sieht es in Ostdeutschland aus: Besonders in Mecklenburg-Vorpommern bieten Städte wie Anklam und Wismar der extrem rechten Szene ein ungestörtes Treiben in den eigenen vier Wänden. Dort sind sie in einigen Fällen bereits Teil eines Netzwerks der rechten Infrastruktur. Neue Möglichkeiten bieten die Räumlichkeiten der »Alternative für Deutschland« (AfD), über welche die Partei mit ihren Erfolgen bei Landes-, Bundes- und Europawahlen bundesweit verfügt und die sie nutzt: Am 11. Mai 2019 lud die AfD-Fraktion im Bundestag zur »1. Konferenz der Freien Medien« in die Räumlichkeiten des Parlaments.



Wahlplakat »Nazikiez« in Dortmund Dorstfeld - der Partei »Die Rechte«

#Strategie

Räume besitzen

von Felix M. Steiner

In den vergangenen Jahrzehnten war die Nutzung von Immobilien eines der wichtigsten Themen für die rechte Szene selbst, wurde öffentlich diskutiert und spielte eine bedeutende Rolle bei der Recherche zur extremen Rechten. Nachdem das Thema in den beginnenden 2000er-Jahren noch eine erhöhte Aufmerksamkeit erfahren hatte, findet ein Immobilienerwerb durch Neonazis mittlerweile oft nur noch regional Beachtung. Es scheint eine Gewöhnung eingetreten zu sein, dass extrem rechte Strukturen auf hunderte Immobilien in der Bundesrepublik zurückgreifen können. Die Szene hat sich beim Kauf in den vergangenen Jahren weiter professionalisiert, kennt die juristischen Möglichkeiten der Städte und Gemeinden, Käufe zu verhindern und ist darauf vorbereitet. Die Bedeutung von Immobilien für die Szene ist enorm. Schon vor weit mehr als einem Jahrzehnt sagte eine damalige zentrale Führungsfigur der Neonaziszene, Steffen Hupka, in einem Interview: »Das wichtigste für jede Revolution ist ein Netzwerk von Kaderstrukturen, verbunden mit einer entsprechenden Logistik, zum Beispiel Immobilien (…) und Geldern.« Hier zeigt sich gut, dass eigene Räume nicht erst in den vergangenen Jahren eine wichtige Säule extrem rechter Strategien waren. Bei der Betrachtung »rechter Immobilien« gab es immer wieder Diskussionen, was damit genau gemeint ist. Die Sicherheitsbehörden haben ihre Definition in den letzten Jahren teilweise denen zivilgesellschaftlicher Organisationen angepasst. Die Folge war eine deutlich erhöhte Zahl erfasster Objekte. Wenn man sich also mit extrem rechten Immobilien befasst, ist eine zentrale Frage die nach den Kriterien der Einstufung. Die Nutzung ist vielfältig: Es gibt Parteiimmobilien, wie die NPD-Objekte »Haus Montag« in Pirna, das »Flieder Volkshaus« in Eisenach oder das Büro der Partei »Der III. Weg« in Plauen. Auch für die »Reichsbürger«-Szene sind Immobilien eine wichtige Grundlage für etwaige Reichsgründungen. Bekanntestes Beispiel ist sicher Peter Fitzeks Krankenhausgelände in Wittenberg. Aber auch völkische Siedler*innen verfügen im ländlichen Raum über Gebäude, die zwar auch als Wohnraum dienen, aber in regelmäßigen Abständen für interne Veranstaltungen genutzt werden. In dieser nur kursorischen Aufzählung dürfen auch die zahlreichen Häuser extrem rechter Burschenschaften nicht fehlen. Und nicht zuletzt gibt es zudem noch die Kneipe, in der sich regelmäßig Kameradschaften treffen, um Liederabende durchzuführen oder ihre Aktionen zu planen. Einige dieser Immobilien sind im Besitz extrem rechter Personen oder Organisationen, andere stehen der Szene schlichtweg offen. Die Besitzverhältnisse sind also kein ausreichendes Kriterium, eine Immobilie einzuordnen. Vielmehr kommt es auf die Art der Nutzung an. Wenn also Gebäude oder auch Wiesen – wie bei Konzerten – regelmäßig für Veranstaltungen durch die extrem rechten Szene bespielt werden und damit ein Mehrwert für die extreme Rechte entsteht, sind diese Gebäude als »rechte Immobilien« zu zählen. So fallen – in Besitz oder zur Miete – rein als Wohnraum dienende Objekte weg. Bei der Zählung spielt keine Rolle, ob sich die Nutzung an die Öffentlichkeit richtet oder nach innen bedeutsam ist. Ein Tonstudio in einem privaten Wohnhaus beispielsweise dürfte vergleichsweise wenige Besucher, aber eine enorme Bedeutung für die internationale RechtsRock-Szene haben. So lassen sich die verschiedenen Arten von Objekten gut erfassen, egal ob Verlage oder Tonstudios dort ihren Sitz haben, ob Zeltlager, Konzerte, Stammtische stattfinden oder interne Planungstreffen hier durchgeführt werden. Auch die Wohnung des extrem rechten YouTubers Nikolai Nerling (der »Volkslehrer«) ist damit eine extrem rechte Immobilie: Er erstellt hier regelmäßig Propaganda-Videos für das Netz und erreicht damit zehntausende Menschen über die sozialen Netzwerke. Damit ergibt sich ein »Szenenutzen«. Davon unterschieden werden muss natürlich

öffentlicher Raum, auch wenn hier regelmäßig extrem rechte Veranstaltungen wie Gedenkfeiern oder Demonstrationen stattfinden. Ein lokales Kriegerdenkmal mag ein Erinnerungsort und einmal jährlich Treffpunkt der Szene sein, ist aber natürlich nicht als rechte Immobilie zu zählen. Ebenso gilt dies für Hallen, die unter falschem Vorwand einmalig für Konzerte oder Kampfsportveranstaltungen gemietet wurden.

Strategie-Diskussionen in der Szene

Die extreme Rechte diskutiert den Erwerb von Immobilien als Teil strategischer Optionen schon lange und unterscheidet dabei oft deutlich zwischen einer nach innen gerichteten Bedeutung und als Teil einer nach außen gerichteten Strategie, beziehungsweise Teil politischer »Graswurzelarbeit«, wie es 2012 in einem Artikel im »Aktivist«, einer Publikation der »Jungen Nationaldemokraten« (heute »Junge Nationalisten«, JN), heißt. Für die Szene liegt der Vorteil auf der Hand – 2017 formulierte das der Neonazi Sascha Krolzig in einem Artikel in der »N.S. Heute« über das »Haus Montag« so: »Es gibt auch keinen Vermieter, der von Linksextremisten oder staatlichen Agenten unter Druck gesetzt werden könnte, das Haus steht nämlich im Eigentum der Kameraden.«

Der vielleicht wichtigste Bezugspunkt für strategische Diskussionen der Szene zum Thema Immobilien ist nach wie vor das Konzept »Schafft befreite Zonen« von Anfang der 1990er-Jahre. Das Konzept erschien damals in einer Publikation aus dem Umfeld der NPD-Studentenorganisation »Nationaldemokratischer Hochschulbund« (NHB) und war maßgeblich durch Auslandsbesuche und linke Projekte inspiriert. Hier heißt es bereits: »Errichtung eines unabhängigen Buchladens, wo man auch Bücher und Schriften, Aufkleber und Flugblätter kaufen kann, die man sonst nirgends bekommt.« Und weiter: »Revolutionäre dürfen nicht über das gesamte Stadtgebiet zerstreut wohnen, sondern sie sollten sich möglichst auf ein Wohnobjekt und einen Straßenzug konzentrieren, um vor Ort sichtbar Macht auszudrücken.« Ziel ist also die Schaffung von Freiräumen, in der eigene Aktionen ohne Verhinderungsmöglichkeit stattfinden können und die Szene dadurch stärken. Wichtige Grundlage für eben jene Strategie ist – wenn hier auch nicht explizit aufgegriffen – der Zugriff auf Immobilien. Als Materiallager, Konzertorte, Unternehmenssitze, Sporträume oder Übernachtungsmöglichkeit sind sie zentrale Netzwerk-Orte der extremen Rechten. Und so resümieren die »Jungen Nationaldemokraten« 2012 in ihrem Magazin: »Gerade hinsichtlich der Entfaltungsmöglichkeiten im politischen wie im gemeinschaftlichen Sektor sind dem Ganzen keinerlei Grenzen gesetzt. Vieles wird einem bei der Planung und bei der Durchführung von jeglichen Veranstaltungen schlicht und ergreifend erleichtert, wenn man auf eine eigene Immobilie zurückgreifen kann.«

Immobilien als Teil politischer Arbeit

Gerade für extrem rechte Strukturen, die eine politische Arbeit nach außen fokussieren, sind eigene Räume elementar. Sie sind Ausgangspunkt für Aktivitäten, Anlaufpunkt der Szene und erleichtern es, mit der Bevölkerung in Kontakt zu treten. »Ein eigenes Objekt zu betreiben heißt nicht, sich abzuschotten, sondern unterliegt einem ständigen Weiterentwicklungs- und Interaktionsprozess«, heißt es im JN-Schwerpunktheft. Dabei galt auch das Agieren linker Strukturen als Vorbild für die Entwürfe der extremen Rechten. So schlägt die JN vor, eine »Volksküche« in den Räumlichkeiten zu betreiben oder ein »Arbeitslosenfrühstück« anzubieten, um »sich in seinem unmittelbaren Umfeld zu festigen«. Diese fast zehn Jahre alten Ausführungen sind schon längst keine Utopie mehr. In zahlreichen Objekten werden soziale Aktionen »für Deutsche« durchgeführt, um sich so vor allem lokal als »nette Nachbarn« zu integrieren. Sowohl die NPD als auch der »III. Weg« führen Veranstaltungen für «deutsche Familien« durch und verteilen zum Beispiel kostenlos Kleidung. Es werden Kinderfeste und Weihnachtsfeiern angeboten, die in ihrer Bewerbung nur sehr subtile Hinweise auf die neonazistischen Hintergründe enthalten. Dies ist nichts anderes als die seit Ende der 1990er-Jahre ausgegebene Strategie, dass die Neonazi-Parteien so jenseits medialer Berichterstattung ihr bürgerfreundliches Gesicht zeigen können. Durch die Verschleierung ihrer wahren Absichten wird die Aufklärung über den Zweck dieser Aktivitäten erschwert. Seit einigen Monaten wurde das Freizeitangebot durch Kampfsporttrainings für Erwachsene und Kinder ergänzt. Der »III. Weg« in Plauen wirbt beispielsweise ganz offen mit Bildern von Kinder-Kampfsport-Gruppen. Wie stark diese Termine tatsächlich frequentiert werden, ist schwer zu beurteilen. Dass die Propaganda-Berichte über die zahlreichen Erfolgsgeschichten »nationaler Zentren« wohl zumindest in Teilen von der Realität abweichen, wird aber immer wieder an verschiedenen Stellen deutlich. So ist dann die »deutsche Mutter«, die im parteieigenen Medium begeistert über die Immobilie berichtet, schon seit Jahren bekannt und mit der Szene vernetzt oder erwähnte Vermietungen für Feiern an die »normale Bevölkerung« stellen sich im Nachhinein doch eher als Geburtstagsfeier eines seit Jahren aktiven Neonazis heraus. Eine kritische Überprüfung ist hier für eine seriöse Analyse dringend geboten. Für Menschen, die zu den Feindbildern der Szene zählen, entwickeln sich mit der Nutzung einer Immobilie durch Neonazis in vielen Fällen ohnehin Angsträume. Oft sind diese Objekte Ausgangspunkt von Übergriffen. Besonders die Kameradschaftsszene hat es darauf angelegt, gezielt solche Angsträume zu erschaffen, um die eigene Wohnumgebung als »Nazi-Kiez« zu markieren und eine Vorherrschaft zu erlangen.

Fazit: Die Verankerung schreitet voran

Doch auch wenn Propaganda und Realität oft auseinanderklaffen, sind Immobilien ein wichtiger Teil extrem rechter Verankerung. Sie ermöglichen es, Netzwerke zu stabilisieren und eine konstante Arbeit auf zahlreichen Ebenen zu etablieren. Gerade in den Orten, in denen seit Jahren Immobilien genutzt werden und als Basis politischer Aktivitäten dienen, erzielen extrem rechte Politiker oft auch besonders hohe Ergebnisse bei Kommunalwahlen. Hier sei nur auf den Südthüringer Neonazi Tommy Frenck verwiesen. Die Immobilien helfen damit nicht zuletzt auch bei einer Normalisierungsstrategie der Szene: So werden die Feinde der Demokratie zu »ganz normalen Nachbarn«.

#Identitäre

Schein und Sein: Das Haus »Flamberg« in Halle/Saale

Seit 2017 verfügt die »Identitäre Bewegung« über ein Haus in Halle. Es ist Knotenpunkt für weite Teile der »Neuen Rechten« bis hin zur »Alternative für Deutschland«. Doch an der Immobilie zeigt sich deutlich das Kernproblem der Szene: Der Unterschied von Inszenierung und Wirklichkeit.

von Henrik Merker



An der Universität in Halle steht ein bundesweit bekanntes Haus, von oben bis unten mit Farbe besprüht. Eine Kamera auf halber Höhe hat den Fußweg im Blick. Die Fenster verrammelt, sieht es beinahe verwaist aus. Nur der Name Dorian Schubert steht an der Klingel der linken von zwei braunen Eingangstüren. Schubert ist einer der Gründer des »Flamberg e. V.«, der seit Sommer 2018 die erste Etage dieses alten Gebäudes betreibt. Flamberg, ähnlich wie die völlig ahistorische Bezugnahme auf den Mythos der Spartaner, bezieht sich wohl auf ein beidhändig geführtes mittelalterliches Schwert, auch Flammenschwert genannt. In der Gründungsakte des Vereins wird dazu noch ein Mario A. Müller als Vorsitzender geführt, er leitete die erste Vereinsversammlung in dem Haus am 7. Mai 2018. Fünf weitere extrem rechte Akteur*innen hatten sich an dem Tag zusammengefunden, darunter auch Melanie Schmitz.
Bis ins Jahr 2018 nahm die damalige Frontfrau der »Identitären Bewegung« Videos unter dem Namen »Varieté Identitaire« auf, spielte dabei Musik oder sang und ließ sich von Till-Lucas Wessels begleiten. Auch Wessels hat den »Flamberg e. V.« mitgegründet, ist Beisitzer im Vorstand. Kurz nach der Vereinsgründung stellte Schmitz ihre öffentliche Präsenz für die »Identitären« weitgehend ein. Mittlerweile ist sie wieder im Ruhrgebiet ansässig und dort auch weiterhin für die Szene aktiv. In den vergangenen Monaten wurde sie durch Hannah-Tabea Rößler ersetzt. Rößler ist die Verbindung der extrem Rechten zur »Alternative für Deutschland« (AfD). Sie ist ebenfalls »Flamberg«-Mitgründerin und trat für die Hellblauen bei der Kommunalwahl an. Laut Halles AfD-Chef Alexander Raue sind alle Kandidat*innen auch Parteimitglieder. Für die parteinahe »Campus Alternative« sitzt Rößler im Studierendenparlament der Martin-Luther-Universität. Lokal hat sie jetzt schon weit mehr Einfluss, als ihn Schmitz je hatte.

Das identitäre Varieté ist fast schon ein Jahr Geschichte, wie vieles, was von dem abgeschotteten Haus in Halle ausging. Auch der Versuch eines Mode-Labels unter dem Namen »radical éstethique« wurde nach kurzer Zeit eingestampft, dessen Initiator Franz Reißner ist kaum noch präsent. Mit »Wolf PMS« halten sich die extrem Rechten seitdem einen neuen Haus- und Hofkünstler. Die »Identitären« in Halle arbeiten ähnlich wie ein Start-Up nach dem Verfahren ‹trial and error›.

Vernetzung und Ernüchterung

Als das »neurechte« Hausprojekt vor rund zwei Jahren bekannt wurde, galt es als große Hoffnung der Szene, quasi als Modellprojekt der mannigfaltigen »Neuen Rechten«. An den unterschiedlichen beteiligten Akteur*innen war gut zu erkennen, dass es faktisch keine Grenzen zwischen AfD und der »Neuen Rechten« um Götz Kubitschek und der »Identitären Bewegung« gibt. Doch mittlerweile bröckelt die Unterstützung für das gemeinsame Projekt immer weiter; obwohl noch zahlreiche Organisationen vor Ort gemeldet sind, ist eine deutliche Ernüchterung eingetreten.
Viele ehemalige Unterstützer*innen haben sich mittlerweile verabschiedet – mit dem Chef der »Titurel-Stiftung«, Andreas Lichert ist einer der Väter des Projektes gegangen. Ebenso wie die Stiftung des AfD-Politikers Lichert sitzt seine Firmenmarke »Mosaik Kommunikation« mittlerweile nur noch in Bad Nauheim. Die vormals eingetragene Adresse des IB-Hauses ist gestrichen. Lichert geht sogar noch weiter: gegenüber dem Hessischen Rundfunk sagte er im April diesen Jahres: »Insofern ist eben genau das, was ursprünglich intendiert war, nämlich ein Kontaktpunkt, auch für Leute außerhalb unserer, sag ich mal, Kernklientel zu schaffen, das ist nicht geglückt.« Dazu dürften nicht nur Aktionen wie der Angriff der »Identitären« auf zwei Zivilpolizisten beigetragen haben, sondern auch die dauerhaften und massiven Proteste vor Ort.



Daniel Fiß (rechts) vor dem Haus »Flamberg« am 11. Mai 2019

Im Gegenzug stellten die »Identitären« am 8. Dezember 2018 mit »Okzident Media« eine eigene Agentur im IB-Haus vor, um sich erneut einen Platz in der Öffentlichkeit zu erspielen. »Okzident Media« wurde 2019 sogar als offizieller Gast zur AfD-Medienkonferenz in den Bundestag geladen. Die Verstrickungen der Partei mit den extrem Rechten sind ungebrochen. »Identitären«-Delegationen nehmen auch regelmäßig an AfD-Kundgebungen in Halle teil.

Noch bis Ende 2018 kamen oft AfD-Abgeordnete zu Besuch, um an Veranstaltungen des »neu rechten« Chefideologen Götz Kubitschek und seines »Verlag Antaios« im IB-Haus teilzunehmen. »Antaios« hat dort einen Zweitsitz, glaubt man den Angaben auf der Website des Hauses. Im Herbst 2018 kamen Hans-Thomas Tillschneider von der AfD Sachsen-Anhalt und der Nordrhein-Westfale Roger Beckamp, der dort für die Hellblauen im Landtag sitzt. Sie diskutierten vor einem identitären Publikum über die Beobachtung der AfD durch den Verfassungsschutz.

Laut Haus-Website sind neben dem »Flamberg e. V.« und »Antaios« zudem das »Institut für Staatspolitik«, der »Jungeuropa-Verlag« und eben auch »Ein Prozent« ansässig. Hinter »Jungeuropa« steckt der Burschenschafter Philip Stein. Er und seine Organisationen sind eng mit den »Identitären« verbunden. Neben persönlichen Verstrickungen, wird unter »wahl.einprozent« ein Klon der »ak16-halle«-Website gehostet. Die Haus-Website hat kein eigenes Impressum, sie verlinkt auf das von »Ein Prozent«.

Internationale Gäste

Mit mutmaßlichen Gewalttaten und ihrem militanten Auftreten kommen die »Identitären« in Halle bisher ungeschoren davon. Gegen drei Kader laufen seit 2017 Verfahren, ein Termin zur Eröffnung der Hauptverhandlung am 4. Juni 2019 wurde verschoben. Dabei geht es um den Angriff auf zwei Zivilpolizisten in der Nähe des Hauses und illegalen Waffenbesitz. Der Sprecher des Amtsgerichts Halle wollte sich nicht festlegen, ob es dieses Jahr noch einen neuen Termin geben wird.

Auch die international vernetzte Szene besucht die »Identitären« in Halle. 2017 gab die tschechische Gruppe »pro-vlast« via Instagram ihre Teilnahme an einer Veranstaltung bekannt. Im Juli 2018 besuchte ein Aktivist der schwedischen »Nordisk Ungdom«, einer militanten antisemitischen Gruppe, das IB-Haus. »Nordisk Ungdom« hat Verbindungen zum neofaschistischen »Asow«-Regiment aus der Ukraine, dessen Propagandistin Olena Semenyaka am 8. Juni 2018 im IB-Haus einen Vortrag hielt. Semenyaka trat im selben Jahr auch für Neonazi-Parteien auf, wie etwa die NPD oder »Der III. Weg«.

Zu Veranstaltungen in dem »elitären« Club Flamberg kamen bisher nie viel mehr als dreißig, oft kaum mehr als zehn Gäste. Aufgrund der bisher geringen Resonanz und sinkender medialer Präsenz planen die »Identitären« ihr nächstes Großprojekt in Halle: Im Juli soll es eine Großdemonstration mit anschließendem Hoffest geben. Mit Bussen sollen Kader gesammelt anreisen, um wie in Berlin 2017 eine Massenbewegung zu simulieren.

Aber auch derartige Unterstützer*innen-Aktionen können nicht darüber hinwegtäuschen, dass die »neurechten« Netzwerke in Halle vorerst gescheitert sind. Die Inszenierung ihres Hausprojektes hat mit der realen Etablierung vor Ort wenig gemein; außer für einen kleinen Kreis aus den eigenen Reihen konnte sich das Haus nicht zu einem Kontaktpunkt entwickeln. Nicht zuletzt dürften auch die massiven Proteste gegen das Haus aus der Stadt und der direkten Nachbarschaft dafür gesorgt haben, dass eine Verfestigung der Strukturen ausblieb. Kaum eine Veranstaltung fand in der IB-Immobilie statt, die nicht auch von Protesten begleitet wurde.

#Chemnitz

Multifunktionshaus

Als Ende August 2018 Rassist*innen in Chemnitz auf Menschenjagd gingen, diente ihnen ein Haus im Zentrum der Stadt als Dreh- und Angelpunkt.

von Johannes Grunert



Inmitten eines Blocks aus sanierten 1950er-Jahre-Bauten steht der einzelne Altbau in der Brauhausstraße. Die Fenster sind zum Teil mit Wahlplakaten zugestellt, bunte Farbsprenkler auf der Fassade zeugen von den zahlreiche Farbattacken, die über die Jahre auf das Haus inmitten des wohl am meisten migrantisch geprägten Viertels der Stadt verübt wurden. Hier hat sich die Partei »Bürgerbewegung Pro Chemnitz« eingerichtet und vereint verschiedene Akteure unter einem Dach.

Kohlmann und sein Netzwerk

Die Immobilie fungiert bereits seit 2012 als Kanzlei des extrem rechten Rechtsanwalts Martin Kohlmann. Er ist Chef von »Pro Chemnitz«, pflegt gute Kontakte in die neonazistische Szene und vertritt regelmäßig Neonazis vor Gericht. Seit 1999 sitzt er im Stadtrat und gilt als Hauptorganisator der rechten Aufmärsche im vergangenen Spätsommer. Neben Rechten zählen auch russischsprachige Asylsuchende zu seinen Mandant*innen. Der 41-Jährige ist Fachanwalt für Strafrecht und wirbt mit »Tätigkeitsschwerpunkte sind das Strafrecht, das Verwaltungsrecht und das Familienrecht«. Seine Vita ist auf seiner Homepage in russischer Sprache einzusehen. Kohlmann ist auch in ein Netzwerk aus einer russischsprachigen Zeitschrift und einem Verein eingebunden, die zumindest zeitweise über die Brauhausstraße zu erreichen waren. Zentrale Person dieses Netzwerks ist der Georgier Aleksandr Boyko. Er ist Chefredakteur der russischsprachigen Zeitschrift »Berliner Telegraph« und Vorsitzender des russischen Kulturvereins »Tolstoi e. V.«. Kohlmann selbst fungierte anfangs als Schriftführer von Boykos Verein. Auch mit dem »Berliner Telegraph« ist Kohlmann eng verbunden: Bis 2015 wurde er im »Telegraph« als »Rechtsabteilung« angegeben. Die Zeitschrift und der Verein geben heute offiziell ihren Sitz an einer anderen Adresse an.

Rechtes »Begegnungszentrum«

Jahrelang fand das Haus in der Chemnitzer Stadtgesellschaft keine große Beachtung, da sich nur die Kanzlei, das benannte Netzwerk und die »Pennale Burschenschaft Theodor Körner zu Chemnitz«, deren Umzug in das Haus Kohlmann Ende 2012 organisierte, in dem Gebäude befanden.

Nachdem das Haus als Materiallager und Organisationszentrale für die rassistischen Aufmärsche im August und September 2018 aufgefallen war, begann »Pro Chemnitz« ab Ende des Jahres im Erdgeschoss des Hauses ein »Begegnungszentrum für Patrioten« auszubauen: Im Chemnitzer Stadtzentrum entstand damit schlagartig eine Anlaufstation, die seit ihrer Eröffnung am 1. Mai 2019 zweimal in der Woche einschlägigen Rechten und Rassist*innen als Treffpunkt dient.

Noch während »Pro Chemnitz« die Fläche mit Hilfe ihrer Anhänger*innen ausbaute, startete die Initiative »Aufstehen gegen Rassismus« eine Kampagne gegen den Treffpunkt. Mit regelmäßigen Treffen, einer Petition und mehreren Demonstrationen rückten sie das Haus in den Fokus der lokalen Presse und der Stadtgesellschaft. In der Antwort auf eine Kleine Anfrage der Partei Bündnis90/Die Grünen gab die Stadtverwaltung bekannt, dass »Pro Chemnitz« für einen Raum eine Umnutzung zum Jugendtreff plane. Dass dieser Plan bereits konkret wurde, bezeugen Treffen einer Gruppe junger Neonazis in einem Hinterraum des Erdgeschosses. Dieser wurde mittlerweile zu einer ansehnlichen Bar ausgebaut, bislang ohne Beanstandung durch das Baugenehmigungsamt. Die Gruppe trat bereits bei den Aufmärschen im vergangenen Sommer in Erscheinung, unter anderem bedrohte sie Antifaschist*innen.

In der Brauhausstraße finden sich die verschiedenen Szenen und Spektren zusammen, die gemeinsam die Straßenmobilisierung der Rechten seit dem Sommer 2018 getragen haben. Geradezu perfekt passt der Fraktionsgeschäftsführer von »Pro Chemnitz« im Chemnitzer Stadtrat, Robert Andres, dazu. Er fungiert als Bindeglied zwischen der Gruppe und den größtenteils über 60-jährigen Anhänger*innen der Partei. Andres wird der 2014 verbotenen Kameradschaft »Nationale Sozialisten Chemnitz« zugerechnet und organisiert Vorträge – unter anderem mit Holocaustleugner*innen wie Ursula Haverbeck. Er ist außerdem an der Organisation des NS-Kampfsportturniers »TIWAZ« beteiligt, Teile der Gruppe sind aktive Kampfsportler. Momentan ist geplant, dass die Gruppe noch weitere Räumlichkeiten in einem der Obergeschosse bezieht, um dort ein Schulungszentrum einzurichten.

Rechtsradikale Studentenverbindungen

»Alte Königsberger Burschenschaft Alemannia in Kiel«

»Burschenschaft Markomannia Aachen Greifswald«
»Greifswalder Burschenschaft Rugia«

»Hamburger Burschenschaft Germania«

»Hannoversche Burschenschaft Ghibellinia-Leipzig«

»Burschenschaft Arkadia-Mittweida zu Osnabrück«

»Braunschweiger Burschenschaft Thuringia«

»Berliner Burschenschaft Armina«
»Berliner Burschenschaft Germania«
»Berliner Burschenschaft Gothia«
»Berliner Burschenschaft der Märker«

»Münsterer Burschenschaft Franconia«

»Burschenschaft Normannia-Nibelungen zu Bielefeld«

»Burschenschaft Cimbria«

»Prager Burschenschaft Arminia zu Bochum«

»DHG Trutzburg Jena zu Göttingen«

»Alte Hallesche Burschenschaft Rhenania-Salingia zu Düsseldorf«

»Kasseler Burschenschaft Germania«

»Halle-Leobener Burschenschaft Germania«

»Burschenschaft Arminia zu Leipzig«
»Leipziger Burschenschaft Germania«

»Kölner Burschenschaft Germania«

»Marburger Burschenschaft Germania«
»Burschenschaft Normannia-Leipzig zu Marburg«
»Marburger Burschenschaft Rheinfranken«

»Denkmalerhaltungsverein Eisenach e.V.«

»Alte Burschenschaft Burgkeller Jena in der DB«

»Burschenschaft Arminia zu Leipzig in Dresden«
»Dresdener Burschenschaft Salamandria«

»Brünner Burschenschaft Libertas zu Aachen«

»Alte Breslauer Burschenschaft der Raczeks zu Bonn«

»Burschenschaft Germania Halle zu Mainz«

»DHG Fidelitas-Karlstein zu Darmstadt«

»Prager Burschenschaft Teutonia zu Würzburg«

»Burschenschaft Thessalia zu Prag in Bayreuth«

»Erlanger Burschenschaft Frankonia«

»Burschenschaft Normannia zu Heidelberg«

»Burschenschaft Tuiskonia Karlsruhe«

»Akademische Burschenschaft Markomannia Wien zu Deggendorf«

»Freiburger Burschenschaft Saxo-Silesia«

»Münchener Burschenschaft Alemannia«
»Münchener Burschenschaft Cimbria«
»Burschenschaft Danubia«
»Münchener Burschenschaft Stauffia«

der rechte rand
magazin von und für antifaschist*innen

Stand: Juli 2019
Quelle: eigene Darstellung / Recherche
Grafiken: stock.adobe.com /
ram-clotario u. ibrandify @ www.freepik.com

›Traditionsbewusste‹ Nachbarn

Das Spektrum studentischer Korporationen reicht von explizit politischen und extrem rechten Bünden bis hin zu liberal-konservativen, christlichen oder sportlich ausgerichteten Vereinigungen. Durch ihr Lebensbundprinzip, autoritäre Strukturen und Rituale, eine elitäre Weltsicht sowie den Ausschluss von Frauen in der Mehrzahl der Korporationen tradieren sie mindestens konservative Werte. Eine Funktion der Verbindungen, die mit billigen Zimmern, Bier und »Freundschaft« werben, ist der Aufbau von Netzwerken. Die DB (Wahlspruch »Ehre – Freiheit – Vaterland«) ist durch Geschichte, politische Haltung, rechte Aktivitäten und ihr offensives Auftreten die bekannteste Struktur. In den Burschenhäusern der Uni-Städte kamen über Jahrzehnte bei Bier und Vorträgen Konservative und Neonazis zusammen. Die Ideologie der DB war und ist großdeutsch, völkisch und rassistisch. Ihre Vertreter fand man unter Ministern, in Parteien (von CDU/CSU über REP bis NPD), unter Juristen, in Medien und Unternehmen. Die Radikalisierung des Verbandes in den letzten Jahren und ihre exponierte Stellung haben zu einer Spaltung und Schwächung geführt. Vor gut zehn Jahren hatte sie noch über 120 Bünde aus der BRD und Österreich, inzwischen halbierte sich die Zahl. Konservative traten aus, extrem Rechte blieben. Politisch ist die DB durch ihr Programm heute in Gänze extrem rechts.

Die »Deutsche Gildenschaft« (DG) ist unauffällig und hat nur sieben Bünde mit wenigen Mitgliedern. Doch für die »neue Rechte« ist sie wichtig. Sie prägt ideologisch, ist Netzwerk und war politischer Durchlauferhitzer für Personen wie Dieter Stein (Chef der Zeitung „Junge Freiheit“), den inzwischen ausgetretenen Götz Kubitschek („Institut für Staatspolitik«, »Antaios Verlag«) oder Thüringens ehemaligen Regierungssprecher Karl-Eckhard Hahn (CDU). Gildenschafter waren im NS u.a. im Bereich der »Volkstumsforschung« führend tätig. Sie versteht sich als Erziehungsgemeinschaft zur Produktion völkisch-nationalistischer Eliten.



#Tradition

Braune Burschenhäuser

von Felix Krebs

Es gibt im deutschsprachigen Raum keine anderen Immobilien, die mit einer über hundertjährigen Tradition soviel zur Behausung, Schulung und Vernetzung der extremen Rechten beigetragen haben, wie die Häuser vieler Burschenschaften. Die »Deutsche Burschenschaft« (DB) fällt immer wieder durch NS-apologetische Bezüge auf, hat ein völkisch-nationalistisches Selbstverständnis und zur NPD sowie zu anderen neofaschistischen Organisationen besteht kein Unvereinbarkeitsbeschluss. Die DB und ihr innerverbandliches Kartell »Burschenschaftliche Gemeinschaft« (BG) sollen deshalb im Zentrum dieses Artikels stehen, auch wenn teilweise Korporationshäuser anderer Dachverbände als Veranstaltungs-, Wohn- oder Versammlungsorte der extremen Rechten dienten.

Vor 1945

Die besondere Rolle der Korporationen und der besonders rechten Burschenschaften für die Herausbildung einer völkischen, antisemitischen und deutsch-nationalen Strömung im Kaiserreich und in der Weimarer Republik ist durch zahlreiche Studien ebenso belegt wie ihre Rolle als Wegbereiter des Nationalsozialismus. Die Korporationen und ihre Häuser waren schon früh Brutstätten für den Kampf gegen Republik, Liberalismus, Demokratie und Gleichberechtigung. Das äußerte sich in der Weimarer Republik nicht nur durch überdurchschnittliche Mitgliedschaften von Korporierten in NS-Organisationen, sondern auch ganz praktisch: In Korporationshäusern wurde neben dem obligatorischen Mensurbetrieb der schlagenden Verbindungen auch Erziehung im nationalsozialistischen Geiste betrieben. Die Korporationen hatten einen entscheidenden Anteil an der Militarisierung des Hochschulsports, die DB unterhielt zum Beispiel eine eigene Motorfliegerabteilung, um das Luftwaffenverbot der Alliierten zu unterlaufen. Der spätere SS-Gruppenführer Otto Schwab organisierte ab 1928 die paramilitärische Ausbildung der Burschen und wurde 1930 Leiter des Wehramtes der DB. Eine endgültige Eingliederung der DB-eigenen Burschenhäuser in den NS-Erziehungsbetrieb fand dann im Oktober 1933 statt, als DB-Führer Schwab anordnete, dass die DB-Häuser für alle Studenten des ersten und zweiten Semesters »eine gemeinsame Bundeswohnung« einrichten sollten, die in »soldatischem Stil« gehalten werden muss. Freudig teilte die DB mit, »daß der Typ des Freistudenten verschwinden soll und daß die nationalsozialistische Kameradschaftserziehung auf den Korporationen aufgebaut werden soll.« Die Umwandlung von Häusern der Studentenverbindungen in NS-Kameradschaftshäuser beschreibt auch Geoffrey J. Giles in seinem Standardwerk »Students and National Socialism in Germany« (siehe Karte S. 19).

Und danach

Eine zentrale Rolle für die Herausbildung von parteiförmigen oder studentischen Strukturen der extremen Rechten spielt seit den 1960er Jahren die »Burschenschaft Danubia München«. Im Danubenhaus fand 1961 die Gründung der BG statt und damit die Wiederaufnahme der besonders rechten Burschenschaften aus Österreich in die DB. Ebenfalls im Danubenhaus erfolgte 1989 die Gründung des »Republikanischen Hochschulverbandes« (RHV), der Studierendenorganisation der Partei »Die Republikaner«.
Schon 1989 gehörten Korporationshäuser auch zur Vertriebsstruktur der Zeitung »Junge Freiheit« (JF). In den frühen 1990er Jahren organisierte die »Danubia« dann zusammen mit der JF »Sommeruniversitäten« und beteiligt sich an der Vernetzung der Abonnent*innen durch JF-Lesekreise. In München nannte sich der Lesekreis »Jungkonservativer Club« und tagte in den Räumen der »Danubia«. Vorbild für die Lesekreise waren die präfaschistischen Diskussionszirkel der jungkonservativen Bewegung der 1920er Jahre. Auch an anderen Orten dienten Burschenhäuser als Ort für die JF-Leserkreise oder deren Nachfolger namens »Die 89er – Konservative Gesprächs- und Arbeitskreise«. Genannt seien hier die »Hamburger Burschenschaft Germania« und die »Thuringia Braunschweig«.
Die Etablierung einer rechten Graswurzelrevolution um die Lesekreise der JF scheiterte jedoch an der geheimdienstlichen Beobachtung einiger dieser Zirkel. Trotzdem hat die Bereitstellung von Schulungs- und Vortragsräumen für Referent*innen der extremen Rechten durch Burschenschaften in den letzten Jahren nicht abgenommen. Gerade aus dem metapolitischen Netzwerk der »Neuen Rechten« lassen sich zahlreiche Personen finden, die in den letzten 20 Jahren in Burschen- und teilweise auch anderen Korporationshäusern referierten. Redakteur*innen und Stammautor*innen der JF oder des »Instituts für Staatspolitik« (IfS) sind seit langem Referent*innen in Verbindungshäusern. Eine Melange aus neurechten Verlagen, extrem rechten Kleinstorganisationen, rassistischen Blogs, völkischen Kleinkünstlern bis hin zu NPD-Mitgliedern sowie rechten Burschenschaftern traf sich auch mehrfach bei rechten Messen namens »Zwischentag«. 2015 musste sich der »Zwischentag« mangels geeigneter anderer Räume in der Burschenschaft »Frankonia Erlangen« treffen. Dem bayrischen Verfassungsschutz diente unter anderem diese Veranstaltung als Beleg für die Einstufung der »Frankonia« als »rechtsextremistisch«, die »Danubia« trägt dieses Prädikat schon länger. Auch in Hamburg war ein Referent Auslöser, wenn wohl auch nicht alleinige Ursache für die geheimdienstliche Beobachtung der »Burschenschaft Germania«. Diese hatte 2012 einen ehemaligen Vordenker der NPD, Jürgen Schwab, zu einem Vortrag eingeladen.
In den letzten Jahren häufen sich naturgemäß Auftritte von AfD-Politiker*innen in Burschenhäusern und in einigen sind auch Aktivist*innen der »Identitären Bewegung« (IB) zu Gast gewesen. Einige »Identitäre« sind Mitglieder von Burschenschaften, wohnen dort oder wurden dort geschult. Bekanntestes Beispiel ist der österreichische Führer der IB Martin Sellner, welcher in der »Olympia Wien« sozialisiert wurde.
Dass in Burschenhäusern nicht nur ideologische Schulungen für die eigene und befreundete Klientel stattfinden, sondern zuweilen auch ganz praktisch für den Straßenkampf geprobt wird, zeigt sich wiede-



Das Anwesen der »Danubia« in München

rum an der »Hamburger Germania«. Sie lud Ende 2015 mit »Werte IBler, wir haben bei uns auf dem Haus bereits rund 10 Einheiten Selbstverteidigungs- und Fitness-Training absolviert« zum Wehrsport ein. Anleiter war der Türsteher Thomas Gardlo, der über eine lange Vergangenheit in der rechten Szene verfügt und 2018/19 für Aufmärsche unter dem Motto »Merkel muss weg« in Hamburg verantwortlich war. Mittlerweile lassen sich per einfacher Internet-Recherche für fast alle Standorte von (BG-)Burschenschaften Belege finden, dass in deren Häusern Mitglieder extrem rechter Organisationen wohnen, die Räume entsprechenden Gruppierungen zur Verfügung gestellt werden oder Personen mit nationaldemokratischem, neurechten oder völkischem Hintergrund dort referieren.

Staatliche Finanzierung

Den Burschenhäusern kommt eine zentrale Funktion für die Ausbildung, Absicherung und Tradierung der akademisch geprägten Rechten zu. Rechte Karrieren beginnen oftmals mit dem jahrelangen und billigen Wohnen in einem Korporationshaus. Unterstützt durch die »Alten Herren« erfahren junge Aktivisten hier eine umfassende ideologische Schulung, Treffen andere Rechte im geschützten Raum und können auf ein umfangreiches interkorporiertes Netzwerk zurückgreifen. Gelegentlich dienen Burschenhäuser auch schon dem allerjüngsten Nachwuchs als Treffpunkt. Die meisten Schülerverbindungen haben keine eigenen Räume und halten ihre Treffen und Veranstaltungen in den Häusern ihrer älteren Vorbilder ab.

Überwiegend sind die Häuser Eigentum der jeweiligen Korporation beziehungsweise ihres sogenannten Hausvereins. Mit Kündigung aufgrund von neofaschistischen Aktivitäten müssen sie also nicht rechnen. Die Mieten sind gering, da sie sich oftmals seit Jahrzehnten im eigenen Besitz befinden und die Alten Herren auch einen Beitrag leisten. Die Hausvereine wickeln nicht nur das Mietverhältnis, Renovierungen und die Verwaltung ab, sie sind formal auch mitverantwortlich für die dort abgehaltenen Veranstaltungen. So fanden 2017 auch zwei Burschenhäuser Eingang in einen Bericht der Bundesregierung über »rechtsextremistische Immobilien.«

Die Hausvereine sind größtenteils nicht als gemeinnützig anerkannt, jedoch oftmals in größeren, gemeinnützigen Vereinen zusammengeschlossen. Der größte Verein dieser Art ist der 1975 in Bonn gegründete »Verband für Studentenwohnheime e. V.« (VfS), an dessen erstem gesamtdeutschen Treffen 1990 über 100 Vertreter diverser Studierendenverbindungen teilnahmen. Der VfS dient »unmittelbar und ausschließlich der Studentenhilfe« und fördert die Einrichtung und Unterhaltung von Studierendenwohnheimen. Dafür bemüht er sich, »Mittel für andere Körperschaften, die sich ihm durch Abschluss eines Betreuungsvertrages angeschlossen haben, zu beschaffen und die Mittel für die Verwirklichung deren steuerbegünstigter Zwecke zur Verfügung zu stellen«. Auf diese Art und Weise werden zahlreiche Verbindungshäuser als Studierendenwohnheime betrieben und durch Begünstigungen sowie Zuschüsse staatlich gefördert.

Der VfS veranstaltet Seminare an einzelnen Hochschulorten, um über die Erlangung und mögliche Stolperfallen bezüglich der Gemeinnützigkeit zu informieren sowie finanzamtliche, verwalterische und hausmeisterliche Tipps zu geben. Gelegentlich gibt er auch Darlehen zum Bau oder Renovierung von Verbindungshäusern.

Anders als es der Name nahelegt ist dieser Wohnraum jedoch nicht allen Studierenden zugänglich, sondern fast immer nur Männern, die Mitglieder der jeweiligen Einzelverbindung sind. Diese regelt die konkreten Mietverhältnisse, was bei den DB-Burschenschaften meisten auch den Ausschluss von Mietern bedeutet, die nicht dem volkstumsbezogenen Vaterlandsbegriff der DB entsprechen.

Dass mittels staatlicher Förderung und Gewährung von steuerlichen Nachlässen »Wohnheime« gefördert werden, die nur einer sehr eingeschränkten Klientel zur Verfügung stehen und darüber hinaus auch als Schulungs- und Veranstaltungsstätten der extremen Rechten dienen, ist allerdings mit einem demokratischen Hochschulwesen schwer vereinbar.

#Konzerte

Raum für RechtsRock

Konzerte, Festivals und Liederabende sind wichtige Momente der Ideologievermittlung, der Vergemeinschaftung und der Finanzierung der extremen Rechten. Da Aktivist*innen der Szene sich den Zugriff auf eine Reihe von Immobilien sichern konnten, steigt die Zahl der extrem rechten Musikveranstaltungen in den letzten Jahren. Immobilien sind jedoch auch Rückzugsorte: um unkontrolliert Tonträger aufnehmen zu können oder als Proberäume.

von Jan Raabe

Schon in den 1990er Jahren versuchten Neonazis, eigene Immobilien zu etablieren. So zum Beispiel ab 1996 den »Club 88« in Neumünster, in dem regelmäßig auch Livemusik gespielt wurde. Vor allem jedoch mieteten die Aktivist*innen der extremen Rechten sich unter falschen Angaben die Locations für ihre Konzerte oder Liederabende. Mal sollte ein Nachwuchsband-Festival stattfinden, oft ein Geburtstag, aber auch Hochzeiten oder anderes wurden als Gründe für die Anmietung von Räumen benannt. Wurde den Vermieter*innen bewusst, wem sie ihre Räume gegeben hatten, kam es immer wieder zu kurzfristigen Kündigungen des Mietvertrags, was rechtlich relativ problemlos möglich ist, da von den Organisator*innen in der Regel falsche Angaben zum Charakter der Veranstaltung gemacht wurden. Die Besucher*innen und die manchmal von weit her angereisten Bands samt der gemieteten Soundanlage mussten auf einen Ersatzort ausweichen oder das Konzert fiel ganz aus. Durch antifaschistische Recherche und Aufklärungsarbeit sowie durch eine gestiegene Sensibilität der lokalen Verwaltungen, die genauer prüften, wer denn die Gemeindehalle für eine »Geburtstagsparty mit Livemusik« angemietet hat, wurde es immer schwieriger und finanziell riskanter, neonazistische Rockkonzerte durchzuführen. Diese Probleme sind inzwischen in vielen Regionen gelöst. Dort finden sich Vermieter*innen, die der rechten Szene nahe stehen, ihre Räume regelmäßig für extrem rechte Veranstaltungen öffnen und von den Erträgen der Neonazi-Events – durch Mieteinnahmen und Getränkeverkauf – einen erheblichen Teil ihres Lebensunterhaltes bestreiten können.

In der jüngeren Vergangenheit hat sich für Akteure des RechtsRock eine weitere Möglichkeit ergeben: Clubhäuser diverser Rocker-Gruppen beziehungsweise rockerähnlicher Gruppierungen wie die »Brigade 8« oder die »Road Crew« standen oder stehen für Konzerte oder Liederabende zur Verfügung. Das können größere Gebäude sein, in die mehrere Hundert Leute reinpassen (ehemals »Road Crew «, Lage). Manchmal sind es bessere Gartenhütten, in denen sich 30 Personen um den Liedermacher drängeln (»Brigade 8«, Weißwasser), Die ungestörten Treffen sind keine reinen Freizeitveranstaltungen, sondern dienen auch der Vernetzung. So zum Beispiel am 23. März 2019 auf dem Waldgrundstück mit Clubhaus der »Brigade 8« im sächsischen Mücka. Zu dem RechtsRock-Konzert kamen 200 Neonazis. Am Rande trafen sich die Gruppen »Brigade 8« und »Combat 18«.

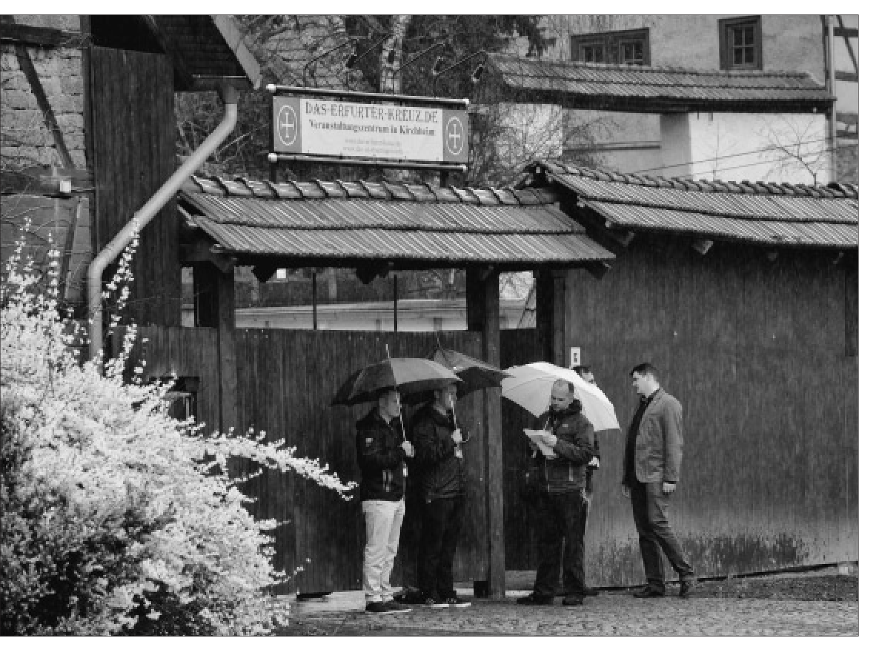
Geld verdienen mit RechtsRock

Ein Beispiel für das Geldverdienen mit dem RechtsRock ist das »Veranstaltungszentrum Erfurter Kreuz«, ehemals »Erlebnisscheune« – einer der bundesweit wichtigsten Veranstaltungsorte für neonazistische Konzerte – im thüringischen Kirchheim. Sechs neonazistische Konzerte fanden hier 2018 statt, seit 2009 waren es insgesamt mindestens 70. Die Veranstalter*innen kommen nicht nur aus Thüringen, hier finden auch Konzerte der fränkischen und hessischen »Hammerskins« statt. Auch führten hier neonazistische Gruppen, beispielsweise die »Gesellschaft für freie Publizistik«, Treffen und Tagungen durch. Der Besitzer der Immobilie kann zwar der (extremen) Rechten zugerechnet werden, doch das Geldverdienen dürfte für ihn im Vordergrund stehen. Auch beim Besitzer der ehemaligen Gaststätte »Staupitz« im sächsischen Thorgau dürfte das der Fall sein. Über den Besitzer der Gaststätte ist allerdings nicht bekannt, ob er zur extremen Rechten gehört. Es ist daher naheliegend, dass er an den Konzerten Geld verdienen will. Mindestens 76 RechtsRock-Konzerte haben hier seit 2010 stattgefunden. In der Immobilie finden ausschließlich RechtsRock-Konzerte und keine Musikveranstaltungen außerhalb dieser Szene statt. Dies mag daran liegen, dass das Ordnungsamt wegen der Belästigung der Nachbarschaft maximal zehn Konzerte im Jahr genehmigt und die Neonazis diesen Rahmen voll ausschöpfen.

Ein immer noch weit verbreitetes Vorurteil ist, eine neonazistische Raumnahme sei nur im Osten möglich. Das Beispiel Hamm widerlegt das. Seit fast sechs Jahren haben Neonazis aus dem Bereich der »Freien Kameradschaften« und der Kleinstpartei »Die Rechte« eine ehemalige Kneipe am Kentroper Weg 18 gemietet, sie selbst bezeichnen ihren Treff als »Zuchthaus«. Das Gebäude wird für Treffen, Vortragsveranstaltungen, Liederabende und Konzerte genutzt. Bisher fanden dort mindestens 25 Veranstaltungen mit Musik statt. Ähnlich ist die Situation im hessischen Leun, hier wurde Ende 2013 eine Kneipe von NPDlern übernommen und wird gerade zum Konzertort um- und ausgebaut. Im saarländischen Dillingen betreiben die »Hammerskins« seit mindestens 2015 ihre »HateBar«.

Verankerung in der Region und Eigentum

Unter anderem mit den Gewinnen aus den Konzerten, die bei mehreren hundert Besucher*innen schnell im fünfstelligen Bereich sind, konnten einige RechtsRock-Unternehmer Immobilien oder Grundstücke erwerben und zu Konzertorten ausbauen. Die Besucher*innen »ihrer« Konzerte können sich nahezu sicher sein, dass das angekündigte Event auch tatsächlich stattfindet, was wiederum die Motivation erhöht, sich auf den Weg zu machen. Mit dieser Planungssicherheit lassen sich vor allem Konzerte mit internationalen Bands und deren langen und kostspieligen Anreisen mit geringerem Risiko durchführen. Markantestes Beispiel ist die Gaststätte »Goldener Löwe« im südthüringischen Kloster Veßra. Hier veranstaltet Tommy Frenck regelmäßig Konzerte und Liederabende. Seit er 2015 die Gaststätte übernahm,





Zwei große Veranstaltungsorte in Thüringen: Kirchheim und rechts Kloster Veßra mit Besitzer Tommy Frenck auf einem Wahlplakat

waren es mindestens 49, allein 2018 waren es 11. Das Alleinstellungsmerkmal des »Goldenen Löwen« ist, dass die Gaststätte, deren Innenraum mit nationalsozialistischen Devotionalien ausstaffiert ist, regelmäßig geöffnet hat und ein ständiger Anlaufpunkt ist. Hier findet Gemeinschaftsbildung nicht nur ein oder zweimal im Monat im Rahmen eines Events statt, sondern auch im Alltag.

Rückzugsort

Noch in den 2000er Jahren war es ein kompliziertes und bisweilen riskantes Unternehmen, illegale CDs zu produzieren. Die Berliner Neonaziband »Landser« reiste beispielsweise nach Schweden, England und Kanada, um dort in Tonstudios ihre Lieder einzuspielen. Auch das ist Vergangenheit. Neonazis verfügen heute nahezu über alles, was für die Produktion und Aufführung erforderlich ist: Druckereien, Licht- und Soundtechnik-Unternehmen und auch Tonstudios. Eines befindet sich im »Gelben Haus« in Ballstädt nahe dem thüringischen Gotha. Neonazis aus dem Kreis der Band »Sonderkommando Dirlewanger« (SKD) kauften das Haus im Jahr 2013 und zogen dort ein. Die Ballstädter Neonazis bilden heute den Kern der Neonazi-Gruppe »Turonen«, einem wichtigen Akteur im internationalen Netzwerk von »Combat 18« und »Blood&Honour«. Bis 2015 fanden auch Konzerte und Liederabende in Ballstädt statt, obwohl die Räumlichkeiten kaum mehr als 100 Besucher*innen zuließen. Schließlich fanden die Behörden rechtliche Möglichkeiten, diese weitgehend zu unterbinden. Dem engeren Kreis um die »Turonen« und das Haus in Ballstädt gehören einige Bands an, die große Überschneidungen in ihren Besetzungen haben: Neben SKD sind das »Treue Orden«, »Kommando S3«, »N.A.Z.I.«, die Schweizer »Combat 18«-Band »Amok« und das thüringisch-schweizerische Untergrundprojekt »Erschießungskommando«. Letzteres wurde durch vertonte Morddrohungen gegen Antifaschist*innen aus Thüringen bundesweit bekannt. Es ist sehr naheliegend, dass die Produktionen der genannten – und weiterer – Bands in einem professionell eingerichteten Tonstudio im »Gelben Haus« stattfanden, das von den Behörden bisher nicht angegangen wurde. Auch in der von den »Hammerskins« genutzten Immobilie in Dillingen, in der sich die »HateBar« befindet, sind Proberäume und ein Tonstudio untergebracht.

Platz für die dicken Dinger

Bisher waren die Möglichkeiten zur Veranstaltung größerer Konzerte beschränkt. Größere Veranstaltungen werden fast ausnahmslos als Kundgebungen angemeldet und finden im öffentlichen Raum statt. So zum Beispiel das »Rock für Deutschland« in Gera, das schon seit 2003 stattfindet. Diese Veranstaltungen haben aber engere Spielräume, da sie von den Ordnungsbehörden leichter reglementiert werden können. Daher suchen die Akteure des Spektrums nach anderen Gelegenheiten. Diese bieten sich aktuell im thüringischen Themar und im sächsischen Ostritz. In Themar ist es eine Wiese, die Tommy Frenck langfristig gepachtet hat. Im Juli 2017 fand dort das »Rock gegen Überfremdung II« mit über 6.000 Teilnehmenden statt. Seitdem gibt es dort regelmäßig größere Events. 2018 fanden dort erstmals die von der NPD veranstalteten »Tage der nationalen Bewegung« statt, die auch für 2019 wieder angekündigt sind. Im sächsischen Ostritz, nahe der Grenze zu Polen und zur Tschechischen Republik sind es das Gelände und die Räumlichkeiten des Hotels Neißeblick. Dessen Besitzer ist zwar ehemaliges NPD-Mitglied, betont aber, wegen des Geldes zu vermieten. Seit 2018 fanden hier zum Beispiel die von Thorsten Heise organisierten »Schild und Schwert«- Festivals statt, die nicht nur Musik, sondern auch Kampfsport, Tattoo-Convention und Vortragsveranstaltungen boten und bis zu 1.300 Besucher*innen anzogen.
Manchen ist Ostritz jedoch offensichtlich zu weit weg. Die Ausrichter des neonazistischen Kampfsport-Events »Kampf der Nibelungen« (KdN), das im letzten Jahr im Rahmen des »Schild und Schwert«-Festivals in Ostritz stattgefunden hat, suchten »eine Halle für den KDN 2019. Es kann eine Eventhalle, Disco oder Stadthalle sein. Voraussetzung wäre Platz für ca. 1000 Zuschauer«, so schrieben sie. Gefunden haben sie scheinbar nichts Passendes, auch 2019 sollte der KdN wieder in Ostritz stattfinden. Kurz vor dem Festivalwochenende am 21. bis 22. Juni 2019 wurde in Ermangelung der »passenden Anpaarungen« der »Kampf der Nibelungen« abgesagt.

#Allgäu

Raumnahme im Südwesten

von Sebastian Lipp



Bei strahlendem Sonnenschein und über 20 Grad war am diesjährigen Karsamstag einiges los im Schrebergarten Buxach-Hart bei Memmingen im beschaulichen Allgäu: Bis in die frühen Abendstunden sah man hier Familien mit ihren Kindern, Rentner*innen und andere Kleingärtner*innen das Wochenende genießen. Doch dann änderte sich die Szenerie. Als sich der Großteil der Pächter*innen bereits aus ihren Parzellen zurückgezogen und auch den Parkplatz geräumt hatten, begann die Anreise eines ganz anderen Publikums.

Hitler-Verehrung im Schrebergarten

Die mit Szenecodes für »Adolf Hitler« und »Heil Hitler« gespickten Kennzeichen der neu eintreffenden Fahrzeuge verwiesen auf die NS-Verehrung ihrer Halter*innen. Die meisten von ihnen passierten die Kleingartenanlage. Das Ziel der Neonazis: Die ehemalige Gartenschänke, die »Voice of Anger« (VoA) gekauft und zum Neonazi-Clubheim gemacht hatte.

Seit ihrer Gründung 2002 versucht die größte Skinhead-»Kameradschaft« in Bayern ein eigenes Clubhaus für ihre Aktiven und Sympathisant*innen zu etablieren – bisher konnten sie keines halten. Bis Ende 2011 nutzten sie ein Gebäude in Tannheim im baden-württembergischen Landkreis Biberach und bis Mai 2012 vorübergehend eines in Weitnau im Landkreis Oberallgäu. Oft trafen sich die Skinheads daher unter Vorwänden wie Geburtstags- und Verlobungsfeiern in fremden Lokalitäten.

Das sollte sich zum 11. Februar 2016 ändern. Damals schloss Boris Gehrig mit der bisherigen Eigentümerin einen Kaufvertrag. Eine Woche später wurde der VoA-Anhänger im Grundbuch vorgemerkt, am Folgetag erteilte die Stadt Memmingen ihre Zustimmung zum Eigentümerwechsel. Markus Wolf beantragte eine Schanklizenz für das neue Neonazi-Lokal. Das blieb nicht unbemerkt. Nazigegner*innen machten am 7. Juli 2016 mit einer Kundgebung an der Immobilie darauf aufmerksam, dass nun Neonazis die ehemalige Gartenschänke betreiben wollten. Die Stadt widerrief ihre wegen einer entsprechenden Grundbucheintragung notwendige Zustimmung, unterlag aber im Juni 2017 in letzter Instanz am Bundesgerichtshof der Klage von Boris Gehrig. In der Zwischenzeit hatte die ehemalige Gartenschänke gebrannt.

Das Problem sind nicht Nazis, sondern ihre Gegner*innen

Der Wiederaufbau des Clubhauses warf die Neonazis um weitere anderthalb Jahre zurück. Erst Anfang diesen Jahres kam es dort wieder zu nennenswerten Aktivitäten. Damit verfügt VoA erstmals seit Jahren über ein eigenes Clubhaus – und die Neonazi-Skins dürfen sich wohlfühlen in ihrer neuen Nachbarschaft. Die Kleingärtner*innen nehmen nicht sie, sondern den Protest gegen die Nazis als Problem wahr. Die Sicherheitsbehörden lassen die Neonazis gewähren, bei Veranstaltungen ist oftmals nicht einmal Polizei vor Ort.

Wie etwa am Karsamstag, als das Clubhaus zum »Führergeburtstag« über 40 Gäste anzog. Als die Neonazis an diesem Tag bemerkten, dass sich Journalist*innen für ihre Veranstaltung interessierten, versuchte einer ihrer Anhänger, deren Arbeit zu behindern. Die Skinheads setzten einen Mann in Clubjacke zur Observation des Parkplatzes ein und begannen in der Umgebung zu patrouillieren. Später trat eine der Patrouillen nach dem Auto eines Reporters.

Die über den Termin informierte Polizei indes ließ sich nicht blicken. Als rund einen Monat später eine antifaschistische Demonstration durch das nahe Memmingen zog, errichteten die Beamten jedoch Kontrollstellen im Umfeld des Neonazi-Clubhauses und kontrollierten sämtliche Fahrzeuge auf der Durchfahrt.

Anders erging es VoA im Sommer 2017, als sie versuchten, im Bereich der Verwaltungsgemeinschaft Memmingerberg ein konspiratives Konzert zu organisieren. Die bayerischen Behörden bekamen Wind davon und verboten die Veranstaltung. Den Versuch, dennoch ein Festzelt aufzubauen, stoppte die Polizei noch am Tag der Veranstaltung.

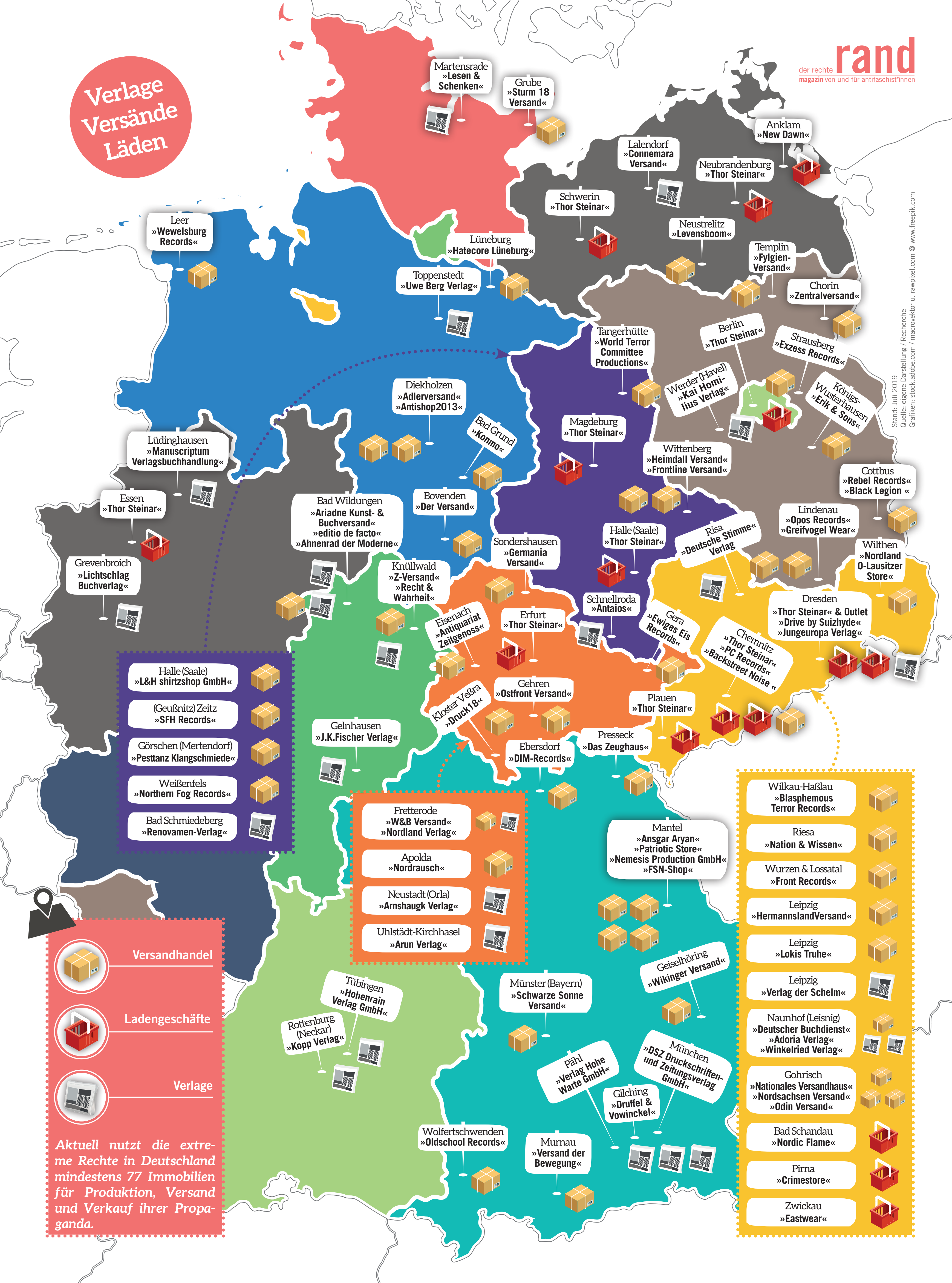
Aufbau eigener Infrastruktur

Dennoch fand das Konzert am 14. Juli 2018 statt. Die Neonazis verlegten es kurzerhand nach Stockbauren bei Aichstetten im benachbarten Landkreis Ravensburg jenseits der bayerischen Grenze ins württembergische Allgäu. Spontan sicherte sich VoA Zugriff auf das Gehöft eines Sympathisanten dort, verlegte Technik und Personal und leitete bis zu 200 Konzertbesucher*innen um.

Nur etwa ein halbes Jahr zuvor konnte VoA am 7. Oktober 2017 in einem nur wenige Kilometer entfernten Anwesen mit rund 250 Gästen ihr 15-jähriges Jubiläum feiern. In optimaler Lage unweit eines Autobahnkreuzes konnte sich VoA in Talacker ein ganzes Gebäude-Ensemble sichern. Wenige Tage vor dem Konzert ließ sich der VoA-Anhänger Thomas Brzezicha hier ins Grundbuch Bad Wurzach eintragen. Trotz der guten Anbindung liegt das ehemals landwirtschaftliche Anwesen abgelegen zwischen Wäldern und Wiesen.

Darüber hinaus verfügt die Allgäuer Neonazi-Szene über eine ganze Reihe weiterer Immobilien, darunter etwa ein Landwirtschaftsbetrieb mit Hofladen, eine Biogasanlage, Produktions-, Lager- und Verkaufsstätten von Oldschool Records und – bis vor Kurzem – eine hippe Eventlocation.

Die Publikation »Voice of Anger und der rechte Untergrund im Allgäu«, 100 Seiten, 5 Euro, kann über bestellung@allgaeu-rechtsaussen.de bezogen werden.



Verlage Versände Läden
der rechte rand
magazin von und für antifaschist*innen
Martensrade »Lesen & Schenken«
Grube »Sturm 18 Versand«
Anklam »New Dawn«
Lalendorf »Connemara Versand«
Neubrandenburg »Thor Steinar«
Schwerin »Thor Steinar«
Neustrelitz »Levensboom«
Templin »Fylgien-Versand«
Chorin »Zentralversand«
Leer »Wewelsburg Records«
Lüneburg »Hatecore Lüneburg«
Toppenstedt »Uwe Berg Verlag«
Tangerhütte »World Terror Committee Productions«
Berlin »Thor Steinar«
Strausberg »Exzess Records«
Werder (Havel) »Kai Homilius Verlag«
Königs-Wusterhausen »Erik & Sons«
Diekholzen »Adlerversand« »Antishop2013«
Bad Grund »Konmo«
Magdeburg »Thor Steinar«
Wittenberg »Heimdall Versand« »Frontline Versand«
Cottbus »Rebel Records« »Black Legion «
Lüdinghausen »Manuscriptum Verlagsbuchhandlung«
Essen »Thor Steinar«
Bovenden »Der Versand«
Bad Wildungen »Ariadne Kunst- & Buchversand« »editio de facto« »Ahnenrad der Moderne«
Lindenau »Opos Records« »Greifvogel Wear«
Halle (Saale) »Thor Steinar«
Risa »Deutsche Stimme« Verlag
Wilthen »Nordland O-Lausitzer Store«
Grevenbroich »Lichtschlag Buchverlag«
Knüllwald »Z-Versand« »Recht & Wahrheit«
Sondershausen »Germania Versand«
Schnellroda »Antaios«
Dresden »Thor Steinar« & Outlet »Drive by Suizhyde« »Jungeuropa Verlag«
Eisenach »Antiquariat Zeitgenoss«
Erfurt »Thor Steinar«
Gera »Ewiges Eis Records«
Chemnitz »Thor Steinar« »PC Records« »Backstreet Noise «
Halle (Saale) »L&H shirtzshop GmbH«
(Geußnitz) Zeitz »SFH Records«
Görschen (Mertendorf) »Pesttanz Klangschmiede«
Weißenfels »Northern Fog Records«
Bad Schmiedeberg »Renovamen-Verlag«
Gehren »Ostfront Versand«
Kloster Veßra »Druck18«
Plauen »Thor Steinar«
Gelnhausen »J.K.Fischer Verlag«
Ebersdorf »DIM-Records«
Presseck »Das Zeughaus«
Fretterode »W&B Versand« »Nordland Verlag«
Apolda »Nordrausch«
Neustadt (Orla) »Arnshaugk Verlag«
Uhlstädt-Kirchhasel »Arun Verlag«
Mantel »Ansgar Aryan« »Patriotic Store« »Nemesis Production GmbH« »FSN-Shop«
Wilkau-Haßlau »Blasphemous Terror Records«
Riesa »Nation & Wissen«
Wurzen & Lossatal »Front Records«
Leipzig »HermannslandVersand«
Leipzig »Lokis Truhe«
Leipzig »Verlag der Schelm«
Naunhof (Leisnig) »Deutscher Buchdienst« »Adoria Verlag« »Winkelried Verlag«
Gohrisch »Nationales Versandhaus« »Nordsachsen Versand« »Odin Versand«
Bad Schandau »Nordic Flame«
Pirna »Crimestore«
Zwickau »Eastwear«
Versandhandel
Ladengeschäfte
Verlage
Aktuell nutzt die extreme Rechte in Deutschland mindestens 77 Immobilien für Produktion, Versand und Verkauf ihrer Propaganda.
Tübingen »Hohenrain Verlag GmbH«
Rottenburg (Neckar) »Kopp Verlag«
Münster (Bayern) »Schwarze Sonne Versand«
Geiselhöring »Wikinger Versand«
Pähl »Verlag Hohe Warte GmbH«
München »DSZ Druckschriften- und Zeitungsverlag GmbH«
Gilching »Druffel & Vowinckel«
Wolfertschwenden »Oldschool Records«
Murnau »Versand der Bewegung«
Stand: Juli 2019
Quelle: eigene Darstellung / Recherche
Grafiken: stock.adobe.com / macrovektor u. rawpixel.com @ www.freepik.com

#Hessen

Die »Keimzelle des Reiches« im Knüll ruht

Mehr als 40 Jahre diente das »Haus Richberg« im nordhessischen Knüllgebirge der Neonazi-Szene als Anlaufpunkt.

von Sascha Schmidt und Yvonne Weyrauch



Das »Haus Richberg« im nordhessischen 1300-Seelen-Dorf Schwarzenborn/Knüll (Landkreis Schwalm-Eder) – gelegen zwischen Marburg und Kassel – hat als wichtiges Zentrum der extremen Rechten eine lange Geschichte vorzuweisen. Manfred und Gertraud Roeder erwarben das etwas abseits der Gemeinde gelegene Anwesen 1975 für 170.000 DM. Finanziert wurde der Kauf durch Spenden. Zunächst diente das 32 Hektar große Anwesen, auch »Reichshof« genannt, mit seinen Tagungsräumen und 15 Gästezimmern als Veranstaltungsort für die von Roeder gegründete »Deutsche Bürgerinitiative« (DBI) und befreundete Organisationen. Die DBI setzte sich vor allem für die Rehabilitierung von NS-Tätern und die Leugnung der Verbrechen in Auschwitz ein. Infolge der militanten Politik, die Roeder unter anderem mit der nach ihm benannten »Kampfgruppe« praktizierte, drohte ihm alsbald eine Haftstrafe, der er sich 1978 durch die Flucht ins Ausland entzog. Dort baute er die »Deutsche(n) Aktionsgruppen« auf, die 1980 fünf Anschläge verübten. Der folgenreichste war ein Brandanschlag in Hamburg, bei dem Nguyễn Ngọc Châu und Đỗ Anh Lân getötet wurden. Die DA wurden vom Oberlandesgericht Stuttgart 1982 als terroristische Vereinigung eingestuft. Roeder wurde als deren »Rädelsführer« zu 13 Jahren Haft verurteilt, jedoch bereits 1990 aus der Haft entlassen.

Der »Reichshof«

Nach seiner Entlassung organisierte Roeder erneut Treffen auf dem Anwesen – zunächst vorwiegend für das 1993 von ihm gegründete »Deutsch-Russische Gemeinschaftswerk – Förderverein Nord-Ostpreußen« (DRGW). Ziel des Vereins war die Ansiedlung Russlanddeutscher in den ehemaligen preußischen Gebieten. Dadurch sollte langfristig die »Rückkehr der Gebiete« ins »Deutsche Reich« erwirkt werden. Er selbst ließ sich 1978 zum »Reichsverweser« bestimmen und sah in seinem Anwesen »die sichtbare Keimzelle für das neue (und ewig alte) Reich!«. Sein offener NS-Bezug, seine NS-Vita – er war Napola-Schüler und kämpfte 1945 gegen die Rote Armee in Berlin – als auch sein, trotz Haftstrafen, offenes Propagieren von Militanz, brachten ihm auch bei jungen Neonazis große Anerkennung ein. So zeigten sich die NSU-Mörder Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt sowie der wegen Beihilfe zum Mord verurteilte Ralf Wohlleben am Rande eines Prozesses gegen Roeder 1996 in Erfurt mit diesem solidarisch.
Die seit Mitte der 1990er regelmäßig auf sicherem, weil privatem, Terrain durchgeführten Veranstaltungen machten das Anwesen schließlich zu einem generationsübergreifenden, bundesweiten Anlaufpunkt. Neben den ab Mitte der 1990er nahezu monatlich veranstalteten »Heimatabenden« zogen vor allem die regelmäßig stattfindenden Sonnenwendfeiern größere Gruppen an. Die staatlichen Behörden, die laut eines Mitarbeiters des Landesamtes für Verfassungsschutz Hessen eigene »Quellen« auf den Veranstaltungen hatten, registrierten zwischen 1998 und 2014 21 Sonnenwendfeiern mit bis zu 60 Personen. Auch RechtsRock-Abende fanden vereinzelt statt: Im April 2001 spielte beispielsweise die Kasseler Band »Hauptkampflinie«.
Mit zunehmenden Alter überwarf sich Roeder mit großen Teilen der Szene und agierte verstärkt isoliert. Im Jahr 2013 verkaufte einer der beiden Söhne Roeders das Anwesen schließlich. Roeder starb ein Jahr später im nahegelegenen Neukirchen.

Roeder geht – Renouf und Schönborn übernehmen

Käuferin des Hauses war Ludmila Ivan-Zadeh, Tochter der aus Australien stammenden, international bekannten Holocaustleugnerin Lady Michèle Renouf. Das Sagen hatte nachfolgend die damals 67-jährige Mutter, die – sowohl ideologisch als auch durch regelmäßige Veranstaltungen und Sonnenwendfeiern – die Tradition Roeders fortsetzte. Doch bereits im Dezember 2015 übernahm der Herausgeber des Magazins »Recht und Wahrheit« (RuW), Meinolf Schönborn, die Führung auf dem Anwesen. Mit Bezug auf das Magazin, das sich laut Selbstdarstellung dem »Reichsgedanken« verpflichtet fühlt und die »Handlungsfähigkeit des Deutschen Reiches« wiederherstellen möchte (s. drr Nr. 172), organisierte Schönborn Veranstaltungen, Liederabende und Sonnenwendfeiern mit zum Teil namhaften Vertreter*innen der Szene. Darunter der Liedermacher Frank Rennicke, die verurteilten Holocaust-Leugner Gerd Ittner und Rigolf Hennig und der Schriftleiter des Magazins »Volk in Bewegung«, Roland Wuttke. Im Juni 2017 sprach der Landrat des Schwalm-Eder-Kreises, unter Androhung einer Geldstrafe in Höhe von 2.000 Euro, ein Nutzungsverbot für gewerbliche und öffentliche Veranstaltungen auf dem Anwesen aus. Eine solche Genehmigung lag bisher nicht vor. Seitdem fanden keine Veranstaltungen mehr statt. Seit Anfang 2019 lädt Schönborn nun ins sieben Kilometer entfernte Wallenstein zu RuW-Lesetreffen sowie Grillfesten und Sonnenwendfeiern ein. Unter dieser Adresse ist auch sein Verlag zu erreichen.

#Vorpommern

Regionaler Hotspot für Neonazis

Vor mehr als zehn Jahren erwarben Neonazis in Anklam einen ehemaligen Möbelmarkt. Das daraus entstandene »Haus Jugendstil« ist mittlerweile eines der wichtigsten Objekte für die extrem rechte Szene in der Region Vorpommern.

von Lisa Krug

2007 ersteigerten die NPDler Enrico Hamisch und Alexander Wendt einen alten Möbelmarkt mitten an der Hauptverkehrsader in Anklam. Nach der Renovierung entstand daraus das »Haus Jugendstil«, das sich zum Hotspot für Neonazis in der Region entwickelt hat. Ein großer Veranstaltungsraum bietet Platz für zahlreiche Schulungsveranstaltungen, Vorträge oder Liedernachmittage. Mehrere Unternehmer haben dort ihren Firmensitz. So beherbergt das »Haus Jugendstil« die GbR Wendt/Hamisch, die Kanzlei des Rechtsanwalts und ehemaligen NPD-Landtagsabgeordneten Michael Andrejewski, den »Pommerschen Buchdienst« und das Musiklabel »Glaube Wille Tat & Leveler Records«. Dass auch der NPD-Landesvorstand hier seinen Sitz hat, ist nicht verwunderlich, denn Hamisch und Wendt sitzen seit 2015 im Landesvorstand der NPD. Häufig veranstaltet die NPD Vortragsabende in den Räumlichkeiten in Anklam, mehrfach hielt sie dort ihre Landesparteitage ab. Unter dem Thema »Wohin gehst du Deutschland? – Wohin steuert die NPD?« veranstaltete die NPD-Jugendorganisation »Junge Nationalisten« einen Vortragsabend. Fortgesetzt wurde die Veranstaltung am nächsten Tag im »Thinghaus« in Grevesmühlen. Eine häufig benutzte Organisationsweise, denn das »Thinghaus« im Westen von Mecklenburg-Vorpommern hat ähnliche Funktionen und Strukturen wie der Nazi-Treff im Osten des Landes.

Zeitzeugen im »Haus Jugendstil«

Besonders Zeitzeugenvorträge sind regelmäßiger Bestandteil des Angebotes im »Haus Jugendstil«. Im Mai 2016 erzählte Heinz Kühn an zwei aufeinanderfolgenden Tagen im »Thinghaus« und im »Haus Jugendstil« von seiner Wehrmachtszeit. Im August 2018, eine Woche vor dem Rudolf-Heß-Aufmarsch in Berlin, fand sich ein besonderer Zeitzeuge im »Haus Jugendstil« ein. Unter dem Titel »Abdallah Melaouhi und der letzte Gefangene von Spandau« referierte laut eigenen Angaben der »Pfleger und Vertraute« von Rudolf Heß über seine Zeit mit Hitlers Stellvertreter. Der Vortrag wurde wieder als Anlass genommen, um abermals über die Umstände des Todes von Heß zu spekulieren. Der Saal war prall gefüllt. Ganz Anklam war mehr als sonst von erkennbaren Neonazis überlaufen, die zur Veranstaltung wollten. Die Hauptstraße direkt vor dem Gebäude war zugeparkt. Im Nachgang konnten die Interessierten eine Gedenk-Tasse von der Veranstaltung erwerben. Lange im Vorfeld war die Vortragsveranstaltung auf Facebook öffentlich angekündigt, dennoch wurde das Geschehen von der Polizei nicht beobachtet.

Der älteste Kameradschaftsbund im Nordosten

Neben der NPD sind die »Freien Kräfte« in Form der lokalen Kameradschaftsbünde prägend in der Region rund um Anklam. Auch als Teil des NPD-Landesvorstands ist Alexander Wendt weiterhin im »Kameradschaftsbund Anklam« (KBA) aktiv, einer der der ältesten Kameradschaften im Nordosten. Entstanden 1996 aus »Blood&Honour« (B&H)-Zusammenhängen zählt der KBA zum Netzwerk der »Hammerskin Nation«. Im Allgemeinen ist über den etwa 60-köpfigen gut vernetzten KBA wenig bekannt. Neben Wendt zählt Detlef Riske aus dem Netzwerk der »Hammerskin Nation« zu seinen Anführern. Besonders in den Anfängen machte der KBA öffentlich Schlagzeilen mit B&H-Konzerten in der Gaststätte »Zur Linde« in Klein Bünzow. Sein 15-jähriges Bestehen feierte er in Wendts »nationalem Wohnprojekt«



im nahegelegenen Salchow. Rund 400 Neonazis fanden sich zu einem Rechtsrock-Konzert ein, darunter auch die NSU-Mitangeklagten Maik und André Eminger. Das Insel-Pendant zum KBA ist der »Kameradschaftsbund Usedom« (KBU), in dem Enrico Hamisch aktiv ist.

Auf dem rechten Auge blind

Das »Haus Jugendstil« ist nicht das einzige Objekt in Anklam in Nazi-Hand. Aus Richtung Greifswald kommend springt eines der ältesten Szenegeschäfte namens »New Dawn« ins Auge, das auch aus B&H-Strukturen entstanden ist. Eine große »schwarze Sonne« prangt an der Wand des »Streetwear«-Geschäftes. Eine weitere, etwas unauffälligere Anlaufstelle für die rechte Szene ist die Gaststätte »Zum Klosterbruder«. Der Betreiber Enrico Arndt ist ebenfalls Teil des KBA und steht dem »MC Vengator«, dem rechten Chapter der »MC Bandidos«, nahe. Die rechten Objekte in Anklam dominieren das Stadtbild. In den Straßen sind viele Menschen mit Neonazi-Kleidung zu sehen, auch wenn keine Veranstaltung im »Haus Jugendstil« stattfindet.

Das Problem mit den Rechten scheint bei der Ordnungsbehörde kein Gehör zu finden. Während des Heß-Zeitzeugenvortrags waren zahlreiche einschlägig bekannte, zum Teil gewaltbereite Neonazis in der Stadt unterwegs. In unmittelbarer Nähe des Veranstaltungsortes befindet sich der mehrfach von Neonazis angegriffene »Demokratiebahnhof«, der Zivilgesellschaft und Demokratie fördert. Regelmäßig stellt die Landtagsfraktion der Partei »Die Linke« kleine Anfragen zum Thema »rechtsextreme Veranstaltungen«. In Bezug auf das »Haus Jugendstil« sind die Antworten des Innenministeriums unvollständig und lassen daher befürchten, dass die Behörden die Ausmaße der rechten Szene in Anklam nicht im Blick haben.



»Sturmvogel«-Zeltlager mit Erwachsenen, Jugendlichen und Kindern

#VölkischeLandnahme

Siedeln und Netzwerke knüpfen

von Andrea Röpke

Rechte Landlust an einem geschichtsträchtigen Ort: Für das zünftige Sommerfest der »Jungen Alternative« (JA) bot der idyllische Fachwerkhof in Berel am Ries die richtige Kulisse. Über 3.000 Jahre alte Hügelgräber zeugen von einer langen Siedlungsgeschichte. Regionen wie diese eignen sich für den Rückzug völkischer Nationalist*innen ins Ländliche. Auf dem Anwesen, wo sich sonst Jugendliche des bündischen »Freibund e. V.« in ihren Uniformen tummeln, traf sich im Juli 2018 der Nachwuchs der »Alternative für Deutschland« (AfD). Unter dem Motto »Zurück zur Volkstümlichkeit« sollte fernab jeglicher Urbanität gefeiert werden. Die Veranstaltung war nicht öffentlich, später auf Facebook gepostete Fotos gaben aber einen Eindruck. Der von Scheunen und Ställen umsäumte Innenhof bot genug Platz für die etwa 100 angereisten Gäste, unter denen auch Anhänger*innen der extrem rechten »Identitären Bewegung« (IB) aus der Region waren. Auf den naturbelassenen Steinstufen stehend hielt der damalige JA-Vorsitzende Lars Steinke im weißen Anzug eine Rede. Ein anderes Foto zeigt zwei lachende junge Frauen, die passend zum bäuerlichen Ambiente Kränze aus bunten Sommerblumen und reifem Korn flechten. Eine von ihnen: Hildburg Meyer-Sande, ehemalige Aktivistin der IB und inzwischen Referentin der AfD-Landtagsfraktion in Hannover. Nur wenige Frauen sind anwesend, daher reichen sich auf einem weiteren Bild überwiegend junge Männer die Hände zum Tanzkreis im schmucklosen Heuschober der Bereler Familie Bünger.

In der Region verankert

Anstoß erregte das Fest mit den JA-Transparenten und »schöner, deutscher Musik« nicht. Berel, ein Ortsteil von Burgdorf, liegt im Wahlkreis Salzgitter-Wolfenbüttel, die AfD erzielte 2017 hier 12,3 Prozent, ein Stimmenanteil weit über dem niedersächsischen Durchschnitt. Über die Völkischen auf dem sogenannten »Freiburg«-Hof wird in der Nachbarschaft ohnehin lieber geschwiegen. Weitere national gesinnte Familien haben sich in der Region angesiedelt. Sie sind berufstätig, beteiligen sich am Vereinsleben im »Kyffhäuserbund«, sind lokal verankert und führen doch ein Leben in einer Parallelwelt. Heinrich »Heiner« Bünger, dessen Hof die JA nutzte, agiert umtriebig. Der Landwirt betreibt eine Windkraftanlage und einen Maststall. Auf seinem Facebook-Account unter dem Namen »Heiner Be« weist er wiederholt auf die angebliche Bedrohung durch Geflüchtete hin. »Größere Menschentransaktionen« führten fast immer zu »starken Verwerfungen und Krieg«, kommentiert er im Juli 2018 und schlussfolgert: »Zivilisationen, die sich nicht wehren, gehen unter.« Büngers Likes gelten unter anderem einem AfD-Politiker, der extrem rechten Organisation »Ein Prozent« sowie der »Deutschen Gildenschaft«. Die Geburt ihrer Söhne gab das Ehepaar Bünger in den Blättern des Korporationsverbandes »Deutsche Gildenschaft« bekannt, einem rechten Bund, in dem auch Götz Kubitschek und der AfD-Bundestagsabgeordnete Peter Felser aktiv waren.

Teil der nationalen Erziehungsarbeit

»Willkommen im Reich der bewegten Jugend« heißt es auf der Homepage von »Der Freibund«. Die »Gefährtenschaft« sieht sich als »Freiraum in unserer Gesellschaft, in dem wir unser Leben nach einer ganzheitlichen Vorstellung verwirklichen wollen«. Sie wollen »Menschen der Tat« werden und nennen ihr Miteinander »Kameradschaft«. Organisationen wie »Der Freibund« oder »Sturmvogel – Deutscher Jugendbund« übernehmen heute einen wichtigen Teil der Erziehungsarbeit im nationalen Lager. »Der Bund ist kein Selbstzweck«, heißt es 1997 in ihrer Zeitung »na klar«. »Immer haben wir betont, daß wir durch ihn in die Gemeinschaft unseres Volkes hineinwirken wollen.« Das Erleben von Extremsituationen, »erzeugt durch körperliche und geistige Belastung und durch Schlafmangel«, soll das Gemeinschaftsbewusstsein im »Freibund« schärfen. Ein Video über dessen »Winterlager« 2007 wurde bislang über 22.000 Mal angeschaut. Auffälligere Jugendorganisationen wie die »Wiking-Jugend« (WJ) oder die »Hei-

mattreue Deutsche Jugend« (HDJ) wurden bereits vor Jahren wegen ihrer Wesensverwandtschaft mit dem Nationalsozialismus vom Bundesinnenministerium verboten. Rechte Jugendbünde bemühen sich seitdem, den Behörden wenig Angriffsfläche zu bieten. Der organisierte Kinderdrill soll unantastbar bleiben und weiterhin im Verborgenen laufen.

Traditionen der bündischen Jugend

Die völkisch-nationalen Jugendbünde verorten sich in der Tradition der deutschen Wandervogelbewegung, die Anfang des 20. Jahrhunderts ihren Höhepunkt erlebte. Vor allem Sprösslinge aus bürgerlichen Kreisen des Kaiserreiches brachen aus, um gemeinsam mit Gleichgesinnten dem autoritären Druck zu entfliehen und eine Gegenkultur zum vorherrschenden Zeitgeist zu bilden. Romantisierte, patriotische Vorstellungen eines freien Wanderlebens verklären diese frühe Aussteigerbewegung bis heute. Der Historiker Christian Niemeyer wies 2013 nach, dass ein wesentlicher Teil dieser historischen Jugendbewegung von Beginn an antisemitisch, antislawisch und intellektuellenfeindlich eingestellt war. In seiner Studie »Die dunklen Seiten der Jugendbewegung. Vom Wandervogel zur Hitlerjugend« verdeutlicht Niemeyer, wie viele Bündische später Mitglieder der NSDAP wurden, dem Nazi-Regime dienten und nach 1945 einen nicht geringen Teil der kulturellen Elite der BRD stellten. Heute lehnt der Großteil der bündischen Jugend Rassismus und Antisemitismus deutlich ab. Experten wie Jesko Wrede, Mitinitiator des Informationsportals »Rechte-Jugendbuende.de«, weisen ausdrücklich auf die Bemühungen von Wandervogel, Waldjugend, Zugvogel und vielen anderen hin, sich nach rechts abzugrenzen.

»Kein Trend, sondern Weltanschauung«

Dem niedersächsischen Verfassungsschutz war das Sommerfest der AfD-Jugend nicht entgangen, doch die vermeintlich unpolitische Jugendorganisation »Der Freibund« interessiert die Behörde wenig. 2010 teilte die Landesregierung mit, eine Einstufung zum »Beobachtungsobjekt« sei auf Basis vorliegender Erkenntnisse nicht gerechtfertigt. Daran hat sich bis heute nichts geändert. Wie eng aber die Verzahnung zwischen völkischem Spektrum, Identitären und AfD auch in Norddeutschland ist, macht nicht nur das Fest deutlich. Längst lassen sich junge Familien nicht nur in abgelegenen Regionen der neuen Bundesländer nieder – vor allem die weitläufige Landschaft der im Nordosten Niedersachsens gelegenen Lüneburger Heide gilt als Magnet. Schwerpunkte gemeinsamen Ansiedelns liegen in den Landkreisen Lüneburg und Uelzen. Die Familien werden oft als »Ökos« betitelt, da sie sich der Moderne verweigern. Doch diese Lebensweise ist kein Trend, sondern Weltanschauung. Auf zahlreichen braunen Schollen werden Rassenideologie und nordisches Brauchtum generationsübergreifend gelebt. Mit jedem Zuzug steigt ihr Einfluss. In strukturschwachen Regionen stehen ausreichend Häuser zur Verfügung und es bieten sich beste Möglichkeiten, Ehrenämter in Schulen, Kindergärten und Vereinen zu besetzen und in die Ortsgemeinschaft hineinzuwirken. Wenig ist über die völkischen Netzwerke und ihre Immobilienstrukturen bisher bekannt. Polizei und Staatsschutz konzentrieren sich vor allem auf Szenetreffpunkte, Schulungszentren und Gaststätten.

Rechte Landnahmeprojekte

Ein systematisches Vorgehen bei der völkischen Landnahme ist bisher nicht zu erkennen. Die meisten Neusiedler*innen schienen getrieben vom Bedürfnis, unter ihresgleichen zu leben. Dazu kommen strategische Landnahme-Projekte wie die der sich sonst urban inszenierenden »Identitären Bewegung«.

Der Rostocker IB-ler Daniel Fiß hat Ende 2018 »Schanze Eins« gegründet, ein »Strukturprojekt«, das Unterstützer*innen und Aktivist*innen der Szene zusammenbringen soll und laut Homepage das Ziel hat, »langfristig Freiräume« zu schaffen. So sollen nationale Familien im ländlichen Raum mit dem Bau von günstigen Fertighäusern aus Holz unterstützt werden. Außerdem sollen Landflächen von vier bis zehn Hektar Größe erworben werden, um Platz für Festivals und politische Zusammenkünfte zu gewinnen. Für die Städte sind neue patriotische Bars und Restaurants geplant, in studentisch geprägten Städten identitäre Zentren und weitere Treffpunkte. Mit den Landraum-Projekten wird laut Eigendarstellung angestrebt, Lebensräume jenseits der »Multikulti-Realität« vieler Großstädte zu bieten.

Familiäre Verstrickungen

Der längste Tag des Jahres ist der 21. Juni. Zahlreiche völkische und rechtsbündische Familien, sogenannte Sippen, versammeln sich regelmäßig zur »Sonnenwende« in kleinen Zirkeln um dieses alte, nordische Brauchtum zu begehen. In einem winzigen Dorf nahe Wismar parken Camping-Busse und andere Fahrzeuge an einem älteren Haus mit weitläufigem Anwesen. Angehörige und Freunde der aus dem hessischen Schwalm-Eder-Kreis stammenden »Sippe« Godenau sind aus Nordfriesland, Osnabrück und Aurich angereist. Eines der ersten Zeltlager des 1987 im hessischen Lippoldsberg gegründeten »Sturmvogel« fand auf dem Anwesen der Familie in Sebbeterode statt. Sie hatten sich den extremen Rechten angeschlossen, die im Streit die WJ verließen, um eine eigene Jugendorganisation zu bilden. Lehrerin Ingeborg Godenau ist inzwischen pensioniert, sie kümmert sich bei Treffen der Jugendlichen um die Verpflegung. Ihr amerikanischer Ehemann Roy Arthur Godenau stammt aus dem Umfeld des »Ku-Klux-Klan« und ist heute in NPD- und antisemitischen Revisionist*innenkreisen anzutreffen. Die älteste Tochter ließ sich schon vor Jahren in Mecklenburg nieder, um dort an einem völkischen Siedlungswesen mitzuwirken. Einer der Godenau-Söhne führte 2010 das Winterlager des Bundes in Recknitzberg nahe Bad Doberan an, bei dem Medienvertreter*innen mit Gewaltandrohungen vertrieben wurden. Am 22. Juni 2019 schlendert er über eine Wiese im kleinen Dorf Goldebee, nur wenige Kilometer vom Wohnort seiner Schwester entfernt. Nebenan wohnt Rudi Wittig. Der Antiquariatsbetreiber und ehemalige »Bundesfahrtenführer« der »Wiking-Jugend« ist einer der Gründer des »Sturmvogel«. 2015 zeigte sich Wittig im Kreise der »Identitären Bewegung«.

Szene im Aufwind

Bünde wie der »Sturmvogel« bieten Kindern und Jugendlichen zunächst eine »umfassende Schulung« an, die durchaus eine »ideologische Festigung« nach sich ziehe, erklärt der Politikwissenschaftler Gideon Botsch. Kaum verwunderlich, dass viele von ihnen später als Unterstützer*innen, Aktivist*innen oder Mitarbeiter*innen bei der IB und der AfD wieder zu finden sind. Bislang fokussierte sich das bündisch-nationalistische Wirken der Rechten vor allem auf Erziehungs- und Kulturarbeit in privaten Zirkeln. Seitdem sich die rechte Szene jedoch im Aufwind fühlt, verlassen immer mehr die sicheren Rückzugsorte. Nach 70 Jahren wächst bei den Völkischen die Hoffnung auf eine radikale nationalistische Zeitenwende und seitdem ist einiges an Aktivitäten zu beobachten.

#KlosterVeßra

Immobilien in Thüringen

Insbesondere in den ostdeutschen Bundesländern haben Vertreter*innen der extremen Rechten im ländlichen Raum in den vergangenen Jahren eine Vielzahl von Immobilien erworben. Im thüringischen Kloster Veßra betreibt beispielweise der Neonazi Tommy Frenck eine Gaststätte. Über die Situation vor Ort sprach Sascha Schmidt für der rechte rand mit Thomas Jakob vom »Bündnis für Demokratie und Weltoffenheit Kloster Veßra«.

drr: Herr Jakob, die RechtsRock-Konzerte in Themar haben bundesweit für Aufsehen gesorgt. Deutlich weniger bekannt sein dürften die regelmäßig stattfindenden Veranstaltungen in der Gaststätte »Goldener Löwe« im nahegelegenen Kloster Veßra. Betrieben wird die Gaststätte von einem der Hauptorganisatoren der Themarer Konzerte, Tommy Frenck. Wie verhält sich die Situation vor Ort und wie regelmäßig finden dort szenespezifische Veranstaltungen statt?

Thomas Jakob: Die Situation in Kloster Veßra ist teilweise ernüchternd. Die Frequenz, in der spezifische rechtsextremistische Veranstaltungen durchgeführt werden, ist hoch. Fast monatlich finden Veranstaltungen statt. Mal ein Konzert, mal ein Liederabend, mal andere Formate. Für uns als Bündnis ist es aufgrund der hohen Veranstaltungsdichte äußerst schwer, adäquat vor Ort etwas dagegenzusetzen. Dies liegt vor allem daran, dass uns für die Vorbereitung und Durchführung häufig die Zeit fehlt. Alle die sich im Bündnis engagieren, tun dies ehrenamtlich und versuchen sich neben Familie und Beruf mit einzubringen. Ein Großteil unserer Zeit muss derzeit für die Planung und Umsetzung der großen RechtsRockkonzerte aufgewendet werden. Weiterhin haben wir uns bewusst als Bündnis dazu entschieden, nicht nur gegen RechtsRock zu protestieren, sondern alternative Angebote in der Region anzubieten. Durch Lesungen, Konzerte, Informationsveranstaltungen, Poetry Slams und andere vielfältige Angebote versuchen wir das demokratische und weltoffene Miteinander in der Region zu stärken.

Wie würden Sie den Stellenwert der Veranstaltungen für die Szene beschreiben und wie treten Tommy Frenck und die Szene gegenüber der Bevölkerung auf?

Durch die kleineren Konzerte in Kloster Veßra werden mehrere Ziele verfolgt. Sie dienen dazu, die lokalen Strukturen durch regelmäßige Events zu festigen. Natürlich sollen durch die Angebote potenziell Interessierte angelockt werden. Aber sie dienen meiner Ansicht nach auch klar dazu, Netzwerke aufzubauen und was man nicht vergessen darf, hier wird Geld verdient!

Gegenüber der Bevölkerung versucht Herr Frenck als umtriebiger Geschäftsmann aufzutreten. Er versucht ein Image als Kümmerer für eine vermeintlich vernachlässigte Region aufzubauen. Man muss sehr genau hinschauen, dass er sich nicht weiter entfalten kann. Er weiß, wie dörfliche Strukturen funktionieren und wo eine Einflussnahme möglich ist. Gerade hier arbeiten wir als Bündnis daran, die Bevölkerung dafür zu sensibilisieren.

Gerade im ländlichen Raum mangelt es oft an der Infrastruktur. Frencks Gaststätte ist die einzig verbliebene im Ort. Wie stehen die Einwohner*innen zu der Gaststätte und dem Betreiber, beziehungsweise der extrem rechten Kundschaft?

Für den Ort ist es eine schwierige Situation, die geprägt ist von einer großen Diversität in der Bevölkerung. Manche, wie wir, haben eine klare und eindeutige Position gegen rechte Umtriebe im Ort. Andere wiederum sympathisieren offen mit den Rechtsextremen. Die Mehrzahl ist meiner Ansicht nach allerdings gefangen in einer eigenen Unentschlossenheit, die durch Unsicherheiten im Umgang, Ängsten, Unwissenheit oder schlicht und einfach von Desinteresse durchdrungen ist. Es zeigt sich allerdings in letzter Zeit, dass mehr und mehr Einwohner*innen Frenck und seinem Treiben kritisch gegenüberstehen. Häufig bringen die Konzerte Lärm und Einschränkungen in der Verkehrsführung mit sich. Weiterhin ist die Parkplatzsituation vor Ort schwierig, so dass häufig kreuz und quer geparkt wird, was zusätzlich für Unmut sorgt.

Wie gehen Sie als Bündnis vor Ort mit dieser Situation um? Finden Sie Zuspruch in der Bevölkerung oder gelten Sie als Nestbeschmutzer, der den einzigen Gastwirt im Dorf schlecht macht?

Wie bereits beschrieben, versuchen wir als Bündnis den Spagat zwischen aktiven Aktionen gegen die rechten Veranstaltungen und der Schaffung alternativer Angebote für die Einwohner*innen. Für manch einen sind wir so etwas wie Nestbeschmutzer. Für viele sind wir aber eher Unruhestifter, da wir natürlich permanent auf die Situation vor Ort durch unser Tun aufmerksam machen. Häufig begegnet uns der Vorwurf, dass der Ort somit nicht zur Ruhe kommt. Das ist uns sehr wohl bewusst, aber ohne uns würden die Umtriebe von Frenck mehr und mehr zum Alltag. Das können wir so nicht mittragen. Wir sehen es als unsere Aufgabe an, so lange Frenck in Kloster Veßra zugange ist, gegen diese Bestrebungen aktiv zu sein und für ein demokratisches und weltoffenes dörfliches Miteinander einzustehen. Danke daher an all diejenigen, die uns regelmäßig vor Ort unterstützen und uns in unserem Tun bestärken!

Vielen Dank für das Gespräch und viel Erfolg!



#ImGrünen

Idylle mit braunem Schatten

Auch Neonazis schätzen Kleingartenanlagen. Statt Gärtnern gibt es Konzerte, Schulungen und Vorträge. Ein Blick nach Sachsen.

von Kai Budler

Trotz Gartenzwergen und Deutschlandfahnen: Der als »spießig« verpönte Kleingarten ist auch bei jüngeren Menschen im Kommen. Knapp 970.000 Kleingärtner*innen sind im Bundesverband Deutscher Gartenfreunde e. V. (BDG) organisiert. Wirft man einen Blick auf das Ranking der Städte mit den meisten Parzellen, finden sich mit Leipzig, Dresden und Chemnitz gleich drei sächsische Städte unter den Top Ten. Doch die sächsischen Kleingartenvereine dienen nicht nur der Entspannung gestresster Städter*innen, sächsische Parzellen und Vereinsheime sind auch Orte extrem rechter Aktivitäten. Prominentes Beispiel ist dabei wohl ein Kleingartenverein in Flohburg im Landkreis Leipzig, wo sich Ende 2014 die rechtsterroristische »Old School Society« offiziell gründete und traf. Allein im vergangenen Jahr wurden der sächsischen Regierung nach eigenen Angaben landesweit 17 extrem rechte Veranstaltungen in Kleingartenanlagen bekannt. Darunter waren Konzerte, Mitgliedertreffen, Schulungen sowie Zeitzeugenvorträge. Zwischen 2014 und 2017 sollen mindestens 44 Fälle registriert worden sein. Allein im Raum Leipzig nutzen Neonazis seit Jahren immer wieder Gärten und Vereinsheime der Anlagen.

Bis 2007 war es die NPD Leipzig, die unter einem Tarnnamen ein Vereinsheim im Stadtteil Möckern nutzte, bis es im Frühjahr 2007 abbrannte. Im Süden von Leipzig mieteten sich Neonazis wie die NPD in einer Gartenkneipe in Geithain ein. Unter anderem fanden dort »Liederabende«, Wahlkampfveranstaltungen und ein Vortrag mit einem ehemaligen Mitglied der Waffen-SS statt, der von etwa 100 Neonazis besucht wurde. Später wurde die Gaststätte geschlossen und mittlerweile von einer Firma unter anderem Namen betrieben. Auch im Ortsteil Neuwitznitz von Borna wurde das Vereinsheim einer Kleingartensparte 2014 und 2015 zum Treffpunkt von Neonazis, die unter anderem ein Konzert mit 150 Teilnehmer*innen besuchten. Nachdem der letzte Betreiber Insolvenz anmelden musste, war das Vereinsheim zu dieser Zeit nicht vermietet und wurde zum beliebten Veranstaltungsort der Neonazis. Ohne Pächter*in stand 2015 auch die Gaststätte eines Gartenvereins in Zwenkau da, so dass sich dort Neonazis einmieten und ein NS-Black-Metal-Konzert durchführen konnten. Zwei Jahre später rückte der öffentlich zur Miete angebotene Festsaal eines Kleingartenvereins unweit der Leipziger Neuen Messe ins Rampenlicht. Dort traten zwei Mitglieder der RechtsRock-Band »Kategorie C« vor 120 Besucher*innen auf, fünf Monate später folgte ein »Zeitzeugenvortrag«. Für die Vermietung des Saals war zu diesem Zeitpunkt der Leipziger CDU-Stadtrat und Vereinsvorsitzende Falk Dossin zuständig. Gegenüber der Presse gab er an, erst nach dem Konzert von sächsischen Sicherheitsbehörden über die Mieterin informiert worden zu sein. Als er gefragt habe, ob er den zweiten Termin absagen solle, den er mit der Frau ausgemacht hatte, hätten die Beamten ihn gebeten, für ihre Ermittlungen den Abend wie geplant stattfinden zu lassen. Der Verfassungsschutz dementierte dies, der Staatsschutz der Leipziger Polizei räumte Gespräche mit Dossin ein. Ebenfalls in Leipzig wurde im Oktober 2018 die Gaststätte des »Kleingartenverein Buren e. V.« zum Ort eines Vernetzungstreffens mit etwa 40 Personen, darunter die Vertreter einer länderübergreifenden Neonazi-Kooperation, Alexander Kurth, David Köckert und Jens Wilke. Erst im Februar diesen Jahres fand im Lokal eines weiteren Kleingartenvereins in Leipzig ein neonazistischer »Zeitzeugenvortrag« mit rund 70 Personen statt. Wie gewohnt ist der Verfassungsschutz keine Hilfe. Immer wieder fehlen Angaben, weil die Regierung ein »Geheimhaltungsinteresse« geltend macht.

Auf die Frage des Grünen-Abgeordneten Valentin Lippmann, welche Schutzmaßnahmen die Regierung für Personen vorsehe, »die insbesondere im Rahmen ihrer Funktion als Vereinsvorsitzende o. ä., Opfer mutmaßlich rechtsextremer Gewalt werden«, verweist die Regierung auf das Opferentschädigungsgesetz, die Homepage der Polizei und die »Regionalen Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie e. V.« (RAA). Der Vorsitzende des Gartenvereins »Sommerland e. V.« in Dresden, Steffen Pätzig, hätte sich konkretere Hilfestellungen gewünscht. Über zwei Jahre organisierten Neonazis wie Rene Despang im Vereinslokal Feiern und Konzerte. Als Pätzig intervenierte und der Vertrag mit dem Betreiber auslief, endeten die Veranstaltungen. Doch für den Vereinsvorsitzenden begann damit eine Serie von Angriffen: von Schmähbriefen über Drohungen bis hin zu körperlicher Gewalt in der Nähe seines Gartens. Bei einer Sitzung des Vereins beklagten die Mitglieder vor allem, dass niemand sie informiert habe, wer im Lokal sein Unwesen trieb. Gegenüber dem MDR berief sich ein Sprecher des Verfassungsschutzes auf laufende Ermittlungsverfahren und ermittlungstaktische Gründe. Deshalb könne man nicht alle Informationen veröffentlichen.

#Dortmund

Immobilien im urbanen Raum

Im Dortmunder Stadtteil Dorstfeld hat sich seit Anfang der 2000er eine neonazistische Szene etabliert. Neben einigen Wohngemeinschaften verfügt die Szene dort über ein so genanntes »Nationales Zentrum«. Über die Situation vor Ort sprach Sascha Schmidt für der rechte rand mit Leroy Böthel von der »Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus im Regierungsbezirk Arnsberg«.



drr: Herr Böthel, die Dortmunder Szene hat in der Emscherstraße im Stadtteil Dorstfeld ein sogenanntes »Nationales Zentrum«. An diesem Zentrum sowie im Umfeld ist häufig die von den Neonazis selbst gewählte Parole »Nazi Kiez« zu lesen. Wie stark ist die Präsenz der Rechten vor Ort und welchen Stellenwert nimmt die Immobilie dafür ein?

Leroy Böthel: Dorstfeld bildet seit mindestens zwei Jahrzehnten das Zentrum der Dortmunder Neonazis. In dem Stadtteil hat die Partei »Die Rechte« ihre Bundeszentrale, die führenden Parteikader wohnen und leben hier. In der Emscher- und in der angrenzenden Tusneldastraße sind vier Häuser ausschließlich von Nazis bewohnt. Sie sind im öffentlichen Raum präsent, sie prägen durch ihre physische Präsenz, Aufkleber und Graffitis in Teilen Dorstfelds – vor allem rund um den zentralen Wilhelmplatz – das Stadtbild. Unweit der Emscherstraße wurde zudem im Jahr 2017 ein Mehrfamilienhaus gekauft, im Dezember 2018 haben sie vergeblich versucht, sich mit einem Café im Stadtteil zu etablieren. Matthias Deyda, der Käufer des Mehrfamilienhauses und einer der Führungskader, hat zudem im April 2018 eine eigene Immobilienfirma gegründet, die D.A.M.M. uG. Es lässt sich also eine Strategie erkennen, gezielt Immobilien in Dorstfeld anzumieten oder gar zu kaufen. Der Umstand, dass sich die Nazis diese Räume sichern und ihre Kräfte konzentrieren konnten, bildet das Fundament für das Wirken der Dortmunder Szene.

Lange galt Dorstfeld als Vorzeige-Kiez der Nazis im Westen. Welchen Stellenwert haben das Viertel und das Zentrum für die Szene – vor allem in der näheren Umgebung?

Die meisten Neonazis in der Region stellen in ihren Orten nichts mehr auf die Beine, sondern orientieren sich nach Dortmund, besuchen die regelmäßigen Kundgebungen und Demos oder ziehen gleich dort hin. Die Szene bündelt in Dorstfeld strategische, politische und juristische Ressourcen. In Dortmund werden so Dinge möglich, die in den meisten anderen deutschen Großstädten nicht umsetzbar wären. Zu beobachten ist aber auch, dass die Nazis in Dorstfeld zwar händeringend die Öffentlichkeit suchen, sie aber dennoch Räume für klandestine Veranstaltungen benötigen – und die werden zumeist außerhalb von Dorstfeld, in Hamm oder im Dortmunder Umland, gesucht. In Hamm fanden so in den letzten Jahren dutzende Konzerte, Vortrags- und Schulungsveranstaltungen statt – oft mit zahlreichen Gästen aus Dortmund. Für ihren sogenannten ‹Europakongress› im Oktober 2017 mit knapp 150 Teilnehmenden mietete die »Die Rechte« eine abgeschiedene Räumlichkeit im benachbarten Schwerte an. Ein Jahr später fand hier ein geheimes Akustik-Konzert von »Kategorie C« statt. Derartige Veranstaltungen sind also im selbsternannten ‹Nazi-Kiez› doch nicht umsetzbar.



»Nazi-Kiez« – die Selbstbezeichnung von Neonazis in Dortmund-Dorstfeld

Wie wirkt sich die Präsenz der Rechten auf die Bevölkerung vor Ort aus? Es gibt seit Jahren wiederkehrende Berichte über tätliche Angriffe – hin und wieder wird sogar von einer ‹No-Go-Area› für Migrant*innen, Linke oder Journalist*innen gesprochen.

Tatsächlich meiden viele Personen der genannten Gruppen das Umfeld der Emscherstraße – daran ändert auch die erhöhte Polizeipräsenz wenig. Die Gewalttätigkeit der Dortmunder Nazi-Strukturen ist schließlich verbrieft, Jahr für Jahr belegt Dortmund hier den Spitzenplatz in den polizeilichen Statistiken in NRW. In den letzten 20 Jahren wurden in Dortmund nachweislich fünf Morde von Neonazis begangen. Das nährt ihren Ruf. Nichtsdestotrotz ist Dorstfeld ganz sicher kein ‹Nazi-Kiez› und auch keine ‹No-Go-Area›, in der Nazis das staatliche Gewaltmonopol ausgehebelt und eine ‹Volksgemeinschaft› nach ihrem Ansinnen etabliert haben. Die Neonazis verwenden sehr viel Energie darauf, diesen Mythos zu pflegen, weil es eben in Westdeutschland ein Alleinstellungsmerkmal ist und einen Großteil der szeneinternen Reputation darstellt. In den vergangenen Jahren kam es aber vor allem in anderen westlichen Stadtteilen Dortmunds wie Marten, Mengede oder Westerfilde vermehrt zu Aktivitäten und Gewalt. Dorstfeld mag so zwar in der Außenwahrnehmung emblematisch für die Dortmunder Problematik stehen, stellt aber nur eine besonders sichtbare Facette des Wirkens dar.

Wie geht die Bevölkerung mit der Situation vor Ort um? Hat man sich mit der Situation arrangiert oder gibt es zivilgesellschaftlichen Widerstand?

In Dorstfeld selbst regt sich durchaus Widerstand und dies auch schon seit vielen Jahren. Der Stadtteil zählt in Dortmund sicherlich zu denjenigen mit der aktivsten Zivilgesellschaft. Mit den ‹Quartiersdemokraten› gibt es seit 2017 zudem ein Projekt, das gezielt zivilgesellschaftliche Akteur*innen unterstützt. Die Kolleg*innen klären zum einen rigoros über die Aktivitäten der Neonazis auf und diskutieren zum anderen auch mit den demokratischen Kräften in Dorstfeld neue Aktions- und Vernetzungsformen. Blickt man auf die gesamte Stadt, so sind vor allem in der Dortmunder Nordstadt in den letzten Jahren vermehrt Räume für antifaschistisches Engagement entstanden. Zu hoffen bleibt, dass diese Entwicklungen mittelfristig auch rund um den Wilhelmplatz spürbar werden.

Gerade aus zivilgesellschaftlichen Kreisen hat man häufig Kritik gegenüber den politisch Verantwortlichen der Stadt vernommen. Man habe gegenüber dem Treiben in Dorstfeld viel zu lange zugesehen. Wie bewerten Sie diese Kritik und was hätte getan werden müssen?

Die Kritik ist in dieser Form sicher berechtigt. Die Szene hatte sich schon lange im Stadtteil festgesetzt und sich bundes- und europaweit vernetzt, als die Stadt das Problem als solches überhaupt erst wahrgenommen hat. Es gibt sicherlich nicht nur einen Grund für die Dortmunder Problematik, aber das langjährige Wegsehen der Stadtverwaltung war durchaus ein gewichtiger. Mittlerweile wird jährlich eine sechsstellige Summe für die Arbeit gegen Rechts zur Verfügung gestellt, es gibt eine eigene Koordinierungsstelle für diesen Bereich im Rathaus. Ein Teil des Geldes und der personellen Ressourcen geht in gute Projekte oder in die Unterstützung zivilgesellschaftlicher Aktivitäten, namentlich der Runden Tische in den Stadtteilen. Ob man die Stadt deshalb zur ‹Hochburg des Widerstands› ausrufen muss, wie es städtische Verantwortliche regelmäßig tun, halte ich für fraglich und auch wenig hilfreich.

Denn unverändert bleibt seit Jahren die fehlende Wertschätzung antifaschistischen Engagements seitens der Stadt. Dabei meine ich weniger die kaum aufzulösenden Diskussionen über ‹richtige› und ‹falsche› Protestformen, sondern in erster Linie die ausbleibende Anerkennung antifaschistischer Recherche- und Aufklärungsarbeit in Dortmund. Ohne diesen analytischen Blick und kritische Öffentlichkeitsarbeit stände es nämlich bei Weitem schlechter um die Stadt.

Vielen Dank für das Interview!

#Sport

Erst das Stadion und dann die ganze Stadt

Neonazis im Sport sind kein neues Phänomen. Im Fußball prägen rechte Hooligans seit Jahrzehnten die Fanszenen und -treffpunkte mancher Clubs, im Kampfsport haben sie mittlerweile eigene Vereinsräume. Einigerorts sind sie so in der Mitte angekommen.

von Sören Frerks

Manche Sportarten leben von ‹Kameradschaft›, Pathos, Konkurrenzkampf sowie Identifikation und bieten damit auch Neonazis einen idealen Nährboden. Dabei beschränkt sich deren Engagement nicht nur auf die Fankurven der Stadien: Gerade in Kleinstädten und Dörfern können Neonazis oftmals leicht in Vereine einsickern. Aber auch bei bekannten Fußballclubs in Cottbus, Chemnitz und Dresden, Magdeburg oder Halle, in Braunschweig, Aachen und Dortmund oder beim 1. FC Lokomotive Leipzig tummeln sie sich. Dort werden die rechten Hooligans von vielen als ganz normale oder gar treue Fans wahrgenommen. Die Propaganda und Gewalt gegen andere Fans, Linke und Migrant*innen verschwindet unter dem lebensweltlichen Deckmantel des Sports. Das Fan-Sein hat angeblich nichts mit Politik zu tun. In dieser Gemengelage verschmelzen Treffpunkte wie Ultra-Kneipen oder Vereinsheime zu einem großen Infrastrukturnetz. Das Ergebnis: extrem rechte Fananhänge gehören zur städtischen Normalität und ‹regieren› durch von der Stadionkurve über Innenstädte bis zu Wohnvierteln. Die Offiziellen schauen dem Treiben oft und zu lang rat- und tatenlos zu.

Mehr als die Kurve regieren

Beim 1. FC Energie Cottbus führt dies bis heute zu regelmäßigen Machtdemonstrationen aller Orten. Im Stadion drangsaliert die zum Schein aufgelöste Hooligan-Gruppierung »Inferno Cottbus 99« seit geraumer Zeit abtrünnige Fans. Im vergangenen Jahr mischte sich mutmaßlich dieselbe Truppe auf dem städtischen Altmarkt in »Ku-Klux-Klan«-Kutten und mit einer Hitler-Anspielung unter eine spontane Aufstiegsfeier. Einen Monat vor dem Ende des kurzen 3. Liga-Intermezzos der vergangenen Saison legten im April 2019 Durchsuchungen von allein 29 Objekten in Cottbus und Umland ein ganzes Neonazi-Netzwerk offen. Mindestens 16 Personen stehen im Verdacht, eine kriminelle Vereinigung gegründet zu haben, die von Hooligans und Türstehern über Kampfsportler bis zur Organisierten Kriminalität reicht.

Anderer Ort, ähnliches Bild. Der Erstligist Borussia Dortmund hat seit den 1980er Jahren gleich mit mehreren Neonazi-Fanlagern zu kämpfen. Neben der berüchtigten »Borussenfront« kam unter anderem die bis zu 100 Personen starke Hooligan-Gruppe »0231 Riot« hinzu. Im Jahr 2015 gegründet, gab sie nach Razzien 2017 ihre Auflösung bekannt. Die Schläger und Infrastrukturen sind jedoch geblieben: Der Name spielte auf die Vorwahl des Stadtteils Dorstfeld an, in dem viele Neonazis ihre Wohnungen haben und de facto die Straßen regieren. In Dortmund wie in Cottbus haben sich auf dieser Grundlage Mischszenen herausgebildet, die von Hooligans über extrem rechte Parteien – ganz gleich ob »Die Rechte«, NPD oder »Alternative für Deutschland« – bis ins Kampfsportmilieu reichen.

Vom Trainingsraum zum Angriff

Organisierte Fußballfans treffen sich in der Kurve oder in Stammkneipen. Im Gegensatz zu den konspirativ organisierten Treffen und Konzerten, kann im und um das Stadion der Öffentlichkeit und den Gegner*innen die eigene Macht demonstriert werden – jenseits von Aufmärschen und Kundgebungen. Zwar finden auch im Stadion Absprachen statt, als Veranstaltungsort werden sie aber selten genutzt – dafür ist der gruppendynamische Effekt des angstverbreitenden Hooligans nicht zu unterschätzen. Durch die zunehmende Überschneidung von extrem rechter Hooligan- und Kampfsportszene können die Akteure Vereinsräume und Events zur Agitation und Vernetzung nutzen. Sie treten immer mehr an die Stelle von Fußballvereinen und deren Räumlichkeiten, die vor allem in den 1990er und 2000er Jahren als Treffpunkte dienten.

Kampfsportvereine werden von Neonazis nicht nur besucht, sondern gezielt gegründet. An diesen Orten geht es auch um Wehrsportübungen, sozusagen die Ausbildung für den Straßenkampf. Die Krawalle von Chemnitz im vergangenen Jahr und der Überfall auf Leipzig-Connewitz haben belegt, dass in solchen Räumen militante Gruppen entstehen und mobilisieren. Ein Beispiel dafür ist das »Imperium Fight-Team« im Leipziger Stadtteil Schönefeld. Nicht nur der Betreiber Benjamin Brinsa gilt als bekennender Hooligan von Lok Leipzig und wird mit beiden Ausschreitungen in Verbindung gebracht. Neonazis, die in dem Verein trainieren, sollen zudem am 12. Mai 2019 am Angriff auf eine Demokratieberatung im sächsischen Wurzen beteiligt gewesen sein. Dieser ereignete sich nach einem Fußballspiel im Ort gegen den linken Fußballclub »Roter Stern Leipzig«, bei dem die 50-köpfigen Gruppe »Ohne Bullen wärt ihr alle tot« skandierte. Erst am 8. Juni soll ein »Imperium«-Mitglied vor einer Diskothek in Palma de Mallorca einen senegalesischen Türsteher fast zu Tode geprügelt haben. Er gehörte mutmaßlich zu einer Urlaubsgruppe von 70 Lok-Neonazis und Hooligans. Und Brinsa selbst? Er hat es bei den jüngsten Kommunalwahlen für das »Neue Forum für Wurzen« (NFW) in den Stadtrat geschafft.

Räume für den völkischen Block

Am Beispiel der „Alternative für Deutschland“ (AfD) in Thüringen lässt sich die Bedeutung der Wahlergebnisse zur Etablierung von Räumen für die Partei erkennen. Neben den Wahlkreisbüros der fünf Bundestagabgeordneten im Freistaat kann die AfD seit den letzten Kommunalwahlen allein auf 23 Räumlichkeiten zusätzlich zurückgreifen, in denen die Stadtrats- und Kreistagsfraktionen eine Geschäftsstelle unterhalten. Die mit Personal und anderen Ressourcen ausgestatteten Wahlkreis- und Bürgerbüros bieten die Möglichkeit zur Vernetzung mit anderen AkteurInnen aus der extrem rechten Szene, um ein gemeinsames Vorgehen zu koordinieren. Besonders in Thüringen ist die AfD unter Björn Höcke seit der „Erfurter Resolution“ fest im Griff des völkisch-nationalistischen Netzwerks „Der Flügel“. Mit den Räumlichkeiten in Thüringen gibt es nun die materiellen Voraussetzungen, um den Durchmarsch nach rechtsaußen und den Schulterschluss mit der extremen Rechten weiter zu forcieren.



Erfurt
Landesgeschäftsstelle
Landtagsfraktion & Geschäftsstelle
7 Büros von Landtagsabgeordneten
Bürgerbüro Corinna Herold (MdL)
Wahlkreisbüro Stephan Brandner (MdB)
Stadtrat-Fraktionsgeschäftsstelle

Nordhausen
Wahlkreisbüro Jürgen Pohl (MdB)
Kreistag-Fraktionsgeschäftsstelle

Sondershausen
Kreistag-Fraktionsgeschäftsstelle

Weimar
Stadtrat-Fraktionsgeschäftsstelle

Sömmerda
Wahlkreisbüro Stephan Brandner (MdB)
Kreistag-Fraktionsgeschäftsstelle

Heilbad Heiligenstadt
Wahlkreisbüro Björn Höcke (MdL)
Stadtrat-Fraktionsgeschäftsstelle

Mühlhausen
Kreistag-Fraktionsgeschäftsstelle

Gotha
Bürgerbüro Marcus Bühl (MdB)
Kreistag-Fraktionsgeschäftsstelle

Eisenach
Wahlkreisbüro Stefan Möller (MdL)
Stadtrat-Fraktionsgeschäftsstelle

Bad Salzungen
Kreistag-Fraktionsgeschäftsstelle

Schweina (Bad Liebenstein)
Kreisverband Westthüringen

Arnstadt
Kreisverband Ilmkreis-Gotha
Wahlkreisbüro Olaf Kießling (MdL)
Stadtrat-Fraktionsgeschäftsstelle

Schmalkalden
Kreisverband Südthüringen
Kreistag-Fraktionsgeschäftsstelle

Meiningen
Wahlkreisbüro Dr. Anton Friesen (MdB)
Kreistag-Fraktionsgeschäftsstelle

Suhl
Wahlkreisbüro Dr. Anton Friesen (MdB)
Stadtrat-Fraktionsgeschäftsstelle

Hildburghausen
Bürgerbüro Corinna Herold (MdL)
Kreistag-Fraktionsgeschäftsstelle

Ilmenau
Bürgerbüro Marcus Bühl (MdB)

Apolda
Kreistag-Fraktionsgeschäftsstelle

Jena
Bürgerbüro Wiebke Muhsal (MdL)
Stadtrat-Fraktionsgeschäftsstelle

Eisenberg
Wahlkreisbüro Jörg Henke (MdL)
Kreistag-Fraktionsgeschäftsstelle

Altenburg
Bürgerbüro Thomas Rudy (MdL)
Bürgerbüro Dr. Robby Schlund (MdB)
Kreistag-Fraktionsgeschäftsstelle

Schmölln
Bürgerbüro Thomas Rudy (MdL)

Gera
Wahlkreisbüro Stephan Brandner (MdB)
Stadtrat-Fraktionsgeschäftsstelle

Greiz
Kreistag-Fraktionsgeschäftsstelle

Saalfeld
Kreistag-Fraktionsgeschäftsstelle

Sonneberg
Kreistag-Fraktionsgeschäftsstelle

Schleiz
Kreistag-Fraktionsgeschäftsstelle

Stand: Juli 2019
Grafiken: stock.adobe.com
Quelle: eigene Darstellung / Recherche



Verein ist pleite

Sankt Augustin. Bereits Ende März 2019 hat der »Verein für Deutsche Kulturbeziehungen im Ausland e. V.« (VDA) nach Angaben der neurechten Zeitung »Junge Freiheit« einen Insolvenzantrag beim Amtsgericht Bonn gestellt. Bis Juli belaufe sich die Summe unbezahlter Rechnungen auf fast 70.000 Euro, hieß es in einer Mitteilung des Vorstands. Bislang seien Überbrückungsdarlehen der »Bertha-Mechow-VDA«-Stiftung geflossen, um die Liquidität aufrechtzuerhalten. Der Verein existiert seit 140 Jahren und wurde als Ableger des in Wien gegründeten »Deutschen Schulvereins« gegründet und sollte als »Schutzverein für Deutsche in aller Welt« wirken. Nach mehrfachen Umbenennungen sollte er 1935 die »Volksdeutschen« in Europa und den USA betreuen. 1945 wurde der VDA durch das Gesetz Nr. 2 des Alliierten Kontrollrates als NS-Organisation verboten und 1955 als »Verein für das Deutschtum im Ausland« mit Unterstützung von SPD-, CDU- und DGB-Mitgliedern neu gegründet. Als »VDA – Gesellschaft für Deutsche Kulturbeziehungen im Ausland« erhielt der Verein von 1990 bis 1998 mehrere Millionen DM jährlich für die »Förderung deutscher Minderheiten« in Osteuropa. Das Logo des VDA ziert eine Kornblume als »überliefertes Sinnbild der Schutzarbeit« und »Symbol des Volkstumkampfes«.

Zweifelhafte Zukunft

Chemnitz. Am 1. Juni 2019 hat erneut der »Tag der deutschen Zukunft« (TddZ) stattgefunden. Knapp 300 Neonazis, vornehmlich aus dem Spektrum der Parteien »Die Rechte« und der NPD-Jugendorganisation »Junge Nationalisten« (JN) reisten an. Als Redner traten der JN-Vorsitzende Christian Häger und dessen Vize Paul Rzehaczek, der sächsische NPD-Landesvorsitzende Jens Baur sowie Sven Skoda (»Die Rechte«) auf. Rund 1.300 Antifaschist*innen nahmen an einer Gegendemonstration teil, etwa 2.300 weitere Personen fanden sich zu einem Kinderfest in der Innenstadt ein. Der 12. TddZ soll im kommenden Jahr in Worms veranstaltet werden. Zu den Hochzeiten des Neonazi-Aufmarsches waren rund 600 Teilnehmer*innen angereist.

Ab in die Bedeutungslosigkeit

Eichsfeld. Am 18. Mai 2019 wollte die NPD den Abschluss ihres Europawahlkampfes feiern. Aus den erwarteten 800 Teilnehmer*innen wurden etwa 130. 2017 waren noch 500 Gäste der Einladung gefolgt, unter anderem Vertreter der mittlerweile aufgelösten »Europäischen Aktion«. Zum Rahmenprogramm gehörten Stände wie der der Gefangenenhilfe, die sich für die Freilassung Ursula Haverbecks einsetzt sowie ein Kinderprogramm mit Kinderschminken und Hüpfburg. Als Redner*innen traten Udo Voigt, Thorsten Heise, Baldur Landogart, Sebastian Schmidtke und Antje Vogt auf, es spielten Bands wie »Brigade 88« und »Oidoxie«. Gegen den Sänger der letztgenannten Band wurde wegen Zeigen des Hitlergrußes vor Ort Strafanzeige gestellt. Ein Ordner der Kundgebung erhielt eine Anzeige wegen Nötigung, da er einen Journalisten bedrängt haben soll, weitere Journalist*innen berichten von Übergriffen seitens Besucher*innen. Im Vorfeld der Veranstaltung war ein Alkoholverbot verhängt worden und ein Notschalter für die Polizei installiert worden, um auf etwaige strafrechtliche Verstöße der Redner*innen reagieren zu können. 140 Personen protestierten gegen die Versammlung der Neonazis.

Letztes Treffen in Bleiburg?

Bleiburg/ Österreich. Am 12. Mai 2019 hat das jährliche sogenannte »Ustascha«-Treffen stattgefunden. Die Gedenkveranstaltung an die Opfer des »Massakers von Bleiburg« vom Mai 1945 gilt als eines der größten Treffen von Faschist*innen in Europa. Trotz eines Gutachtens, das »nationalsozialistische Bestrebungen und Gedankengänge« feststellt, hatte sich die zuständige Behörde gegen ein Verbot der Veranstaltung entschieden. Statt der erwarteten 15.000 nahmen etwa 10.000 Menschen teil, darunter zahlreiche Angehörige aber auch Ehrengäste, Organisationen und Einzelpersonen aus dem extrem rechten Spektrum. Im vergangenen Jahr war dem Gedenken der Status als »religiöse Feier« aberkannt worden, da gegen Auflagen wie das Verbot politischer Reden, »Ustascha«-Symbole und Alkoholausschank verstoßen worden war. Im Gegensatz zu 2018 waren keine Uniformen zu sehen und es wurde auf das Zurschaustellen von »Ustascha«-Symbolen verzichtet. Eine Strafanzeige wurde wegen Zeigen des Hitlergrußes gestellt. Ein anwesender Reporter wurde körperlich angegriffen, die Polizei musste eingreifen. Am 23. Mai veröffentlichte die kroatische Zeitung »Hrvatski Tjednik« auf ihrem Titelbild Steckbriefe von Journalist*innen österreichischer und deutscher Medien, die über das Treffen berichtet hatten. Die als »Feinde des Kroatentums« bezeichneten Reporter*innen werden seitdem in den sozialen Netzwerken verfolgt. Die kroatische Bischofskonferenz diskutiert derzeit eine Verlegung nach Kroatien, dann wäre die diesjährige Gedenkfeier die letzte dieser Art in Österreich gewesen.

Heimlich unter den Augen der Polizei

Zwickau. Am 7. Juni 2019 hat die zweite Auflage des konspirativen Neonazi-Kampfsport-Events »Tiwaz – Kampf der freien Männer« in Sachsen stattgefunden. Etwa 400 Personen aus dem extrem rechten Hooligan-Spektrum, der »Identitären Bewegung« und dem Umfeld der »Jungen Alternative« nahmen teil, wovon etwa 100 zum Kreis der Organisator*innen und Kämpfer zählen sollen. Zu den Hauptinitiatoren gehörten die Chemnitzer Neonazis Robert Andres (»Pro Chemnitz«) und Tim Kühn. Durch eine kurzfristige Kündigung der Räumlichkeiten fand das Turnier unter freiem Himmel auf einer Paintball-Anlage im Stadtteil Crossen statt. Als Unterstützer*innen mit eigenen Ständen traten unter anderen die Bekleidungsmarken »Greifvogel Wear«, »Black Legion Wear« und »White Rex« sowie »PC Records« und die Veranstalter*innen des »Kampf der Nibelungen« auf. Weitere Stände der Organisationen »Gefangenenhilfe« und »Der III. Weg« waren laut Berichten der Recherche-Plattform »Exif« aufgebaut. Die Security wurde von einer eigenen »Tiwaz Schutzmannschaft« gestellt. Neben 15 Kämpfen gehörten »politische Reden« zum Programm. Mehrere der angetretenen Kämpfer sollen mit NS-Symbolen tätowiert sein. Systematische Kontrollen der Besucher*innen durch die Polizei scheint es nicht gegeben zu haben, der Polizeipressesprecher stellte laut Medienberichten keine Verstöße fest, die einen Abbruch der Veranstaltung gerechtfertigt hätten.

Mord an Walter Lübcke

Wolfhagen-Istha. Am 2. Juni 2019 ist der Kasseler Regierungspräsident Walter Lübcke in seinem Garten aus nächster Nähe durch einen Kopfschuss getötet worden. Seit 2015 hatte der CDU-Politiker Drohungen erhalten und stand zwischenzeitig unter Polizeischutz, da er sich für die Unterstützung und Aufnahme Geflüchteter eingesetzt hatte. Am 15. Juni wurde der Neonazi Stephan Ernst festgenommen und gestand zehn Tage später, Lübcke ermordet zu haben. Wenige Tage später hat er sein Geständnis widerrufen. Ernst bewegte sich im Umfeld von NPD, »Combat 18« und »Freien Kameradschaften«. Er hatte bereits eine mehrjährige Haftstrafe wegen versuchten Totschlags bei einem Anschlag auf eine Geflüchtetenunterkunft im Jahr 1993 abgesessen. 2009 hatte er mit weiteren Neonazis aus Kassel die DGB-Kundgebung in Dortmund überfallen. Die Bundesanwaltschaft hat den Fall übernommen und ermittelt auch gegen mögliche weitere Beteiligte. In diesem Zuge gab es am 27. Juni 2019 zwei Festnahmen wegen des Verdachts der Mittäterschaft, Elmar J. und Markus Hartmann. Bei Hartmann handelt es sich um einen Neonazi und Bekannten von Ernst. Hartmann war ebenfalls 2009 am Überfall auf die DGB-Kundgebung in Dortmund beteiligt. Er gilt als Kontaktmann zu dem Waffenverkäufer Elmar J.
Stephan Ernst wird mittlerweile von Rechtsanwalt Frank Hannig aus Dresden vertreten. Hannig war bei der Gründungssitzung des »Pegida Förderverein e. V.« am 5. März 2015 der Wortführer.

Urteil wegen Hassverbrechen

Charlottesville/ USA. Am 28. Juni 2019 ist James Alex Fields, der 2017 in Charlottesville während einer antifaschistischen Kundgebung die 32-jährige Heather Heyer tötete und weitere 35 Menschen verletzte, von dem Bundesgericht für 29 Hassverbrechen zu lebenslanger Haft verurteilt worden. Bereits im vergangenen Jahr hatte sich eine Jury in Virginia in einem separaten Verfahren für eine Haftstrafe von 419 Jahren Haft ausgesprochen. Fields entschuldigte sich vor Gericht und gab an, seine Tat zu bereuen. Fields hatte am 12. August 2017 während der »Unite the right«-Demonstration sein Auto absichtlich in die Gegendemonstrant*innen gesteuert.

Rechtskräftig verurteilt

Karlsruhe. Am 2. April 2019 hat der Bundesgerichtshof (BGH) die Revisionen von Mitgliedern der »Gruppe Freital« verworfen, da weder materielles Recht verletzt worden, noch das Verfahren zu beanstanden sei. Damit ist das Urteil des Oberlandesgerichtes vom 7. März 2018 rechtskräftig. Acht Täter*innen zwischen 20 und 40 Jahren wurden zu Haftstrafen zwischen vier und zehn Jahren verurteilt. Ihnen wird versuchter Mord, Beihilfe zum Mord, gefährliche Körperverletzung, das Herbeiführen von Sprengstoffexplosionen und Sachbeschädigung angelastet. Die als terroristische Vereinigung eingestufte Gruppe hat 2015 insgesamt mindestens fünf Sprengstoffanschläge auf Geflüchtetenunterkünfte und politische Gegner*innen in Freital und Dresden verübt.

Ungarischer Neonazi verurteilt

Budapest/ Ungarn. Der ungarische Neonazi István Győrkös ist am 19. Juni 2019 vor einem Gericht in Szombathely erstinstanzlich zu einer lebenslangen Haftstrafe verurteilt worden. Der 79-jährige hatte im Oktober 2016 während einer Durchsuchung wegen illegalen Waffenbesitzes und paramilitärischer Ausbildung von Neonazis einen Polizisten erschossen. Bei der Razzia wurden große Mengen an Waffen, Munition und Sprengstoff sichergestellt. Győrkös war Anführer der 1992 gegründeten und 2016 verbotenen militanten »Ungarischen Nationalen Front« (MNA). Die Organisation sah sich in der Tradition der faschistischen Pfeilkreuzler und pflegte enge Kontakte zum extrem rechten Netzwerk »Blood&Honour«. Bis zu dem Verbot veranstaltete Győrkös auf seinem Anwesen bei Győr Wehrsportübungen, an denen neben ungarischen auch Neonazis aus Europa und Russland teilnahmen.

Deutsche Neonazis prügeln am Ballermann

Palma de Mallorca/ Spanien. Am 7. Juni 2019 haben zwei deutsche Neonazis einen Türsteher vor einem Lokal am Ballermann schwer verletzt. Der betroffene 43-jährige Senegalese wurde ins Krankenhaus eingeliefert, die beiden Angreifer wurden in Untersuchungshaft genommen. Robert F. und Johannes H. waren mit einer Gruppe Hooligans der extrem rechten Gruppierung »Lok Leipzig« unterwegs. Beide trainieren Kampfsport, F. ist Mitglied des »Imperium Fight Teams« des bekannten rechten Hooligans Benjamin Brinsa.



#Schule

Kulturkampf in der Bildungspolitik

Auf Drängen der »Alternative für Deutschland« ließ die Hamburger Schulbehörde antifaschistische Aufkleber in der Ida Ehre Schule entfernen. Der Konflikt steht sinnbildlich für die Ausweitung des Kulturkampfes der Rechten auf den Bereich Schule.

von Florian Schubert

Seit dem Einzug der »Alternative für Deutschland« (AfD) in die Hamburgische Bürgerschaft im Jahr 2015 versucht die Partei, sich in die Bildungspolitik der Hansestadt einzumischen. Regelmäßig stellt sie in der Bürgerschaft Anfragen zu Themen im Bildungsbereich, die jedoch von der Öffentlichkeit lange kaum wahrgenommen wurden (s. drr Nr. 175). Erst die Einrichtung des bundesweit ersten AfD-Online-Portals zur Meldung von AfD-kritischen Lehrer*innen im September 2018 sorgte für bundesweite Aufmerksamkeit. Das Portal ruft Schüler*innen dazu auf, vermutete Verstöße gegen eine von der AfD definierte politische Neutralität anonym zu melden. Des Weiteren sollen Schulen und Lehrer*innen gemeldet, beziehungsweise denunziert werden, die sich kritisch mit der Rechtspartei auseinandersetzen. Große Enthüllungen oder Denunziationen von Lehrkräften blieben bisher jedoch aus. Als im Dezember 2018 in Hamburg gegen das AfD-Portal demonstriert wurde, stellte die Partei im Nachgang eine Anfrage unter dem Titel »Gemeinsame Anti-AfD-Demonstration Hamburger Lehrer mit Linksextremisten«. Darin wollte die Partei wissen, ob das »wiederholte Skandieren der Parole ‹Ganz Hamburg hasst die AfD› einzelner Lehrer auf der Demonstration« mit dem Beamtenstatusgesetz vereinbar wäre.

Viele Anfragen – wenig Bildungspolitik

Die AfD Hamburg hat seit ihrem Einzug in die Bürgerschaft eine hohe zweistellige Zahl an Kleinen und Großen bildungspolitischen Anfragen gestellt. Unter anderem, ob das Schulessen an einer Grundschule aus religiösen Gründen Schweinefleisch-frei sei (Juni 2019). Einige der Anfragen zielten auf eine Dienstaufsichtsbeschwerde gegen Lehrkräfte ab. Vor allem Veranstaltungen, in denen sich kritisch oder gar ablehnend mit AfD-Positionen beschäftigt wird, sind der Partei ein Dorn im Auge. Diese versucht sie mit dem Vorwurf der Verletzung der politischen Neutralität zu diskreditieren. Ihr Eigeninteresse bei diesem Vorgehen tarnt die AfD indem sie vorgibt, lediglich am Wohle der Schüler*innen interessiert zu sein. Wirkliche bildungspolitische Fragen stellt sie jedoch nicht. Vielmehr nutzt sie Anfragen, um sich zu inszenieren und Aufmerksamkeit zu erhalten.

Seitdem das »Melde-Portal« Online gegangen ist, haben sich Kollegien von rund 15 Schulen gegen seine Einrichtung ausgesprochen. In zum Teil sehr deutlichen Stellungnahmen wurde das AfD-Portal angegriffen und in dem Zusammenhang eine rassistische und menschenverachtende Politik als gesellschaftliches Problem kritisiert. Schulen, die solche Erklärungen auf ihrer Schulhomepage veröffentlichen, wer-

den im Gegenzug durch Anfragen zum Gegenstand der Bürgerschaft gemacht. Neben der stets wiederkehrenden Frage nach einem Verstoß gegen das Neutralitätsgebot, will die AfD zudem wissen, wer für die Veröffentlichung des Briefes verantwortlich ist und ob Lehrkräfte unter Druck gesetzt würden, die Briefe zu unterzeichnen.

Schulbehörde hält Druck nicht stand

Wurden die bisherigen Anfragen der AfD von der Schulbehörde meist zurückgewiesen, änderte sich diese Praxis bei den offenen Briefen der Kollegien zumindest an einem Punkt: Die Schulbehörde antwortete im Februar 2019 auf eine AfD-Anfrage und betonte, dass zwar die Briefe durch die Meinungsfreiheit gedeckt seien, jedoch »die Veröffentlichung eines Briefes, der die Meinung des Lehrerkollegiums widerspiegelt« auf der Schulhomepage nicht zulässig sei. Die Schulaufsicht wies daher die Schulleitung an, den offenen Brief von der Homepage zu entfernen.

Noch stärker griff die Schulbehörde, im Sinne der AfD, im März 2019 ein, nachdem die Partei eine Anfrage unter dem Titel »Verfassungsfeindliche linksextremistische Aktivitäten an der Ida Ehre Schule unter Duldung des Lehrerkollegiums und der Schulleitung« stellte. Zwar verwies die Schulbehörde auf die Meinungsfreiheit der Schüler*innen im Unterricht, betonte jedoch, dass politische Werbung an Schulen unzulässig sei. Aus diesem Grund habe die Schulbehörde eine Begehung des Schulgebäudes vorgenommen und antifaschistische Aufkleber entfernen lassen. Außerdem sollte sich das Kollegium der Schule mit der Thematik befassen. Breites Unverständnis rief vor allem hervor, dass die Schulbehörde in den Hamburger Frühjahrsferien aktiv wurde, so dass Schüler*innen, Lehrer*innen und Eltern erst nach den Ferien von dem Vorgehen erfuhren und entsprechend darauf reagieren konnten. Das Verhalten der Behörde nutzte die AfD wiederum, um einen Tag nach Schulbeginn zu erklären, ein »linksextremistisches Netzwerk an (der) Stadtteilschule« aufgedeckt zu haben.

Abendblatt befeuert AfD-Thesen

Hatte es die Partei bisher, mit Ausnahme der aus ihrer Sicht kritischen Berichterstattung über das »Melde-Portal«, schwer, mit ihren bildungspolitischen Anfragen und Forderungen wahrgenommen zu werden, titelte das Hamburger Abendblatt am 19. März 2019: »Linksextremisten agieren ungestört an Schule«. Die Zeitung bezeichnete die Schüler*innen als gewaltverherrlichend und Lehrkräfte als naiv oder als ‹Extremismus›-Befürworter*innen – alles ohne mit den Betroffenen Kontakt aufzunehmen. Mehrere Tage lang beherrschte die AfD-Sicht die mediale Debatte und setzte damit die Schule, Lehrer*innen und Schüler*innen massiv unter Druck. Besonders auffallend hierbei: Während die Schulbehörde in den Ferien noch tatkräftig agierte, schwieg sie gegenüber der denunziatorischen Berichterstattung. Zwei Tage später, am 21. März 2019, bezog die Schulleitung der Ida Ehre Schule mit einer deutlichen Stellungnahme Position. Scharf wurden die Medien für ihre fahrlässige Übernahme der AfD-Darstellungen kritisiert und der vermeintlich offiziellen Version widersprochen. Die Beseitigung der Aufkleber durch die Schulbehörde wurde als Eingriff in die Unterrichtsgestaltung bezeichnet, da die monierten Aufkleber im Rahmen eines Projektvorhabens »Kunst als kulturelle Kompetenz« gezeigt wurden und nicht öffentlich zugänglich waren. Ein Foto, welches als »politische Werbung für eine gewaltverherrlichende Gruppe« dargestellt wurde, war im Rahmen eines von der Stadt ausgeschriebenen Wettbewerbs entstanden. In der Stellungnahme kritisierte die Schule, »dass im aktuellen Diskurs eine Verschiebung in die Richtung stattfindet, dass Antifaschismus an Schulen nicht gewünscht sei oder der freiheitlichen, demokratischen Grundordnung widerspreche.« Vielmehr, so die Schule, gelte das Gegenteil: »Ohne einen konsequenten Antifaschismus ist dies nicht möglich.« Man werde weiterhin »dazu beitragen, Schüler*innen zu befähigen, die Geschicke der Welt als mündige Bürger*innen im Rahmen einer freiheitlichen, demokratischen Grundordnung zu einem Besseren zu entwickeln.«

Welle der Solidarität

Kurz nach dem Bekanntwerden der Vorwürfe wurde die Schule durch Solidaritäts-Bekundungen ehemaliger Schüler*innen, Eltern, anderer Schulen und ihrer Kollegien, Gewerkschaften so wie vieler weiterer Menschen unterstützt. Schließlich fand am 24. März eine große Solidaritätsdemonstration mit 3.000 Teilnehmenden statt. Offenbar als Reaktion darauf änderte das Abendblatt den Tenor seiner Berichterstattung. Auffallend still verhielten sich bis heute der Schulsenator Ties Rabe (SPD) und die Schulbehörde. Die AfD setzte ihrerseits weiter auf Denunziation und behauptete, die Demonstration sei »nachweislich von gewaltorientierten Linksextremisten beworben« worden. Auf die in der Bürgerschaft gestellte Frage nach der Beteiligung von Lehrkräften verwies die Schulbehörde lediglich darauf, »keine Kenntnisse über das Freizeitverhalten ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter« zu haben. Vom Landesamt für Verfassungsschutz (LfV) wollte die AfD wissen, wie hoch die Anzahl der Schüler*innen an der Ida Ehre Schule eingeschätzt werde, die aktive »Anhänger der linksextremistischen Gruppierung ‹Antifa Altona Ost›« seien? Nach Angabe des LfV lägen diesbezüglich keine Informationen dazu vor. Letztlich kann festgehalten werden, dass die Angriffe auf die Ida Ehre Schule durch die breite Solidarität weitgehend zurückgedrängt werden konnten.

Hamburg als Blaupause für bundesweite Strategie?

Für kurze Zeit sah es so aus, dass die AfD ihr Ziel erreichen und eine Schule für ihr antifaschistisches Engagement bestraft werden könne. Die Strategie dazu ist offensichtlich und hinlänglich bekannt: Die Partei versucht mit ihren Positionen und Grenzüberschreitungen das diskursive Klima weiter nach rechts zu verschieben, jammert dabei fortwährend über ein angebliches gesellschaftliches Meinungsverbot, will ihrerseits dieses jedoch an den Schulen stark einschränken. Mit Hilfe Kleiner und Großer Anfragen versucht sie Einfluss auf den Unterricht und die politische Meinungsbildung an Schulen zu nehmen. Diese Strategie scheint die AfD mittlerweile auch bundesweit als erfolgversprechender zu erachten als ihre Meldeportale. Bei einem Treffen aller Landtagsfraktionen im September 2018, wurde beschlossen, dieses Vorgehen in Zukunft verstärkt anzuwenden. Vorreiter sollen Sachsen-Anhalt und Brandenburg sein. Im Zentrum der Argumentation soll weiterhin die vermeintliche Verletzung politischer Neutralität durch Schulen und Lehrkräfte stehen. Dabei setzt die AfD auf Drohungen und Unterlassungsforderungen, scheut aber die politische Auseinandersetzung zur Sache selbst. Es geht ihr dabei um nicht weniger als einen Kulturkampf von rechts. Im Fokus stehen jedoch nicht nur Schulen und Bildungseinrichtungen, sondern auch Theater, Kulturschaffende und Initiativen, die sich gegen Rassismus und für eine offene Gesellschaft engagieren. Ihnen allen wird – in unterschiedlichen Akzentuierungen – neben dem vermeintlichen Verstoß gegen die Neutralitätspflicht eine vermeintliche Nähe zum »Linksextremismus« und zu »politischen Gewalttätern« vorgeworfen. Es gilt diesem Kulturkampf von rechts eine Kultur der antifaschistischen Solidarität entgegen zu stellen.

#Finanzen

»Ich bete für Dich«

Der Chef der extrem rechten »Identitären Bewegung« in Österreich Martin Sellner gilt der organisierten Rechten wie der rassistischen Mitte als Heilsbringer und das zahlt sich monetär aus. Tausende Euros landeten aus Deutschland auf zwei Konten von Sellner und verschwanden von dort in den Niederlanden oder der privaten Kasse.

von Martina Renner

Martin Sellner ist überaus geschickt in der Selbstinszenierung als eifriger Aktivist, der infolge dessen vermeintlich zum Opfer von staatlicher Willkür, Zensurmaßnahmen und antifaschistischen Aktionen wurde. Die große Spendenbereitschaft für ihn und seine »Identitäre Bewegung« (IB) resultierte sowohl aus der geteilten rechten Überzeugung, als auch, weil Sellner seine furios gescheiterte Mission gegen Flüchtlinge auf dem Mittelmeer – bei dem die Leichtmatrosen der IB zuletzt mittellos in Barcelona strandeten – dazu nutzte, um vorgeblich für weitere Aktionen Geld einzusammeln.

Der große Knall

Bei den Ermittlungen zum rassistischen Massenmord vom 15. März 2019 im neuseeländischen Christchurch rückte Sellner in den Fokus. Brenton Tarrant, der in einer Moschee 51 Menschen erschoss und über 40 verletzte, hatte Anfang 2018 eine Summe von 1.500 Euro an ihn gespendet. In der Folge entwickelt sich ein wohlwollender Email-Kontakt zwischen beiden. Die Spende war schließlich Anlass für eine Hausdurchsuchung beim Chef der »Identitären«.

Kleinvieh macht auch Mist

Geht man die Absender*innen der IB-Spenden an den »Identitären«-Führer Sellner aus den Monaten Januar bis Mai 2018 durch, so denkt man unweigerlich an ein bekanntes Sittengemälde des Präfaschismus. »Die Stützen der Gesellschaft«, gemalt 1926 von Georg Grosz, scheinen auferstanden. Ärzte, Unternehmen, Professor*innen, Funktionäre der »Alternative für Deutschland« (AfD) und Neonazis. Allesamt deutschnational beseelt und in Erwartung, den Jungkadern im Verborgenen bei ihrem Aktivismus zur Seite zu stehen. Sie spendeten zusammengerechnet in zwei Monaten etwa 21.000 Euro. Dabei machen die Überweisungen von über 100 Euro mit insgesamt 15.000 Euro das Gros aus. Viele der Spenden sind mit Kommentaren versehen. Die meisten danken Martin Sellner für seinen Einsatz für die »Meinungsfreiheit«. Andere wünschen ihm »Viel Kraft« oder ein »Jetzt erst recht« und »weiter so«. Die Spender*innen verfolgen allem Anschein nach die Aktivitäten und Aktionen von Sellner – was angesichts seines Outputs in den sozialen Netzwerken recht einfach ist – und reagieren darauf. Als Sellner im März 2018 die Einreise nach Großbritannien durch die britischen Behörden verwehrt wurde, war das für etliche Spender*innen Anlass darauf Bezug zu nehmen; »Englandreise ;-) Die Gedanken sind frei« oder auch »Spende – für die legal issues UK«.

Unterstützung aus der Mitte der Gesellschaft

Doch der Reihe nach: Da wären zunächst die Geschäftsleute, keine großen Lichter aber 500 Euro machen sie alle locker. Die Geschäftsfrau. aus Frankfurt mit »kroatischen Wurzeln«, wie der österreichische Standard schrieb, der Erfinder einer Videosoftware, und natürlich darf ein Immobilienmanager genauso wenig fehlen wie der Inhaber eines – mittlerweile eingestellten – Verlages.

Und dann kann man die stillen Helfer*innen aus den Institutionen durchforsten. Ein Polizist aus Hamburg, ein Ex-Soldat mit offenkundigen Sympathien für die AfD. Überhaupt sind Mitglieder der AfD häufig zu finden. Etliche Namen von Spender*innen entsprechen Namen von AfD-Aktivist*innen. Von Kandidat*innen bei Kommunalwahlen bis hin zu Vertreter*innen in kommunalen Gremien. Ob diese tatsächlich die Überweisungen getätigt haben, ist noch nicht vollständig geklärt. Aufgrund der Vielzahl von Übereinstimmungen dürften die Überweisungen trotzdem als weiterer Beweis für die Pseudoabgrenzung dieser blaubraunen Partei angesichts des Unvereinbarkeitsbeschlusses des Bundesvorstandes vom 22. Juni 2016 gelten.

Einer sticht besonders heraus: das AfD-Mitglied Stefan B., er ist ein alter Bekannter. Bei den Ermittlungen gegen die »Nationale Bewegung« wegen einer Reihe von rassistischen und antisemitischen Delikten Anfang der 2000er Jahre in Potsdam und Umgebung gab es keinen Ermittlungserfolg. Lediglich zwei Personen die ein Rudolf-Heß-Transparente aufgehängt hatten, konnten überführt werden. Ein Bekannter von einem der beiden war der damalige Polizist und heutige AfD-Funktionär B., der sich schon bei den damaligen Vernehmungen oft als Neonazi gebärdete.

»Martin gegen den Irrsinn der Welt ... Zeigs ihnen«

Und wie mittlerweile üblich darf die – in diesem Fall finanzielle – Unterstützung durch Verschwörungstheoretiker*innen nicht fehlen. Auf einem Überweisungsträger wird die unter »Reichsbürgern« gängige Sichtweise in einem Satz zusammengefasst: »Wusstest Du dass fast die ganze Welt auf einem Firmenkonstrukt aufgebaut ist u. sogen. Staaten Firmen sind«. Bemerkenswert sind die zahlreichen Spender*innen, die Wert auf der Nennung ihres akademischen Grads bei der Überweisung legen. Ein Professor versieht die Spende mit seiner privaten Emailadresse und der Bitte um Rückmeldung, damit Sellner Kontakt aufnehmen kann.

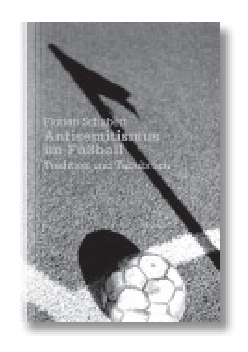


1. Mai 2006: Bessere Zeiten für eine Bewegung – die nie eine werden sollte. Martin Sellner am Megaphon bei einem Aufmarsch der »Identitären Bewegung« in Wien am 6. Juni 2015

»fuer die politische Arbeit …«

Und was macht Sellner mit dem Geld? Für seine politische Propaganda verwendet er jedenfalls nicht alles. Denn neben Anwalts- und Gerichtskosten bezahlt er auch einen Steuerberater, Netflix und »Lovescout24«. Bei Letzterem ist Sellner vermutlich die Übersicht abhandengekommen, was seine ganzen Konten angeht, denn wenig später wurde der Betrag zurückgebucht. Der Großteil der Spenden, fast 18.000 Euro, gehen auf ein Konto in den Niederlanden, das auf den Namen »Sellner« gemeldet ist. Und 1.200 Euro überweist er sich im untersuchten Zeitraum selbst, vermutlich um den »identitären« Haushalt in Schuss zu halten oder um ein Premiumkonto bei »Friendscout24« zu unterhalten.

Wie viele Euro tatsächlich in die rechte »Bewegung« fließen bleibt unklar. Angesichts der bei der IB vorhandenen Bezüge in die gewaltbereite rechte Szene wären die Finanztransaktionen sicher für die Behörden von Interesse. Müsste man meinen. Auf eine schriftliche Frage vom April 2019, ob wegen des Verdachts der Steuerhinterziehung oder zur Rechtshilfe für ausländische Stellen ermittelt wird, antwortete die Bundesregierung aber ernüchternd: sie habe dazu keine Erkenntnisse. Dabei ist es doch naheliegend, will man rechte und rassistische Netzwerke verstehen und zerschlagen: Folge dem Geld, folge den Waffen. Aber dafür fehlt den bundesdeutschen Zuständigen bisher der Wille. In Österreich wird mittlerweile von der Staatsanwaltschaft in Graz gegen Vereine im Umfeld der IB wegen des Verdachtes der Abgabenhinterziehung in der Größenordnung von 100.000 Euro ermittelt.



Antisemitismus und Fußball

von Sascha Schmidt

»Wir bauen eine U-Bahn von XY nach Auschwitz…«-Gesänge und »Juden, Juden«-Rufe, mit denen der Gegner abgewertet werden soll, sind traurige Klassiker in puncto Antisemitismus in deutschen Fußballstadien. Zwar sind diese seit einigen Jahren größtenteils aus den Arenen der durchkommerzialisierten Männer-Fußball-Bundesligisten verschwunden. Auf den Anreisewegen zu den Stadien sowie in den Amateurligen werden solche Rufe jedoch immer wieder angestimmt – und dies keineswegs nur von Personen, die der extremen Rechten zuzuordnen sind.
Wie stark ist der Antisemitismus in deutschen Fußballstadien verbreitet? Inwiefern werden antisemitische Ausdrucksformen dabei bewusst artikuliert? Welche Funktion erfüllt eine solche Ausdrucksform im Stadion und wie wird damit von Seiten der Fans, der Vereine und der Verbände umgegangen? Diesen und vielen weiteren Fragen widmet sich der Politik-, Sport- und Geschichtswissenschaftler Florian Schubert im Rahmen seiner Dissertation, die nun als Buch mit dem Titel »Antisemitismus und Fußball« vorliegt. Schubert, der die bundesweit beachtete Ausstellung »Tatort Stadion« – des »Bündnis aktiver Fußballfans« (BAFF) – mit konzipierte, legt mit seinem Buch eine Auseinandersetzung zu dieser Thematik vor, die in diesem Umfang (mit fast 500 Seiten) wohl ihresgleichen sucht.
Darin zeichnet der Autor unter anderem die Geschichte antisemitisch einzustufender Ausdrucksformen im deutschen Männerfußball von den 1980er bis in die 2000er für beide deutschen Staaten nach. Sein Fazit: »In den Kurven gehörten antisemitische Kommunikationsformen und Präsentationen zum Alltag«. Vor allem extrem rechte Gruppierungen haben sich damit wiederholt versucht in Szene zu setzen. Auch in zahlreichen ausgewerteten Fußball-Fanzines und Fußball-Internetforen weist Schubert Antisemitismus nach. Besonders betroffen von solchen verbalen Angriffen sind linke Fangruppen, Vereine, die von Juden historisch (mit-)geprägt wurden, als auch die jüdischen Turn- und Sportvereine von Makkabi. Der Deutsche Fußballbund, so Schubert, habe es vielfach verpasst, »durch aktive Fanarbeit einzugreifen und gegenzusteuern.«
Der Autor hat im Rahmen seiner Arbeit zu diesem Buch zahlreiche qualitativ-strukturierte Expert*innen-Interviews mit aktiven »Schlüsselpersonen« der pädagogischen Fanarbeit aus Fanklubs, Vereins- und Verbandsinstitutionen und der Wissenschaft geführt. Diese geben einen interessanten Einblick in die unterschiedlichen Facetten der Thematik.

Fabian Schubert: Antisemitismus und Fußball – Tradition und Tabubruch. Wallstein Verlag Göttingen, 2019, 488 Seiten, 39,90 Euro

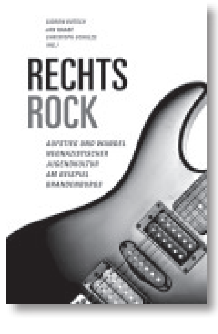


Wider die Rückkehr des Nationalismus

von Kai Budler

Es könne doch nicht sein, dass die Zeithistoriker zur aktuellen Situation nichts zu sagen hätten, schrieb der Ullstein-Verlag dem Historiker Norbert Frei und gab die Initialzündung zum Buch »Zur rechten Zeit«, das Frei mit seinen Kolleg*innen Franka Maubach, Christina Morina und Maik Tändler verfasst hat. Wenn schon ein Verlag ein Buch zum Thema anstoßen muss, sollte das der gesamten Historiker*innen-Zunft eigentlich zu denken geben. Es sei der Versuch, so die Autor*innen, »die Geschichte der beiden deutschen Staaten nach 1945 (…) unter dem Eindruck der gegenwärtigen rechten Konjunktur anders denn als gängige Erfolgsgeschichte zu erzählen«. In acht Kapiteln durchstreifen die Autor*innen die deutsch-deutsche Geschichte nach 1945. Sie beleuchten dabei die Kontinuitäten extrem rechter Strömungen und skizzieren Entwicklungen in Ost und West, die heute in Erfolgen für die »Alternative für Deutschland« und aggressivem Rassismus kulminieren. Dabei zeigen sie an konkreten Beispielen, dass viele Methoden und Themen der extremen Rechten eine lange Tradition haben und keinesfalls ein bloßes Produkt unserer Zeit sind. Der Weg führt unter anderem über personelle NS-Kontinuitäten in der frühen Bundesrepublik, Gründung und Erfolge der NPD, Rassismus in der sich konstituierenden Migrationsgesellschaft der 1960er Jahre und den Historikerstreit. Besonders sticht hier die Betrachtung der Migration in der DDR und deren Umgang mit dem Nachleben des Nationalsozialismus hervor, obwohl dem Text etwas mehr Länge gutgetan hätte. Ebenfalls sehr lesenswert ist das Kapitel über »Rassismus und Rechtsterrorismus in den Neunzigern« und dem von den Auror*innen genannten »Vereinigungsrassismus« und seinen Pogromen. Besonders aber hier zeigen sich die Schwächen des Buchs, wenn die Autor*innen behaupten, Erkenntnisse zu den rassistischen 1990er Jahren würden nicht zur Analyse der rassistischen Mobilisierung seit 2015 einbezogen. Offenbar fehlt den vier Historiker*innen der Einblick in die Erkenntnisse und Analysen der antifaschistischen Recherche, die genau diese Bezüge immer wieder hergestellt hat. Obwohl das Buch einem Fachpublikum wenig neue Erkenntnisse bringt, bietet es Interessierten einen guten Einstieg und einen guten Überblick über die extreme Rechte in der deutsch-deutschen Nachkriegsgeschichte. Sein Erfolg wäre, wenn ihm weitere ausführlichere Studien zur geschichtswissenschaftlichen Erforschung folgten.

Norbert Frei, Franka Maubach, Christina Morina, Maik Tändler: Zur rechten Zeit. Wider die Rückkehr des Nationalismus. Berlin 2019, Ullstein-Verlag, 256 Seiten, 20 Eur-



RechtsRock in Brandenburg. Und darüber hinaus.

von Felix M. Steiner

In den letzten Jahren ist RechtsRock wieder eines der zentralen Aktions- und Mobilisierungsfelder der extremen Rechten geworden. 2017 reisten beispielsweise rund 6.000 Neonazis in den kleinen Ort Themar in Thüringen. Sie kamen aus ganz Europa. Diese Bedeutung hat sich allerdings nicht in der Fachliteratur wiedergespiegelt, die einer dringenden Aktualisierung bedurfte. Mit dem Sammelband »RechtsRock. Aufstieg und Wandel neonazistischer Jugendkultur am Beispiel Brandenburg« ist diese nun erfolgt. Die Herausgeber versammeln zahlreiche Autor*innen, die das Phänomen RechtsRock auf unterschiedlichen Ebenen beleuchten. Es finden sich sowohl Einordnungen zur Entwicklung der RechtsRock-Szene seit ihren Anfängen in den 1970er-Jahren, als auch Ausführungen zu den damit verbundenen Netzwerken der »Hammerskins« und von »Blood&Honour« über Analysen zu Frauen- und Männerbildern und Antisemitismus. Diese Vielfältigkeit ist die Stärke des vorgelegten Sammelbandes, der damit eine umfassende Einordnung ermöglicht. Ziel sei es, »Materialien für die Praxis« bereitzustellen und Informationen zu versammeln, »die in der Zivilgesellschaft, in der pädagogischen und sozialarbeiterischen Praxis, in der Verwaltung und Behörden genutzt werden können«, schreiben die Herausgeber. Dies gelingt ausnahmslos: Egal ob die Beschreibung als »Einstiegsdroge« in die extrem rechte Szene kritisch betrachtet wird oder eine ausführliche Auseinandersetzung mit der Kleidungsmarke »Thor Steinar« stattfindet, die Beiträge haben vielfältige praktische Bezüge. Dass sich der Sammelband auf Brandenburg bezieht soll nicht täuschen, er besitzt bundesweite Relevanz. Nicht nur, dass die Szene ohnehin bundesweit beziehungsweise international agiert, ist Teil der Analyse, vielmehr ist Brandenburg hier als Beispiel zu sehen, an dem die Analysen durchdekliniert werden. Die Publikation endet mit der Betrachtung von Gegenstrategien, die am Beispiel Finowfurt anschaulich erläutert werden. »Eine dritte Voraussetzung für die erfolgreiche Intervention gegen RechtsRock-Konzerte ist das kooperative Vorgehen von Zivilgesellschaft, Politik und Verwaltung«, heißt es resümierend. Damit ist der vorgelegte Sammelband eine wichtige Aktualisierung der älteren Literatur zum Themenfeld und gleichzeitig auch für alle empfehlenswert, die sich mit RechtsRock auch außerhalb von Brandenburg beschäftigen.

Gideon Botsch / Jan Raabe / Christoph Jan Schulze (Hg.): Rechtsrock. Aufstieg und Wandel neonazistischer Jugendkultur am Beispiel Brandenburgs. Berlin-Brandenburg 2019, be.bra wissenschaftverlag, 400 Seiten, 22 Euro.

Photos

Mark Mühlhaus / attenzione (Seiten 1, 11, 12, 13, 38)
Nordstadtblogger.de (Seiten 14, 32)
Henrik Merker (Seiten 16, 23)
Tim Mönch (Seite 18)
der rechte rand Archiv (Seiten 19, 25, 35)
Beowulf Tomek, wikimedia, CC BY-SA 4.0 (Seite 21)
Sebastian Lipp, allgaeu-rechtsaussen (Seite 24)
Otto Belina (Seiten 26, 28)
AST Recherchegruppe (Seite 27)
Kai Budler (Seite 31)
Robert Andreasch (Seite 41)

Impressum

V.i.S.d.P.: Alexander Hoffmann
der rechte rand
Rolandstr. 16, 30161 Hannover
redaktion@der-rechte-rand.de

Aboverwaltung:
abo@der-rechte-rand.de

Druck: berger + herrmann GmbH
Erscheinungsweise: 6x im Jahr

Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht immer die Meinung der Redaktion wieder.



das **magazin**

von und für **antifaschist*innen**

www.der-rechte-rand.de